
KONJUNKTURPROGNOSE 2021 UND 2022

17. März 2021

Sachverständigenrat zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden
Tel.: 0049 611 / 75 - 2390
Fax: 0049 611 / 75 - 2538
E-Mail: info@svr-wirtschaft.de
Internet: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

Erschienen am 17. März 2021
Abgeschlossen am 12. März 2021, 16:00 Uhr

© Sachverständigenrat

KONJUNKTURPROGNOSE FÜR 2021 UND 2022

WICHTIGSTE BOTSCHAFTEN

- Die Erholung der Weltwirtschaft verläuft nach Sektoren und Regionen sehr unterschiedlich. In Europa ist die wirtschaftliche Aktivität im Dienstleistungsbereich im Zuge der gestiegenen Infektionszahlen gering, während die Industriedynamik aufwärtsgerichtet bleibt.
- Mit einer erfolgreichen Eindämmung der Pandemie, etwa durch weitere Impffortschritte, dürfte das Wachstum im Jahresverlauf 2021 an Dynamik gewinnen.
- Für Deutschland erwartet der Sachverständigenrat eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 3,1 % in diesem Jahr und 4,0 % im kommenden Jahr.

Im zweiten Jahr der Corona-Pandemie verläuft die **weltwirtschaftliche Entwicklung nach Sektoren und Regionen sehr unterschiedlich**. Die **Industrie** erholt sich aufgrund der steigenden Nachfrage nach Waren zunehmend von dem tiefen Einbruch des Frühjahrs 2020, während vor allem die **Situation in den personennahen Dienstleistungen angespannt** bleibt. Die **wirtschaftliche Aktivität insgesamt** ist insbesondere in **China** und anderen asiatischen Ländern sowie den **USA weiterhin aufwärtsgerichtet**. Dagegen **pausiert die Erholung in Europa**. Die höheren Infektionszahlen und verschärfte Eindämmungsmaßnahmen gehen jedoch im Vergleich zur ersten Infektionswelle im Frühjahr 2020 mit weit geringeren gesamtwirtschaftlichen Verlusten einher. Ein Grund ist die positive Entwicklung in der Industrie und im Warenhandel. Es ist bislang weder zu massiven Störungen der internationalen Lieferketten noch zu umfangreichen Grenzschließungen gekommen. Zudem dürften sich Haushalte wie Unternehmen mittlerweile besser an die pandemiebedingten Einschränkungen angepasst haben.

Zum Jahresende 2020 wuchs die Wirtschaftsleistung in Deutschland noch geringfügig. Für das erste Quartal 2021 ist aber mit einem Rückgang zu rechnen. Im Zuge der Eindämmung der Pandemie und gradueller Lockerungen dürfte sich die **wirtschaftliche Erholung in den kommenden Monaten wieder fortsetzen**. Begünstigt wird diese durch die zunehmende Verfügbarkeit von Impfstoffen. Gelingt es, die Geschwindigkeit der Impfungen wie geplant zu steigern, sollte wieder mehr wirtschaftliche Aktivität möglich sein. Die **Wertschöpfung**, die derzeit vor allem im Dienstleistungsbereich nicht stattfinden kann, dürfte dann sukzessive **zurückkehren** und für ein kräftiges Wachstum im weiteren Jahresverlauf 2021 sorgen.

Für dieses Jahr rechnet der Sachverständigenrat in **Deutschland** mit einem **Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,1 %**. Im kommenden Jahr dürfte sich die wirtschaftliche Erholung nicht zuletzt gestützt durch den Abbau der aufgestauten privaten Ersparnisse und der weltweit steigenden Nachfrage mit hohem Tempo fortsetzen. Der Sachverständigenrat erwartet für das Jahr **2022** einen Anstieg des BIP **um 4,0 %**. Die Verbraucherpreisinflation dürfte vor allem in diesem Jahr aufgrund höherer Energiepreise sowie des Auslaufens der Umsatzsteuersenkung vorübergehend anziehen. Für die Jahre 2021 und 2022 rechnet der Sachverständigenrat mit jahresdurchschnittlichen Inflationsraten in Deutschland von 2,1 % beziehungsweise 1,9 %. Im **Euro-Raum** erwartet der Sachverständigenrat für die Jahre 2021 und 2022 ein BIP-Wachstum von **4,1 %** beziehungsweise **4,2 %**.

Zurzeit besteht in Deutschland und Europa das **Risiko einer dritten Infektionswelle** – verstärkt durch die Verbreitung von Mutationen des SARS-CoV-2-Virus. Ein starker Anstieg der Infektionszahlen könnte die konjunkturelle Erholung verzögern, insbesondere wenn die Industrie stark von Einschränkungen und Betriebsschließungen betroffen wäre. Dagegen könnten schnellere Impffortschritte die Pandemie früher eindämmen, die Aufhebung von Einschränkungen erlauben und die Erholung beschleunigen.

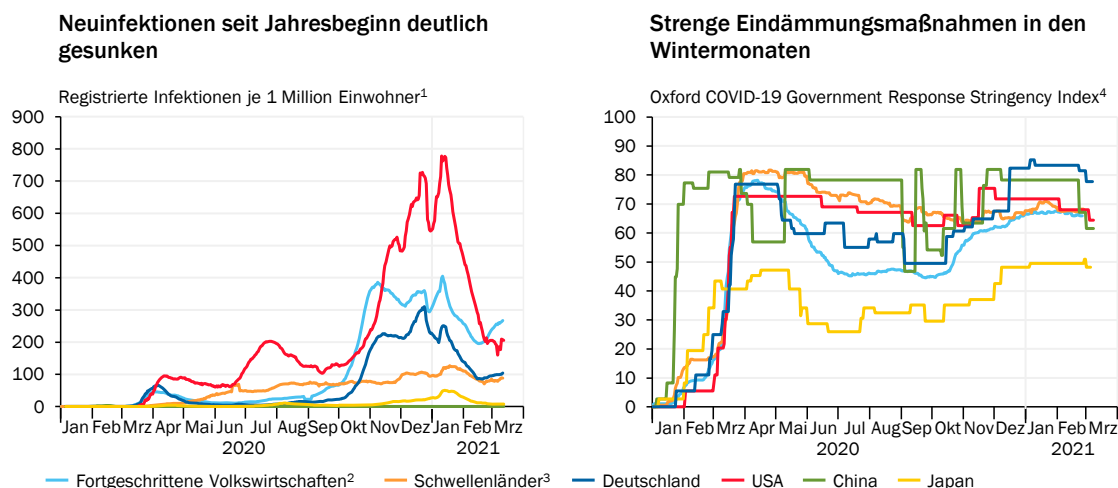
I. INTERNATIONALE KONJUNKTUR

1. Erholung der Weltwirtschaft setzt sich fort

1. Mehr als ein Jahr nach Bekanntwerden der ersten Infektionen mit dem Virus SARS-CoV-2 hat die **Pandemie** viele Länder nach wie vor fest im Griff. Die Zahl der weltweiten Neuinfektionen stieg im vergangenen Jahr durchgängig an. Zwar konnten in Europa im Sommer 2020 zeitweilig deutliche Rückgänge verzeichnet werden. Seit dem Spätsommer 2020 sahen jedoch insbesondere viele europäische Staaten und die USA einen starken **Wiederanstieg der Infektionszahlen**.
 ↘ **ABBILDUNG 1 LINKS** Seit Beginn dieses Jahres geht die tägliche Anzahl der weltweiten Neuinfektionen ebenso wie die der Todesfälle in Zusammenhang mit dem Virus tendenziell zurück. Zum Stand 12. März 2021 lagen die Zahlen der täglichen Neuinfektionen und Todeszahlen weltweit bei 458 159 beziehungsweise 9 302 (WHO, 2021a). Bei der Interpretation der Infektionszahlen ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Vergleichbarkeit über die Zeit und über verschiedene Länder hinweg durch Unterschiede in den Teststrategien und bei der Definition von Fällen eingeschränkt ist (Middelburg und Rosendaal, 2020).
2. Mit dem Wiederanstieg der Infektionszahlen wurden die **Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie** vor allem in Europa ab dem Herbst erneut verschärft, nachdem sie über den Sommer gelockert worden waren. ↘ **ABBILDUNG 1 RECHTS** Hierzu gehören neben Kontaktbeschränkungen und Maskenpflicht vor allem Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, des Gastgewerbes und großen Teilen des stationären Einzelhandels

↘ ABBILDUNG 1

Verlauf der Corona-Pandemie in ausgewählten Volkswirtschaften



1 – Gleitender Durchschnitt der vergangenen 7 Tage. 2 – Ungewichteter Durchschnitt der Länder in gleicher Abgrenzung wie in Fußnote 10 in Tabelle 1. Für Neuinfektionen ohne Hongkong und Taiwan. 3 – Ungewichteter Durchschnitt der Länder in gleicher Abgrenzung wie in Fußnote 11 in Tabelle 1. 4 – Der Index erfasst die Anzahl und die Strenge von Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, ohne deren Eignung zu bewerten. Er nimmt Werte zwischen 0 und 100 an. Zu den erfassten Maßnahmen zählen neben Schließungen von Schulen, Produktionsstätten oder des öffentlichen Nahverkehrs die Absage von öffentlichen Veranstaltungen und Einschränkungen der Versammlungs- oder Bewegungsfreiheit sowie von internationalen Reisen.

Quellen: Hale et al. (2020), Weltbank, WHO, eigene Berechnungen

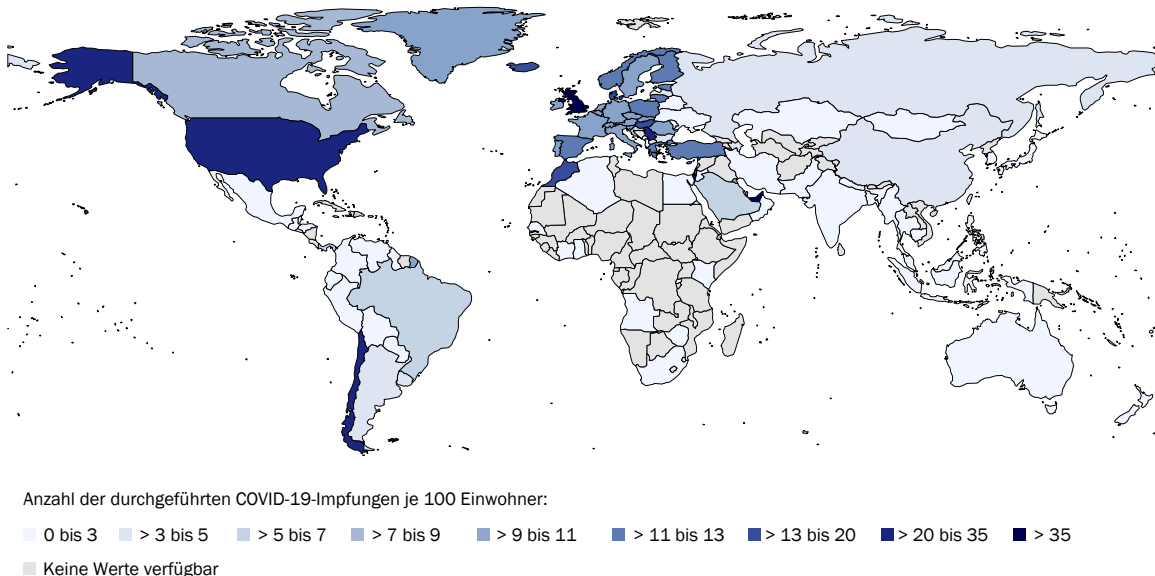
sowie das Verbot personennaher Dienstleistungen. Zwischen den Ländern besteht teils große **Heterogenität** hinsichtlich der **Strenge der Maßnahmen** sowie der Zeitpunkte von Lockerungen und Verschärfungen, etwa bei der Schließung von Schulen. Während die Schulen in Frankreich und Spanien in der zweiten Infektionswelle im Winter 2020/21 weiterhin geöffnet blieben, wurde der Präsenzunterricht in Deutschland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich für den Großteil der Schülerinnen und Schüler eingestellt.

In **Deutschland** sind die Eindämmungsmaßnahmen in einigen Bereichen im Winter 2020/21 ausgeprägter als im **Frühjahr 2020**. So gelten striktere Arbeitsschutzmaßnahmen und eine stärkere Reduzierung des Angebots im öffentlichen Personennahverkehr als noch im Frühjahr des vergangenen Jahres. Gleichwohl wurden die im Frühjahr 2020 eingeführten internationalen Reisebeschränkungen im Sommer 2020 abgeschwächt und bisher nicht wieder angehoben. Allerdings kam es wiederholt zu Anpassungen der Quarantäneregulungen, die den Reiseverkehr eingeschränkt haben dürften.

3. Dank der schnellen Entwicklung mehrerer mittlerweile zugelassener Impfstoffe haben inzwischen viele fortgeschrittene Volkswirtschaften und einige Schwellenländer **Impfkampagnen** gestartet. Diese **schreiten** aber **unterschiedlich schnell voran**. [↪ ABBILDUNG 2](#) [↪ ABBILDUNG 3 LINKS](#) [↪ KASTEN 3](#) Während bis zum 12. März 2021 im Vereinigten Königreich und in den USA knapp 35 % beziehungsweise knapp 20 % der Bevölkerung mindestens eine Impfdosis erhalten haben, lag dieser Anteil in der Europäischen Union (EU) bei lediglich knapp 8 % (Our World in Data, 2021). [↪ ABBILDUNG 3 RECHTS](#)

↪ ABBILDUNG 2

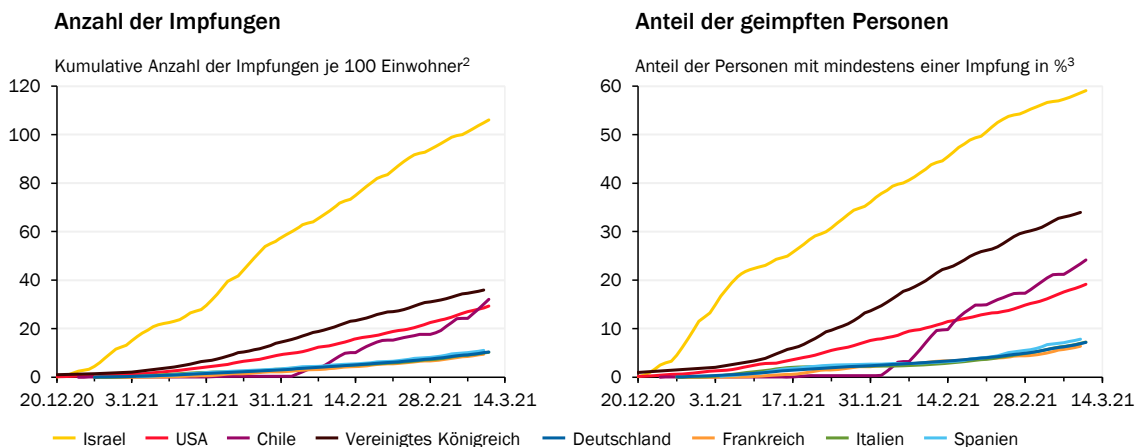
Anzahl der durchgeführten COVID-19-Impfungen je 100 Einwohner¹



¹ –Jede Impfung wird als Einzeldosis gezählt und entspricht möglicherweise nicht der Gesamtanzahl der geimpften Personen, wenn diese z. B. bereits mehrere Dosen erhalten haben. Datenstand: 12.03.2021.

▸ **ABBILDUNG 3**

Durchgeführte COVID-19-Impfungen im internationalen Vergleich⁴



1 – Datenstand 12.03.2021. 2 – Jede Impfung wird als Einzeldosis gezählt und entspricht möglicherweise nicht der Gesamtanzahl der geimpften Personen, wenn diese z. B. bereits mehrere Dosen erhalten haben. 3 – Anteil an der Gesamtbevölkerung. Entspricht nicht dem Anteil der vollständig geimpften Personen, da Impfstoffe zwei Dosen erfordern können.

Quelle: Our World in Data

© Sachverständigenrat | 21-173

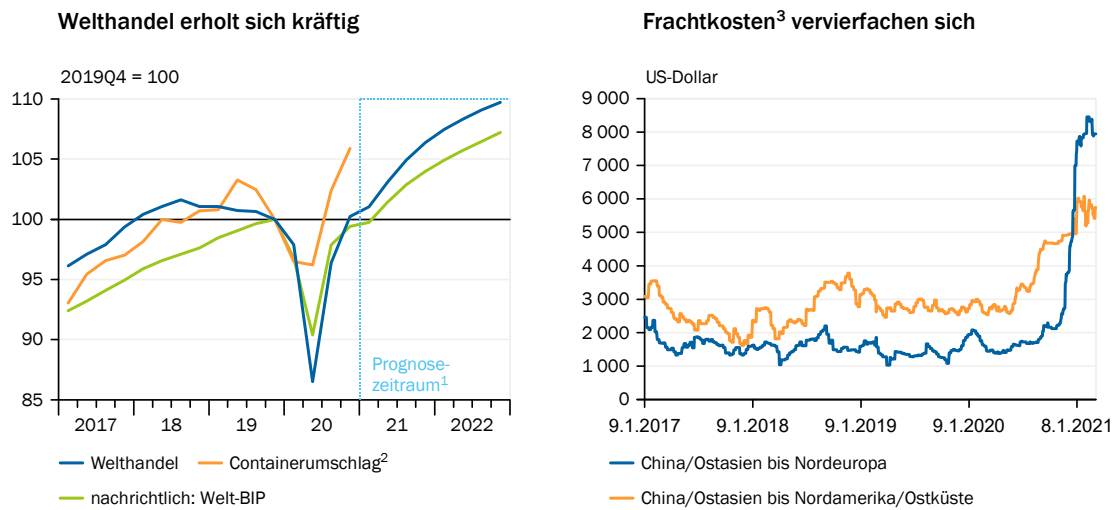
4. Mit dem **Voranschreiten** der **Impfkampagnen** verbindet sich die **Hoffnung**, dass die **Eindämmungsmaßnahmen** im Jahresverlauf weiter **geloockert** werden können. Während die Impfprogramme in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften zügig umgesetzt werden, ist die Situation in Schwellen- und Entwicklungsländern sehr unterschiedlich. Unter den großen Schwellenländern haben Russland, China und Indien eigene Impfstoffe entwickelt, die vor allem nach Lateinamerika und an einige osteuropäische Länder geliefert werden. Dagegen haben die meisten Entwicklungsländer bisher keinen Zugang zu geeigneten Medikamenten und Impfstoffen. Eine umfassende Immunisierung der Weltbevölkerung liegt daher noch in weiter Ferne, sodass vielerorts andere Maßnahmen zur Eindämmung notwendig bleiben dürften.

Nach kräftigem Wachstum im Sommer pausiert die Erholung insbesondere in Europa

5. Die Corona-Pandemie hat die **Weltwirtschaft** im Jahr **2020** in eine **tiefe Rezession** gestürzt. Nachdem die wirtschaftliche Aktivität im ersten Halbjahr stark eingebrochen war, setzte mit dem Rückgang der Neuinfektionen sowie der Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen – vornehmlich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften – eine ebenso kräftige Erholung ein. So konnte ein guter Teil der im ersten Halbjahr erlittenen Produktionsrückgänge wieder aufgeholt werden. Im vierten Quartal 2020 lag das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) aber immer noch gut 1,4 % unterhalb des Vorkrisenniveaus im vierten Quartal 2019. Insgesamt betrug das **Wachstum** des weltweiten BIP **im Jahr 2020 –3,6 %**.
 ▸ **ABBILDUNG 4 LINKS** Damit war der Einbruch der Weltwirtschaft 2020 deutlich stärker als zum Höhepunkt der globalen Finanzkrise im Jahr 2009.

▸ **ABBILDUNG 4**

Entwicklung von Welthandel und Frachtkosten



1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Der RWI/ISL-Containerumschlag-Index basiert auf Angaben zum Containerumschlag in 91 internationalen Häfen, auf die gut 60 % des weltweiten Containerumschlags entfallen. 3 – Frachtkosten für Container am Spot-Markt. China/Ostasien bis Nordamerika verläuft entlang des Suez-Kanals; China/Ostasien bis Nordamerika/Ostküste verläuft durch den Pazifik.

Quellen: CPB, Freightos, RWI/ISL, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-105

6. **Im Schlussquartal** des Jahres **2020** verlief die **wirtschaftliche Entwicklung weltweit** sehr **unterschiedlich**. Insbesondere in Europa wurde die Erholung der Sommermonate im vierten Quartal deutlich unterbrochen, während sich die konjunkturelle Dynamik in den USA und dem Vereinigten Königreich trotz stark steigender Infektionszahlen lediglich abschwächte. Die chinesische Wirtschaftsleistung hat sogar bereits im dritten Quartal ihr Vorkrisenniveau deutlich überschritten. In den übrigen Schwellenländern verläuft die Erholung dagegen deutlich langsamer.
7. Der **Welthandel legte** im Zuge der weltweiten Erholung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wieder **kräftig zu**. [▸ ABBILDUNG 4 LINKS](#) So lag der globale Warenhandel nach Daten des niederländischen Centraal Planbureau (CPB) bereits zum Ende des Jahres 2020 über dem Vorkrisenniveau. Dies zeigte sich auch in einem kräftigen Anstieg des RWI/ISL-Containerumschlag-Index in der zweiten Jahreshälfte 2020. [▸ ABBILDUNG 4 LINKS](#) Nicht zuletzt die vermehrte globale Nachfrage nach Konsumgütern und medizinischer Schutzausrüstung sorgte dabei für zusätzliche Impulse (IWF, 2020; OECD, 2020). Der kräftiger als erwartet ausgefallene Anstieg der globalen Nachfrage nach Waren und eine aus der temporären Störung der Lieferketten hervorgehende Knappheit an freien Schiffscontainern führten in den vergangenen Monaten zu einem enormen **Anstieg der Seefrachtkosten** auf einigen Routen (Europäische Kommission, 2021a), insbesondere zwischen China und Europa. [▸ ABBILDUNG 4 RECHTS](#) Zudem deuteten Unternehmensumfragen zum Jahresende 2020 auf einen merklichen Anstieg von Lieferengpässen und längeren Lieferzeiten insbesondere in Europa und Nordamerika hin. Einer der Hauptgründe dafür scheinen Verzögerungen in der Hafenerfertigung vor allem in Asien zu sein (Owen, 2020).

8. Verschiedene Faktoren beeinflussen derzeit die **Entwicklung der Erzeuger- und Verbraucherpreise**. Bereits seit Mitte des Jahres 2020 steigen die Erzeugerpreise merklich an. Neben steigenden Frachtkosten dürfte ein wichtiger Grund in dem kräftigen **Anstieg des Ölpreises** liegen. [↘ ZIFFER 10](#) Gegenüber Dezember 2020 stiegen die Erzeugerpreise der Industrie im Euro-Raum bereits um 1,4 % an. Zudem sind im Zuge der Pandemie die **Preise für Lebensmittel** deutlich **angestiegen** und tragen ebenfalls zur Verbraucherpreisinflation bei.

Die handelsgewichteten **Wechselkurse** für die USA und Japan werteten mit der Erholung der Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 ab, während der handelsgewichtete Wechselkurs für den Euro-Raum bis zum Herbst tendenziell aufwertete, seitdem aber leicht an Wert verlor. Gegenüber dem US-Dollar konnte der Euro im Jahr 2020 hingegen kräftig aufwerten. Nach Ankündigung des neuen US-amerikanischen Konjunkturpakets Anfang März 2021 legte der US-Dollar gegenüber dem Euro jedoch wieder zu.

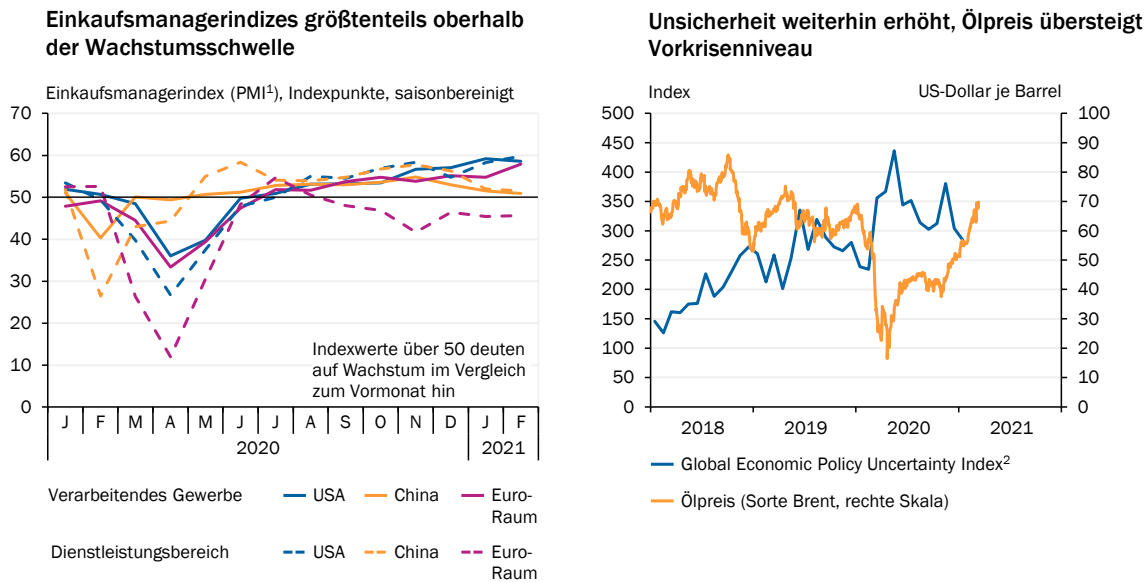
9. Erhebliche Unterschiede zeigen sich auch im Hinblick auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche. [↘ ABBILDUNG 5 LINKS](#) So erholten sich die Einkaufsmanagerindizes im **Verarbeitenden Gewerbe** in der zweiten Jahreshälfte. Besonders schnell war die Erholung in China, nicht zuletzt aufgrund der stark gestiegenen globalen Nachfrage nach Konsumgütern (OECD, 2020). [↘ ZIFFER 7](#) Seit Jahresbeginn zeichnet sich in China zwar eine Verlangsamung des Wachstums im Verarbeitenden Gewerbe ab, insbesondere im Euro-Raum und in den USA sind die Stimmungsindikatoren jedoch weiter stark aufwärtsgerichtet.

Für den **Dienstleistungsbereich** ergibt sich ein differenzierteres Bild. So kam es im Euro-Raum infolge der Zunahme der Neuinfektionen und der verschärften Eindämmungsmaßnahmen erneut zu einem starken Rückgang bei den personen-nahen Dienstleistungen. In einigen Mitgliedstaaten belastet zudem der weiterhin nicht oder nur sehr eingeschränkt mögliche Tourismus die wirtschaftliche Entwicklung. [↘ KASTEN 2](#) Der Einkaufsmanagerindex für den chinesischen Dienstleistungsbereich liegt zwar weiterhin knapp oberhalb der Expansionsschwelle von 50 Indexpunkten, die aktuelle Dynamik deutet aber auf eine Verlangsamung des Wachstums hin. Einzig in den USA sind die Stimmungsindikatoren im Dienstleistungsbereich deutlich oberhalb der Wachstumsschwelle.

10. Der Index für politische und ökonomische **Unsicherheit spiegelt den Pandemieverlauf wider**. [↘ ABBILDUNG 5 RECHTS](#) Nach einem starken Anstieg im Frühjahr 2020 und einem schnellen Rückgang im Sommer, ging die Unsicherheit nach einem erneuten leichten Anstieg im Herbst schließlich zum Ende des Jahres 2020 zurück. Der **Ölpreis erholte sich** im Jahresverlauf 2020 **kontinuierlich** von dem starken Einbruch im Frühjahr und liegt aufgrund des Wachstums der Weltwirtschaft und reduzierten Fördermengen wieder oberhalb des Vorkrisenniveaus. [↘ ABBILDUNG 5 RECHTS](#) Zudem einigten sich Anfang März die Länder der OPEC+ entgegen der Erwartungen der Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer darauf, die Fördermengen im April nur geringfügig anzuheben, woraufhin der Ölpreis weiter anstieg. Die voranschreitende weltwirtschaftliche Erholung und die wei-

▸ ABBILDUNG 5

Einkaufsmanagerindizes, Unsicherheit und Ölpreis



1 – Purchasing Managers' Index. 2 – Mit kaufkraftbereinigtem BIP gewichteter Index für 21 Länder. Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2015 = 100.

Quellen: Economic Policy Uncertainty, IHS Markit, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-114

terhin langsame Ausweitung der Fördermengen dürften zu einem deutlichen Abbau der Lagerbestände führen und im Jahresverlauf weiter preistreibend wirken (IEA, 2021).

Der Ölpreis spiegelt ein **komplexes Zusammenspiel aus Angebot und Nachfrage** nach Rohöl wider. Überwiegen bei einem Anstieg des Ölpreises nachfrageseitige Faktoren, sind diese Ausdruck einer starken Weltkonjunktur, die sich insbesondere auf exportorientierte Staaten wie Deutschland positiv auswirken (JG 2015 Kasten 4). Ist eine Steigerung des Ölpreises hingegen vornehmlich von angebotsseitigen Faktoren getrieben, überwiegen die negativen Auswirkungen der Verteuerung der Erzeuger- und Konsumentenpreise. Die **Entwicklung** des Ölpreises **in der Corona-Pandemie** dürfte **sowohl von nachfrage- als auch angebotsseitigen Faktoren** beeinflusst sein (Camp et al., 2020). Jedoch ist davon auszugehen, dass die kräftiger als erwartete Erholung der Weltwirtschaft ein wichtiger Treiber des jüngsten Ölpreisanstiegs ist. Die Internationale Energieagentur (IEA) geht zudem von einer schrittweisen Ausweitung der Fördermengen im Jahresverlauf aus (IEA, 2021). Dies deckt sich mit dem Preis der Futures, die für das Ende des Prognosezeitraums zum Zeitpunkt des Datenschlusses bei gut 60 US-Dollar pro Barrel gehandelt wurden.

11. Mit **diskretionären fiskalpolitischen Maßnahmen** haben die Staaten versucht, den **wirtschaftlichen Einbruch** aufgrund der Corona-Krise **abzufedern** (JG 2020 Ziffern 258 f.). Eine Zusammenstellung des IWF (2021a) enthält die wichtigsten diskretionären fiskalischen Maßnahmen, die von den Regierungen bis Ende des Jahres 2020 angekündigt oder umgesetzt wurden. Diese legen nahe, dass die EU-Staaten weniger umfangreiche Maßnahmen auf der Ausgaben-

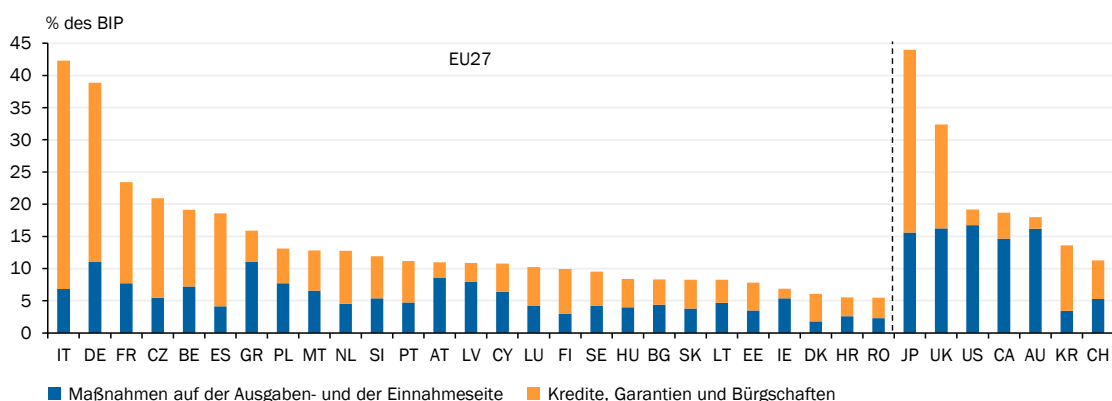
und Einnahmeseite ergriffen haben als beispielsweise Japan, das Vereinigte Königreich, die USA oder Kanada. Stattdessen haben die EU-Staaten vermehrt auf die Bereitstellung von Krediten, Garantien und Bürgschaften gesetzt. [↘ ABBILDUNG 6 Internationale Vergleiche diskretionärer Fiskalmaßnahmen](#) wie etwa IWF (2021a) oder Bruegel (2020) sind nach den Angaben des IWF (2021a) jedoch **mit Vorsicht zu betrachten**, da die länderspezifischen Umstände der Maßnahmen in den Staaten variieren.



Internationale Vergleiche diskretionärer Maßnahmen **vernachlässigen häufig**, dass die **Inanspruchnahme** der Maßnahmen deutlich niedriger als die Summe der aufgelegten Programme ausfällt (Anderson et al., 2020; Deutsche Bundesbank, 2020a; JG 2020 Ziffern 118 ff.). Zudem umfassen etwa die Daten von IWF (2021a) und Bruegel (2020) **innerstaatliche Transfers**, die keinen unmittelbaren fiskalischen Impuls darstellen. Die Gemeinschaftsdiagnose (2020) weist zudem darauf hin, dass die Daten die **zeitliche Verteilung** der Fiskalmaßnahmen auf mehrere Jahre nicht ausreichend berücksichtigen. Des Weiteren kritisieren sie die teilweise fehlerhafte Zuordnung von Maßnahmen, wie etwa die Kurzarbeit, die nur unzureichend als **automatische Stabilisatoren** und zu stark als diskretionäre Maßnahmen erfasst werden. Automatische Stabilisatoren können jedoch erheblich zur Bewältigung konjunktureller Schwächen beitragen. Insbesondere im Euro-Raum dämpfen sie die negativen Auswirkungen von Einkommensschocks viel stärker als etwa in den USA (Dolls et al., 2012, 2014). Vergleiche ausschließlich auf der Basis von diskretionären Maßnahmen vernachlässigen somit die bedeutende fiskalische Stabilisierungswirkung automatischer Stabilisatoren. Die Gemeinschaftsdiagnose kommt insgesamt auf eine weniger als halb so große fiskalpolitische Stützung der Wirtschaft in Deutschland im Jahr 2020, als IWF (2021a) und Bruegel (2020) vermuten lassen und diskutiert die vorgelegten Schätzungen für andere Staaten ebenfalls kritisch.

↘ ABBILDUNG 6

Diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie unterscheiden sich zwischen ausgewählten Ländern (Datenstand Ende 2020)¹



1 – Die Daten stellen eine kumulierte Zusammenfassung des IWF (2021a) der wichtigsten diskretionären fiskalischen Maßnahmen dar, die von den Regierungen als Reaktion auf die Corona-Pandemie bis zum 31.12.2020 angekündigt oder umgesetzt wurden. IT-Italien, DE-Deutschland, FR-Frankreich, CZ-Tschechien, BE-Belgien, ES-Spanien, GR-Griechenland, PL-Polen, MT-Malta, NL-Niederlande, SI-Slowenien, PT-Portugal, AT-Österreich, LV-Lettland, CY-Zypern, LU-Luxemburg, FI-Finnland, SE-Schweden, HU-Ungarn, BG-Bulgarien, SK-Slowakei, LT-Litauen, EE-Estland, IE-Irland, DK-Dänemark, HR-Kroatien, RO-Rumänien, JP-Japan, UK-Vereinigtes Königreich, US-USA, CA-Kanada, AU-Australien, KR-Republik Korea, CH-Schweiz.

Quelle: IWF

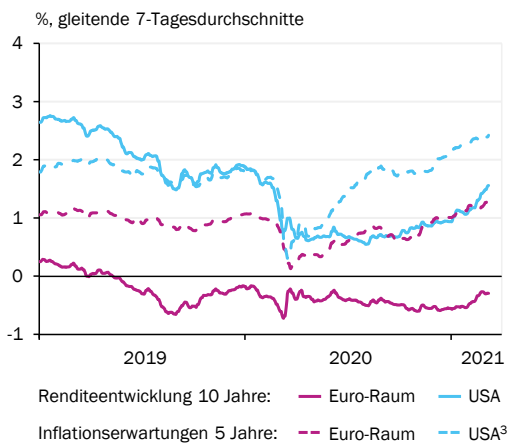
© Sachverständigenrat | 21-073

12. Die expansive Geldpolitik der Notenbanken trägt zu den **günstigen Finanzierungsbedingungen** der Staaten bei. Seit Beginn der Krise waren die Renditen von 10-jährigen Staatsanleihen im Euro-Raum und in den USA zunächst rückläufig. In den USA legten die Renditen auf Anleihen mit langer Laufzeit jedoch bereits seit Mitte des Jahres 2020 wieder zu, befinden sich aber weiterhin auf einem niedrigen Niveau. [↪ ABBILDUNG 7 OBEN LINKS](#) Die jüngsten Anstiege dürften unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass die neuen umfangreichen fiskalischen Stützungsmaßnahmen, wie das im März 2021 beschlossene Konjunkturpaket, eine höhere Staatsschuldenquote erwarten lassen. [↪ ZIFFER 18](#) Seit Jahresbeginn 2021 zogen die Renditen europäischer Staatsanleihen etwas nach.

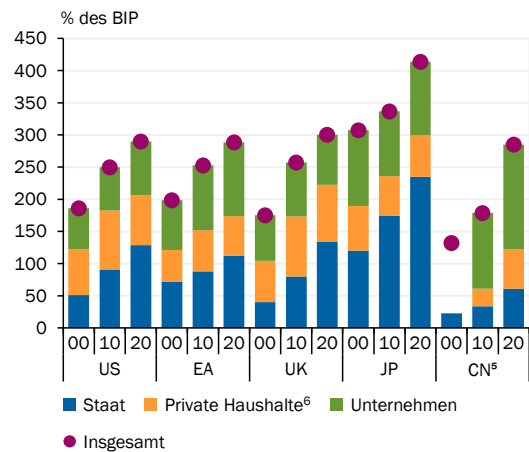
↪ ABBILDUNG 7

Monetäre Entwicklungen in ausgewählten Volkswirtschaften

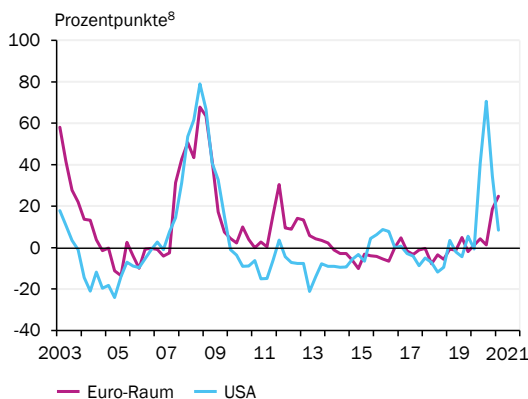
Renditeentwicklung¹ und Inflationserwartungen²
Euro-Raum und USA



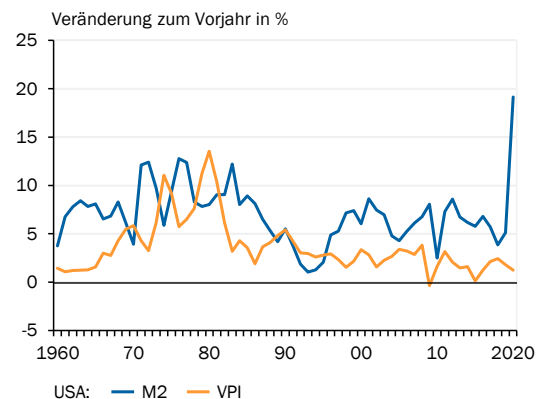
Kreditentwicklung in wichtigen Volkswirtschaften in den Jahren 2000, 2010 und 2020⁴



Verschärfung der Kreditvergabebedingungen an Unternehmen im vierten Quartal 2020⁷
Netto-Prozentsatz der Banken, die eine Verschärfung der Kreditstandards melden



Anhaltend zweistelliges Geldmengenwachstum ging in der Vergangenheit mit hoher Inflation einher



1 – Staatsanleihen mit AAA-Rating. 2 – Inflationserwartungen der Marktteilnehmer über die kommenden 5 Jahre approximiert durch die 5-Jahres Inflation Swaps. 3 – Für die USA werden acht Datenpunkte im Jahr 2019 und 3 Datenpunkte im Jahr 2020 als Ausreißer wie fehlende Beobachtungen behandelt. 4 – Kredite an den nichtfinanziellen Sektor in Relation zum BIP. Stichtage: 31.12.2000, 31.12.2010 und 30.09.2020. US-USA, EA-Euro-Raum, UK-Vereinigtes Königreich, JP-Japan, CN-China. 5 – Werte für private Haushalte und Unternehmen erst ab 2006. 6 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 7 – Die Kreditvergabebedingungen beziehen sich auf die vergangenen drei Monate. 8 – Die Netto-Prozentsätze sind definiert als die Differenz zwischen der Summe der Prozentsätze der Banken, die "erheblich verschärft" und "etwas verschärft" geantwortet haben, und der Summe der Prozentsätze der Banken, die "etwas gelockert" und "erheblich gelockert" geantwortet haben.

Quellen: BIZ, EZB, FED, FRED, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Die Erwartungen bezüglich einer Fortführung der fiskalischen Stützungsmaßnahmen spiegeln sich ebenfalls in einem **Anstieg der marktbasieren mittelfristigen Inflationserwartungen** wider. [↘ ABBILDUNG 7 OBEN LINKS](#) Angesichts enormer fiskalischer Stützungsmaßnahmen in nahezu allen großen Volkswirtschaften stieg die **Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte** und damit die staatliche Verschuldung deutlich an. Damit setzte sich im vergangenen Jahr der längerfristige Trend höherer öffentlicher sowie privater Verschuldung fort. [↘ ABBILDUNG 7 OBEN RECHTS](#)

13. Während zu Beginn der Corona-Krise nicht zuletzt die fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen dafür gesorgt haben dürften, dass die Kreditvergabebedingungen weitestgehend konstant geblieben sind (JG 2020 Ziffer 307), haben die Kreditvergabebedingungen bereits seit dem dritten Quartal deutlich angezogen. [↘ ZIFFER 30](#) Im vierten Quartal 2020 haben die **Banken im Euro-Raum die Kreditvergabebedingungen** für Unternehmen noch einmal stärker **verschärft** (EZB, 2021a). [↘ ABBILDUNG 7 UNTEN LINKS](#) In den USA verschärften sich die Kreditvergabebedingungen im dritten Quartal sehr stark, im vierten Quartal jedoch nur noch geringfügig (Fed, 2021). [↘ ABBILDUNG 7 UNTEN LINKS](#) **Für Unternehmen** können die verschärften Bedingungen die **Finanzierungsmöglichkeiten verschlechtern** und dadurch Investitionen reduzieren. Die Kreditvergabebedingungen in den nächsten Quartalen dürften entscheidend von der Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen abhängen, die für die Banken bislang nur schwer abzuschätzen ist.
14. Im Unterschied zur Entwicklung nach der Finanzkrise gehen die umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen seit dem **Jahr 2020** in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit einem sehr starken Anstieg der Geldschöpfung im Bankensystem einher und führen zu einer **erheblichen Ausweitung der Geldmenge**. Zwar ist der empirische Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und Inflation seit den 1990er-Jahren im Vergleich zu den 1970er-Jahren schwächer ausgeprägt (Teles et al., 2016). [↘ ABBILDUNG 7 UNTEN RECHTS](#) Allerdings sind nun erstmals wieder deutlich zweistellige Wachstumsraten der Geldmenge zu beobachten. Anhaltendes Geldmengenwachstum von über 10 % war in der Vergangenheit, wie etwa in den 1970er Jahren, mit einer hohen Güterpreis- oder, beispielsweise vor der Finanzkrise, Vermögenspreisinflation verbunden.

Zum einen birgt die stark gewachsene Geldmenge die Gefahr, die **Inflation während der Normalisierung** der privaten Nachfrage temporär **zu erhöhen**, sobald die Pandemie überwunden ist (Grauwe und Diessner, 2020). Zum anderen hängt das Geldmengenwachstum mit einem starken Anstieg der öffentlichen Kredite zusammen. Für erhöhte staatliche Haushaltsdefizite gibt es wiederum einen historischen Zusammenhang mit Inflation (Bordo und Levy, 2020). Schließlich könnte das seit der Corona-Krise stark gestiegene Geld- und Kreditwachstum in der mittleren Frist Risiken für die Finanzmarktstabilität mit sich bringen, die – wie die Erfahrung der Finanzkrise zeigt – allein mit makroprudenziellen Maßnahmen nur schwer einzugrenzen sind.

Konjunktureller Ausblick

15. Die **Rückgänge der Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr 2020** fielen **tendenziell geringer** aus, als noch in der Prognose des Jahresgutachtens vom Herbst 2020 erwartet. Vielerorts pausierte die wirtschaftliche Erholung zum Jahresende jedoch oder setzte sich nur verlangsamt fort. Die in vielen Ländern erhöhten Infektionszahlen sowie deutlich verschärften Maßnahmen zur Eindämmung der zweiten Infektionswelle dürften die wirtschaftliche Aktivität im ersten Quartal 2021 vor allem im Euro-Raum und im Vereinigten Königreich erneut beeinträchtigen und so die Erholung verzögern. Ein Einbruch vergleichbar mit demjenigen im Frühjahr ist allerdings nicht zu erwarten, nicht zuletzt da es bisher zu keinen vergleichbaren Beeinträchtigungen der Industrie und des internationalen Warenhandels gekommen ist. Gleichwohl belasten **Kapazitätsengpässe bei einigen Rohmaterialien und Vorleistungsgütern** wie Halbleitern einige Teile des Verarbeitenden Gewerbes. Umfragedaten der Europäischen Kommission aus dem Januar deuten darauf hin, dass dies zunehmend einen hemmenden Faktor für die Produktion darstellen könnte.
16. Mit dem **allmählichen Voranschreiten der Impfung** der Bevölkerung in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften und – wenn erforderlich – gezielten Einschränkungen, ist zu erwarten, dass die Pandemie bis zum Ende des Prognosehorizonts so weit eingedämmt werden kann, dass insbesondere keine Überlastung der Gesundheitssysteme mehr droht. Im Zuge der dann weiter sinkenden Infektionszahlen und möglichen Lockerungen dürfte insbesondere der private Konsum wieder kräftig anziehen. Die abnehmende Unsicherheit über den Verlauf der Pandemie dürfte sich zudem positiv auf die privaten Investitionen auswirken.
17. Der Sachverständigenrat rechnet nach einer Verlangsamung der Dynamik im ersten Quartal 2021 mit einem kräftigen Anziehen der Weltwirtschaft im Zuge der Eindämmung der Pandemie in der zweiten Jahreshälfte. In den USA tragen zudem weitere umfangreiche Konjunkturpakete dazu bei. [↪ ZIFFER 18](#) Für das Jahr 2022 dürfte sich das Wachstum dann etwas verlangsamen. Insgesamt hebt der Sachverständigenrat seine **Prognose** für das **globale BIP** gegenüber seiner Prognose aus dem Herbst an. Gründe hierfür sind trotz der Verlangsamung im ersten Quartal 2021 das besser als erwartete vierte Quartal 2020 und eine positivere Einschätzung des zweiten Halbjahrs 2021. Für die Jahre **2021** und **2022** rechnet der Sachverständigenrat mit einem Wachstum von **5,9 %** beziehungsweise **4,0 %**. [↪ TABELLE 1](#) Damit wäre das Vorkrisenniveau Mitte 2021 wieder erreicht, wenngleich dies nicht für alle in der Prognose berücksichtigten Länder gleichermaßen zutreffen dürfte. [↪ ABBILDUNG 4 LINKS](#) Für den **globalen Warenhandel** nach dem Messkonzept des niederländischen Centraal Planbureau rechnet der Sachverständigenrat für die Jahre 2021 und 2022 mit einem Wachstum von **9,0 %** beziehungsweise **4,6 %**.

TABELLE 1

Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise ausgewählter Länder

Land/Ländergruppe	Gewicht in % ¹	Bruttoinlandsprodukt ²				Verbraucherpreise			
		Veränderung zum Vorjahr in %							
		2020	2021 ³		2022 ³	2020	2021 ³		2022 ³
			Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2020/21 ⁴			Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2020/21 ⁴	
Europa	28,6	- 6,1	4,1	(- 0,3)	4,1	1,2	2,3	(0,5)	2,1
Euro-Raum	17,3	- 6,8	4,1	(- 0,8)	4,2	0,3	1,6	(0,5)	1,6
Vereinigtes Königreich	3,7	- 9,9	4,7	(0,1)	6,0	0,9	1,6	(0,1)	2,1
Russland	2,2	- 3,2	2,8	(0,1)	2,9	3,4	4,4	(0,4)	3,3
Mittel- und Osteuropa ⁵	1,8	- 4,0	4,3	(1,2)	3,9	3,0	2,4	(- 0,1)	2,4
Türkei	1,0	1,6	7,3	(2,7)	3,0	12,3	13,2	(2,3)	10,6
Andere Länder ⁶	2,6	- 2,7	3,1	(0,1)	2,9	0,2	1,2	(0,3)	1,1
Amerika	35,4	- 4,1	6,0	(2,1)	3,8	2,1	3,3	(0,7)	2,8
USA	27,8	- 3,5	6,3	(2,5)	4,0	1,2	2,6	(0,7)	2,3
Lateinamerika ⁷	3,0	- 8,5	5,2	(0,6)	2,8	10,7	10,1	(- 0,3)	8,6
Brasilien	2,4	- 4,4	3,9	(0,3)	2,6	3,2	4,5	(1,6)	3,4
Kanada	2,3	- 5,4	5,2	(0,6)	3,8	0,7	2,2	(0,9)	1,5
Asien	36,0	- 1,0	7,1	(0,3)	4,1	2,1	1,8	(0,0)	2,3
China	18,7	2,1	8,5	(- 0,4)	4,8	2,5	1,9	(- 0,1)	2,8
Japan	6,6	- 4,9	2,9	(0,0)	1,9	0,0	- 0,1	(- 0,3)	0,5
Asiatische Industrieländer ⁸	3,9	- 1,3	3,7	(0,6)	2,6	0,3	1,2	(0,5)	1,3
Indien	3,7	- 6,9	12,5	(4,2)	5,1	6,6	4,9	(0,0)	3,9
Südostasiatische Schwellenländer ⁹	3,1	- 4,7	5,5	(0,2)	4,6	1,0	2,0	(0,0)	2,2
Insgesamt	100,0	- 3,6	5,9	(0,8)	4,0	1,8	2,5	(0,4)	2,4
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ¹⁰	65,9	- 4,8	4,9	(0,9)	3,8	0,8	1,9	(0,5)	1,8
Schwellenländer ¹¹	34,1	- 1,2	7,7	(0,5)	4,3	3,9	3,6	(0,1)	3,7
nachrichtlich:									
exportgewichtet ¹²	100,0	- 4,7	4,9	(0,0)	4,0
nach dem Messkonzept des IWF ¹³	100,0	- 3,0	6,0	(0,9)	3,9
Welthandel ¹⁴		- 5,3	9,0	(3,2)	4,6

1 – Anteil des BIP des Jahres 2019 in US-Dollar der aufgeführten Länder oder Ländergruppen am BIP aller aufgeführten Länder beziehungsweise Ländergruppen. 2 – Preisbereinigt. 3 – Prognose des Sachverständigenrates. 4 – Differenz in Prozentpunkten. 5 – Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn. 6 – Dänemark, Norwegen, Schweden und Schweiz. 7 – Argentinien, Chile, Kolumbien und Mexiko. 8 – Hongkong, Republik Korea, Singapur und Taiwan. 9 – Indonesien, Malaysia, Philippinen und Thailand. 10 – Asiatische Industrieländer, Euro-Raum, Mittel- und Osteuropa, Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und USA. 11 – Lateinamerika, südostasiatische Schwellenländer, Brasilien, China, Indien, Russland und Türkei. 12 – Summe der aufgeführten Länder, gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 2019. 13 – Gewichte nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis des IWF. 14 – Nach dem Messkonzept des niederländischen Centraal Planbureau (CPB).

Quellen: CPB, Eurostat, IWF, nationale Statistikämter, OECD, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-116

Im Zuge der zu erwartenden kräftigen Erholung der Weltwirtschaft dürfte insbesondere **in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften** der **Preisdruck** im Prognosezeitraum zunehmen, aber aufgrund einer anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten **moderat** bleiben. In vielen Schwellenländern, insbesondere den ölimportierenden, dürfte die Inflation hingegen deutlich stärker ausfallen.

18. In den **USA** setzte sich die Erholung im vierten Quartal 2020 etwas gedämpft fort. So konnte das BIP im Schlussquartal um gut 1 % gegenüber dem dritten Quartal zulegen. Ende Dezember 2020 traten in den USA **fiskalische Unterstützungsmaßnahmen** in Höhe von rund **900 Mrd US-Dollar** (etwas mehr als 4 % des BIP im Jahr 2020) in Kraft. Neben einmaligen Transferzahlungen an Haushalte, einer Verlängerung der während der Krise angehobenen Arbeitslosenhilfen bis März 2021 sowie Ausgaben für das Bildungs- und Gesundheitswesen umfasst das Programm vor allem Kredite an kleinere Unternehmen.

Gerade die Arbeitslosenhilfen spielen während der Krise eine wichtige Rolle. So kam es in den USA, anders als in vielen europäischen Ländern, in denen es sehr umfangreiche und großzügige Kurzarbeitsprogramme gibt, im vergangenen Frühjahr zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit auf fast 15 % (JG 2020 Ziffer 11). Bis Februar 2021 ging die **Arbeitslosenquote** wieder auf 6,2 % zurück – ein niedrigerer Wert als in vielen europäischen Ländern. Allerdings lag sie immer noch **2,7 Prozentpunkte höher als im Februar 2020**.

Anfang März verabschiedete der US-Kongress ein weiteres Programm (American Rescue Plan) zur Stützung und Stimulierung der US-Wirtschaft. Der Umfang beläuft sich auf rund **1 900 Mrd US-Dollar** – also etwa 9 % des BIP im Jahr 2020 (CBO, 2021a). In dem Plan sind unter anderem erneute Einmalzahlungen, eine fast sechsmonatige Verlängerung der zuvor erhöhten Arbeitslosenhilfen sowie finanzielle Zuwendungen an Bundesstaaten und Kommunen enthalten.

19. Nach **Simulationsrechnungen** des Sachverständigenrates dürften die zusätzlichen fiskalischen **Maßnahmen** die **Erholung in den USA beschleunigen**.
 ▽ **KASTEN 1** Die Größe des Fiskalmultiplikators hängt jedoch entscheidend von der geldpolitischen **Reaktion der US-amerikanischen Notenbank** (Federal Reserve – Fed) ab. Im Dezember 2020 bekräftigte die Fed ihre Absicht, die Federal Funds Rate im derzeitigen Zielband von 0 % bis 0,25 % zu belassen, bis die Arbeitsmarktbedingungen ein Niveau erreicht haben, das mit den Einschätzungen der Fed zur maximalen Beschäftigung übereinstimmt. Zudem sollte die Inflation auf 2 % gestiegen sein und sich auf dem besten Weg befinden, 2 % für einige Zeit moderat zu übersteigen (Fed, 2020). Verbleiben die Zinsen im Prognosezeitraum auf ihrem niedrigen Niveau, dürfte dies den Effekt des Stimulus signifikant erhöhen.

Andere Schätzungen legen sogar nahe, dass die Wirtschaftsleistung zum Jahresende 2021 den vom Congressional Budget Office (CBO) vor der Pandemie geschätzten Wachstumspfad übertreffen könnte (Edelberg und Sheiner, 2021). Der Sachverständigenrat hebt seine **Prognose** für die **USA** aus dem Herbst an und rechnet in den Jahren **2021 und 2022** mit **Wachstumsraten** des BIP **von 6,3 % beziehungsweise 4,0 %**.

▸ KASTEN 1

Die konjunkturellen Auswirkungen des jüngsten Fiskalstimulus in den USA

Bereits zum Zeitpunkt des Jahresgutachtens 2020 zeichneten sich **weitere fiskalische Stützungsmaßnahmen** in den USA ab, um die infolge der Pandemie entstandenen Einkommensausfälle zumindest teilweise zu kompensieren. Unklar waren damals jedoch Zeitpunkt, Umfang und Ausgestaltung (JG 2020 Ziffer 12). Im Folgenden werden daher die **Auswirkungen** der Ende Dezember 2020 in Kraft getretenen Maßnahmen sowie des jüngst vom US-Kongress verabschiedeten Konjunkturprogramms **mit Hilfe eines strukturellen makroökonomischen Modells geschätzt**. Das Modell neu-keynesianischer Prägung ist an das New Area-Wide Model der EZB angelehnt und für die USA sowie für den Euro-Raum kalibriert (Christoffel et al., 2008; Coenen et al., 2008; Cogan et al., 2013; Lieberknecht und Wieland, 2019).

Die Simulation deckt zum einen Transfers an Haushalte ab. Der größte Teil entfällt hierbei auf **Arbeitslosenhilfen** sowie auf die beiden **Einmalzahlungen** in Höhe von 600 und 1 400 US-Dollar je berechtigter Person (CBO, 2020, 2021b; Edelberg und Sheiner, 2021). Zum anderen sind in der Simulation die erhöhten **staatlichen Konsumausgaben** etwa im Gesundheitsbereich erfasst. Innerstaatliche Transfers sowie Kredite an Unternehmen bleiben dagegen unberücksichtigt. Vor allem bei Ersteren ist unklar, inwieweit diese Zahlungen tatsächlich zusätzliche Ausgaben bedeuten, oder lediglich eine Verschuldung der Staaten vermeiden oder reduzieren. Die in der Simulation berücksichtigten fiskalischen Maßnahmen machen insgesamt 8,6 % des US-BIP im Jahr 2020 aus. Um die bestehenden pandemiebedingten Einschränkungen in der Simulation zu erfassen, werden die Auszahlungen ebenso wie der Anstieg der Staatsausgaben zeitlich bis in das Jahr 2022 hinein gestreckt. Konkret wird unterstellt, dass zwei Drittel des fiskalischen Impulses in diesem Jahr und ein Drittel im kommenden Jahr erfolgen. Bei den Transferzahlungen wird angenommen, dass diese zur Hälfte Haushalten zugutekommen, die keinen Zugang zu Kapitalmärkten haben. Im Modell liegt deren Anteil bei 25 %. Die Transferzahlungen fließen somit annahmegemäß tendenziell Haushalten zu, welche die Zahlungen unmittelbar ausgeben. Bei den restlichen 75 % der Haushalte hingegen geht der größte Teil der Zahlungen in die Ersparnis.

In den Simulationen werden drei verschiedene Szenarien betrachtet. Im ersten Szenario folgt die Fed einer **Zinsregel** und reagiert auf den Anstieg des BIP und der Inflation mit einer Erhöhung des Leitzinses um bis zu 100 Basispunkte im Jahresverlauf 2021. Die **Wirtschaftsleistung steigt** in diesem Jahr gegenüber der Ausgangssituation um 2,9 % an. Da die Maßnahmen vorübergehender Natur sind, dürfte die positive Wirkung des Fiskalpakets allerdings schnell abnehmen. Im Jahr 2022 liegt die Wirtschaftsleistung bereits nur noch rund 0,8 % höher als im kontrafaktischen Szenario ohne Stimulus. In den darauffolgenden Jahren wäre der BIP-Effekt sogar leicht negativ. Die **Inflation** liegt den Simulationen zufolge im Jahr 2021 um 0,8 Prozentpunkte höher als im kontrafaktischen Szenario. Der zusätzliche positive Effekt auf die Inflation ist aber wie derjenige auf das BIP nur vorübergehend. Im Jahr 2022 beträgt er nur noch 0,3 Prozentpunkte.

In einem zweiten Szenario lässt die Fed – ihrer derzeitigen Forward Guidance folgend – den **Zins unverändert**. Das Fiskalpaket würde das BIP im Jahr 2021 gegenüber der Ausgangssituation um etwa 3,9 % ansteigen lassen. Wie im vorherigen Szenario würde die BIP-Wirkung der Maßnahmen in den Folgejahren schnell nachlassen. Die Inflationsrate läge infolge der unverändert lockeren Geldpolitik in diesem Jahr um 1,5 Prozentpunkte höher als in der Ausgangssituation. Unterausgelastete Produktionskapazitäten und eine weiter erhöhte Arbeitslosigkeit könnten den Inflationsanstieg aber dämpfen. Simuliert man das Modell in einem dritten Szenario mit einer höheren Elastizität des Arbeitsangebots und geht man von einer sehr variablen Kapitalnutzung aus, reduziert sich der Inflationsanstieg in diesem Jahr auf rund 0,6 Prozentpunkte. Gleichzeitig erhöht sich der BIP-Effekt im Jahr 2021 auf 4,5 %.

Die **Spillover-Effekte auf den Euro-Raum** sind in allen Szenarien positiv. Das BIP würde im Euro-Raum infolge des Stimulus im Jahr 2021 um 0,4 bis 0,7 % ansteigen. Die Effekte auf die Inflationsrate wären vernachlässigbar.

Diese Ergebnisse decken sich weitgehend mit den **Schätzungen anderer Institutionen** (CBO, 2021c; Dullien et al., 2021; Edelberg und Sheiner, 2021; EZB, 2021b; Gopinath, 2021; OECD, 2021). Die wirtschaftliche Erholung dürfte – eine erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie vorausgesetzt – in diesem Jahr schneller vonstattengehen als noch im Herbst zu erwarten war. Die drei Szenarien zeigen aber zugleich die **Unsicherheit über die Größenordnung der Effekte** auf und wie sehr diese insbesondere von der geldpolitischen Reaktion der Fed abhängen. Eine weitere wichtige Einflussgröße stellt die Gegenfinanzierung der Konjunkturprogramme dar. Im Modell wird angenommen, dass die Staatsschuldenquote mittels höherer Pauschalsteuern in der langen Frist wieder zum Ausgangsniveau zurückgeführt wird. In der Praxis spielen Pauschalsteuern keine größere Rolle. Berücksichtigt man in der Modellanalyse, dass die Gegenfinanzierung über höhere Steuern auf Arbeits- oder Kapitaleinkommen erfolgt (JG 2020 Kasten 9), die wiederum die Arbeits- und Investitionsentscheidungen verzerren, fällt die BIP- sowie die Inflationswirkung der Konjunkturprogramme geringer aus.

-
20. In weiten Teilen des **Vereinigten Königreichs** führten die stark angestiegenen Infektionszahlen im Herbst 2020 zu erneut verschärften und erst Mitte Dezember gelockerten Eindämmungsmaßnahmen. Die Erholung der Wirtschaft setzte sich im Schlussquartal mit einem Wachstum von 1 % gegenüber dem dritten Quartal 2020 gedämpft fort. Anfang Januar führte die schnelle Ausbreitung der Virusmutationen zu einem erneut starken Anstieg der Infektionszahlen und einem landesweiten Shutdown. Die britische Regierung veröffentlichte Ende Februar einen **Stufenplan für Lockerungen** der Eindämmungsmaßnahmen, der auf dem schnellen Fortschritt der Impfkampagne im Vereinigten Königreich basiert. Dieser sieht vor, bis Ende Juni 2021 schrittweise alle Wirtschaftsbereiche zu öffnen und geltende Kontaktbeschränkungen fallen zu lassen, was die wirtschaftliche Aktivität bereits im zweiten Quartal wieder deutlich beleben dürfte.

Zum Jahresende einigten sich die EU und das Vereinigte Königreich auf ein vorläufiges **Handels- und Kooperationsabkommen**. Im Wesentlichen konnten Zölle und Mengenbeschränkungen im Warenhandel abgewendet werden. Jedoch gelten seit Januar Einfuhr- und Qualitätskontrollen, die einen reibungslosen Warenhandel erschweren dürften. Erste Daten bestätigen bereits einen merklichen Rückgang der Außenhandelsvolumina zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Insgesamt dürfte das Ausscheiden aus dem EU-Binnenmarkt und der Zollunion das BIP des Vereinigten Königreichs zusätzlich zu den Folgen der Pandemie belasten. Der Sachverständigenrat rechnet für die Jahre **2021** und **2022** mit einem **BIP-Wachstum** von **4,7 %** beziehungsweise **6,0 %**.

21. Die **chinesische Wirtschaft** befand sich auch zum Jahresende weiter auf Expansionskurs und treibt die Erholung der Weltwirtschaft kräftig voran. Im Schlussquartal konnte das BIP um 2,6 % gegenüber dem Vorquartal zulegen. Getragen wird dieses Wachstum von der Industrie, einer starken Auslandsnachfrage und staatlichen Investitionen, während der Dienstleistungsbereich deutlich langsamer wächst und die inländische Nachfrage nach wie vor verhalten ist. Für das Jahr **2021** geht der Sachverständigenrat davon aus, dass das BIP mit **8,5 %** kräftig zulegt und damit das Wachstumsziel der chinesischen Regierung von mindestens 6 % deutlich übertrifft. Im **Jahr 2022** wird ein **Wachstum in Höhe von 4,8 %** erwartet.

22. In **anderen Schwellenländern** dürfte sich das Tempo der weiteren Erholung deutlich unterscheiden. So dürfte in einigen lateinamerikanischen Schwellenländern, wie etwa in Brasilien, ein Wiederaufflammen des Infektionsgeschehens die Erholung zu Jahresbeginn ausbremsen. In Chile dagegen dürfte die aktuell recht hohe Impfgeschwindigkeit die wirtschaftliche Erholung unterstützen. Dagegen haben insbesondere in der Türkei und in Indien fiskalische Unterstützungsmaßnahmen zu einer stärker als erwarteten Erholung im vergangenen Jahr und damit zu einem kräftigen statistischen Überhang für das Jahr 2021 beigetragen. Der Sachverständigenrat rechnet in den Jahren 2021 und 2022 mit Wachstumsraten des BIP von 3,9 % und 2,6 % in Brasilien, 7,3 % beziehungsweise 3,0 % in der Türkei, sowie 12,5 % und 5,1 % in Indien.

2. Wirtschaftliche Erholung im Euro-Raum pausiert

23. Die wirtschaftliche Lage im Euro-Raum ist ebenfalls stark vom Pandemieverlauf geprägt. Der Anstieg der Infektionszahlen im Herbst veranlasste viele Mitgliedstaaten zu neuen oder verschärften **Eindämmungsmaßnahmen**. Dabei traf die zweite Infektionswelle die großen Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Umfang und zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Während die Infektionszahlen in Frankreich und Italien bereits im November ihren bisherigen Höchststand erreichten, war in Spanien erst im Januar ein sehr starker Anstieg zu beobachten. In Deutschland stiegen die Infektionszahlen im Winter ebenfalls an, wenngleich weniger stark als im Euro-Raum insgesamt. Derzeit befindet sich zwar die Anzahl der Neuinfektionen ebenso wie diejenige der Hospitalisierungen unterhalb ihrer bisherigen Höchststände. Vielerorts kommt es aber zu einem verstärkten Auftreten **neuer infektiöserer Varianten des Virus** und damit einhergehend zu wieder erhöhten Infektionszahlen.
24. **Anders als im Frühjahr** 2020 folgte auf das verschärfte Infektionsgeschehen und die erneuten **Einschränkungen zum Jahresende kein deutlicher Einbruch** der wirtschaftlichen Aktivität. Im vierten Quartal 2020 sank die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum um 0,7 %. Die Gründe für den vergleichsweise moderaten Rückgang dürften vielfältig sein: ein Großteil der Eindämmungsmaßnahmen zielte auf kontaktintensive Dienstleistungen und Teile des Einzelhandels, es gab keine umfassenden Grenzsicherungen, die Lieferketten blieben weitestgehend intakt und Haushalte sowie Unternehmen dürften sich besser an die Pandemie und die Beschränkungen angepasst haben.

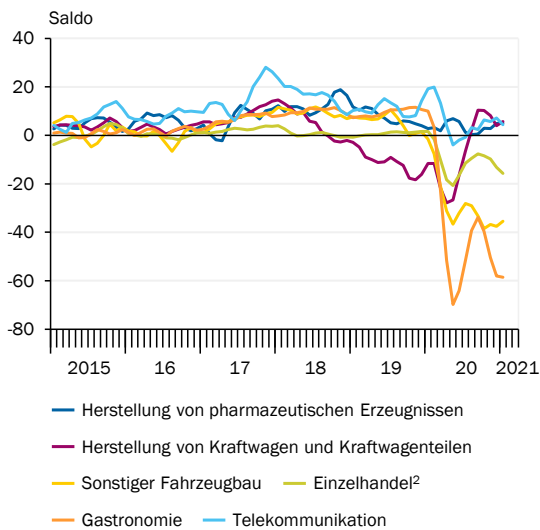
Derzeit zeigt sich eine ausgeprägte **Zweiteilung der Wirtschaft**. Während beispielsweise die Entwicklung in der Industrie von der schnellen Erholung der Weltwirtschaft begünstigt ist, befinden sich die Stimmungsindikatoren in von den Einschränkungen besonders betroffenen Dienstleistungsbereichen wieder nahe den Tiefständen vom Frühjahr 2020. [↘ ABBILDUNG 8 LINKS](#)

25. Die Jahresverlaufsdaten 2020 waren in den Volkswirtschaften des Euro-Raums sehr unterschiedlich. Zum Jahresende lag die **Wirtschaftsleistung** im Euro-Raum insgesamt kalenderbereinigt **5,0 % unter dem Vorkrisenniveau** des vierten Quartals 2019. Während das BIP in Deutschland 3,9 % unter dem Niveau

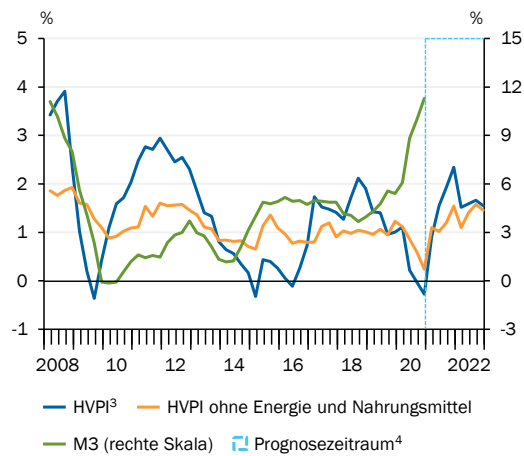
➤ **ABBILDUNG 8**

Vertrauensindikatoren, Inflation und M3-Wachstum im Euro-Raum

Vertrauensindikatoren zeigen konjunkturelle Zweiteilung¹



Inflationsanstieg nicht zuletzt aufgrund von Basiseffekten erwartet
Veränderung zum Vorjahr



1 – Gleitende 3-Monatsdurchschnitte. Saisonbereinigt. 2 – Ohne Kfz-Handel. 3 – Harmonisierter Verbraucherpreisindex. 4 – Prognose des Sachverständigenrates.

Quellen: Europäische Kommission, Eurostat, EZB, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-100

des vierten Quartals 2019 lag, betrug der Abstand in Spanien 9,1 %. Zum Teil dürfte diese Diskrepanz auf die unterschiedliche wirtschaftliche Bedeutung der besonders von der Pandemie betroffenen Wirtschaftsbereiche, wie beispielsweise dem Tourismus, zurückzuführen sein. ➤ **KASTEN 2**

26. Die Verbraucherpreise im Euro-Raum stiegen zu Jahresbeginn wieder stärker an, nachdem die Inflationsrate im Jahr 2020 zeitweise sogar negativ war. ➤ **ABBILDUNG 8 RECHTS** **Im Februar 2021 lag der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) um 0,9 % höher als im Vorjahresmonat.** Die Inflationsentwicklung ist aktuell von verschiedenen Faktoren geprägt. Insbesondere die Energiepreiskomponente wirkt preissteigernd. Neben dem mittlerweile wieder auf das Vorkrisenniveau angestiegenen Ölpreis trägt hierzu die Einführung von CO₂-Bepreisungssystemen in einigen Mitgliedstaaten bei. Besonders hoch war die Inflationsrate im Januar bei Bekleidung und Schuhen. Hierbei dürften Verschiebungen des Schlussverkaufs in einigen Mitgliedstaaten eine Rolle gespielt haben (Deutsche Bundesbank, 2021). In Deutschland sorgt zudem die Wiederanhebung der zeitweise gesenkten Umsatzsteuersätze Anfang des Jahres für weiteren Preisdruck.
27. Es kam im Zuge der regelmäßigen Anpassung des Wägungsschemas zu einer **Verschiebung hin zu Gütern innerhalb des Warenkorb**, die in Zeiten der Pandemie vermehrt konsumiert wurden. Vor allem die Gewichte von Restaurants und Hotels, Kraft- und Schmierstoffen, Verkehrsdienstleistungen, Pauschalreisen sowie von Bekleidung und Schuhen gingen stark zurück. Dagegen stiegen die Anteile etwa von Wohnungsmieten, Elektrizität, Gas und anderen Brennstoffen sowie von Nahrungsmitteln deutlich an.

In Deutschland führte die Anpassung des Wägungsschemas in Kombination mit dem saisonalen Verlaufsmuster und der Verkettung des Index über den Dezember zu einem Sondereffekt bei den Pauschalreisen (Deutsche Bundesbank, 2021). Dieser erklärt fast vollständig, dass die Vorjahresrate des HVPI seit Januar einige Zehntelprozentpunkte über derjenigen des VPI liegt, der nur in etwa alle fünf Jahre angepasst wird. ↘ [ZIFFER 59](#) Der Konsumdeflator berücksichtigt dagegen die Veränderungen im Konsumverhalten. Im vierten Quartal 2020 lag dieser auf demselben Niveau wie im Vorjahresquartal.

28. Im Dezember 2020 beschloss die Europäische Zentralbank (**EZB**) eine Verlängerung und Ausweitung ihrer **geldpolitischen Maßnahmen** (EZB, 2020). Der Umfang des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – **PEPP**) wird um weitere 500 Mrd Euro auf insgesamt 1 850 Mrd Euro erhöht. Zugleich kündigte die EZB an, die **Nettoankäufe bis mindestens Ende März 2022 fortzusetzen**. Tilgungsbeträge von Wertpapieren, die im Rahmen des PEPP erworben wurden, werden bei Fälligkeit bis mindestens Jahresende 2023 reinvestiert. Bei der dritten Serie langfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) wurde der Zeitraum mit deutlich günstigeren Bedingungen bis Juni 2022 verlängert, und es werden drei zusätzliche Geschäfte in diesem Jahr durchgeführt.

Zudem wird der im April 2020 gelockerte Sicherheitenrahmen bis Juni 2022 beibehalten, und die EZB wird im Jahr 2021 vier **zusätzliche längerfristige Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte** (Pandemic Emergency Longer-Term Refinancing Operations – PELTRO) anbieten. Schließlich wurde die Repo-Fazilität für nicht zum Euro-Währungsgebiet gehörende Zentralbanken (Eurosystem Repo Facility for Central Banks – EUREP) sowie alle befristeten Swap- und Repo-Linien mit Zentralbanken außerhalb des Euro-Raums bis März 2022 verlängert. Beim Asset Purchase Programme (APP) gab es ebenso wie bei den Zinssätzen keine Änderungen. Der Nettoankauf in Höhe von monatlich 20 Mrd Euro wird fortgesetzt. In der März-Sitzung nahm der Rat keine weiteren geldpolitischen Anpassungen vor. Zugleich kündigte er an, Käufe im Rahmen des PEPP im nächsten Quartal in einem deutlich höheren Tempo zu tätigen als in den ersten Monaten dieses Jahres (EZB, 2021c).

29. Die **Finanzierungsbedingungen** im Euro-Raum stellen sich weiter sehr **günstig** dar. So sind etwa die Renditeaufschläge für Anleihen relativ hoch verschuldeter Mitgliedstaaten und Unternehmen in den vergangenen Monaten nochmals gesunken. Der Composite Indicator of Systemic Stress (CISS) der EZB, der 15 hauptsächlich finanzmarktbasierende Stressindikatoren zusammenfasst, befindet sich ebenfalls auf einem äußerst niedrigen Niveau.

▸ KASTEN 2

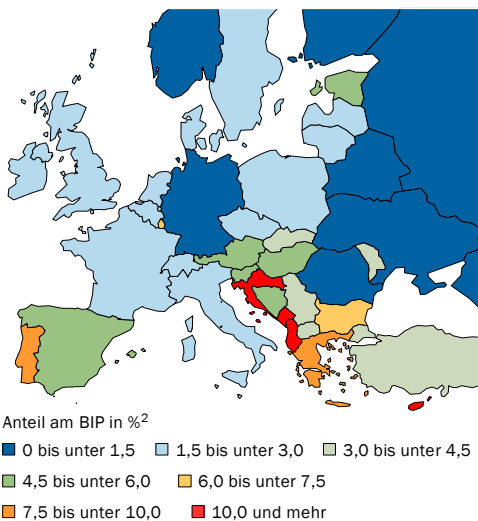
Zur Bedeutung und aktuellen Entwicklung des Tourismus in Europa

In vielen Mitgliedstaaten des Euro-Raums ist die Erholung des **Tourismus von großer Bedeutung** für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem in Südeuropa ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. ▸ **ABBILDUNG 9 LINKS** In Griechenland und Portugal etwa beliefen sich die Ausfuhren von Reisedienstleistungen im Jahr 2019 auf rund 9 % der gesamten Wirtschaftsleistung. Im Zuge von Grenzschließungen, Reisewarnungen und Einschränkungen – zum Beispiel die Quarantänepflicht bei der Einreise – sowie angesichts der Sorge vor Ansteckung kam es im vergangenen Jahr allerdings zu einem massiven Rückgang des Tourismus. Die Anzahl an **Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland lag im Jahr 2020 in der EU rund 70 % unterhalb des Vorjahresniveaus** (Europäische Kommission, 2021a). Bei den Übernachtungen von inländischen Gästen betrug der Rückgang knapp 30 %. Im Sommer 2020 kam es zu einer kräftigen Erholung beim inländischen Reiseverkehr. Die Übernachtungszahlen heimischer Gäste befanden sich während der Sommermonate fast wieder auf dem Vorkrisenniveau. Bei den ausländischen Gästen betrug der Rückgang gegenüber dem Sommer 2019 hingegen immer noch rund zwei Drittel. Im Zuge verschärfter Einschränkungen und Reiseregulungen gingen die Übernachtungen insgesamt über den Herbst 2020 stark zurück und befanden sich im Dezember wieder rund 70 % unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

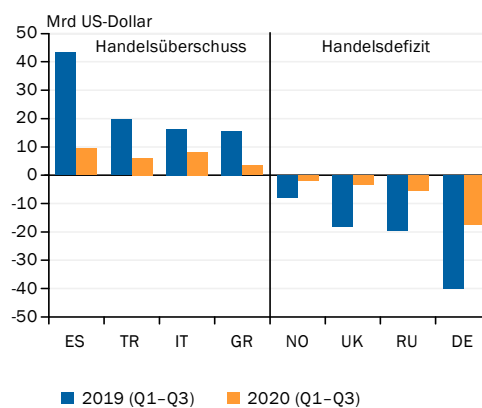
▸ **ABBILDUNG 9**

Grenzüberschreitende Reisedienstleistungen in Europa¹

Auslandstourismus vor allem in Südeuropa ein großer Wirtschaftsfaktor



Rückgang des Tourismus 2020 schlägt sich in Zahlungsbilanzen nieder³



1 – Aus- und Einfuhr von Reisedienstleistungen gemäß Zahlungsbilanz. Erfasst sind Waren und Dienstleistungen, die Reisende während eines Besuchs mit einer Dauer von weniger als einem Jahr in einer Volkswirtschaft erworben haben. Nicht zum Reiseverkehr zählt die internationale Beförderung von Reisenden. 2 – Im Jahr 2019. 3 – Handel mit Reisedienstleistungen. ES-Spanien, TR-Türkei, IT-Italien, GR-Griechenland, NO-Norwegen, UK-Vereinigtes Königreich, RU-Russland, DE-Deutschland.

Quellen: EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen, IWF, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-102

Auswertungen von Kundenrezensionen auf Online-Buchungsportalen deuten darauf hin, dass vor allem der Städtetourismus im vergangenen Jahr stark rückläufig war (Europäische Kommission, 2020a, 2021a). In Ländern wie beispielsweise Spanien, in die Touristen überwiegend per Flugzeug reisen, fiel der Einbruch ebenfalls vergleichsweise stark aus. Der Überschuss Spaniens im Handel mit Reisedienstleistungen belief sich in den ersten drei Quartalen 2020 dementsprechend auf nur etwas mehr als ein Fünftel des Wertes der ersten drei Quartale 2019. ▸ **ABBILDUNG 9 RECHTS** Das **Passagieraufkommen bei internationalen Flügen** – gemessen in verkauften Passagierkilometern – lag im **Dezember 2020 weltweit um etwa 85 % unter dem Niveau des Vorjahresmonats** (IATA, 2021). Bei Inlandsflügen war der Rückgang rund halb so groß. Die Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL) rechnet damit, dass der Flugverkehr in Europa das Vorkrisenniveau des Jahres 2019 frühestens im Jahr 2024 erreicht (EUROCONTROL, 2020). Zahlen des UNWTO World Tourism Barometer zufolge

erwarten nur 16 % der weltweit befragten Expertinnen und Experten, dass der internationale Tourismus bereits im kommenden Jahr zum Vorkrisenniveau zurückkehrt (UNWTO, 2021). Die wirtschaftliche Erholung dürfte daher vor allem in Mitgliedstaaten des Euro-Raums mit einem vergleichsweise großen Tourismussektor im Prognosezeitraum langsamer vonstattengehen.

30. Das **Kreditwachstum** der Banken im Euro-Raum hat sich im zweiten Halbjahr 2020 wieder **etwas normalisiert**, nachdem vor allem die krisenbedingte Liquiditätsnachfrage der Unternehmen zu einer sehr starken Zunahme an Krediten im ersten Halbjahr beigetragen hatte (JG 2020 Ziffer 39). Die Vorjahresrate ist aufgrund des starken Anstiegs im Frühjahr 2020 weiterhin sehr hoch. Im Januar 2021 lag das Kreditwachstum relativ zum Vorjahreszeitraum gegenüber dem privaten Sektor bei 5,1 % (EZB, 2021d). Bei den Krediten an den Staat betrug die Wachstumsrate in demselben Zeitraum sogar 22,9 %.

Die **Banken** im Euro-Raum haben laut Bank Lending Survey (BLS) die **Kreditstandards** im vierten Quartal 2020 vor allem bei Unternehmenskrediten ohne staatliche Garantien erneut **verschärft** (EZB, 2021a). Die Verschärfung war vor allem auf die erhöhte Risikowahrnehmung der Banken zurückzuführen. Neben der Unsicherheit über die wirtschaftliche Erholung spielt laut Banken hierbei die Sorge vor Kreditausfällen angesichts der erneuten Einschränkungen eine Rolle. [↘ ZIFFER 34](#) Die Finanzierungskosten und die Bilanzsituation der Banken trugen hingegen nicht zur Verschärfung bei. Gleichzeitig meldeten Banken eine rückläufige Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Ein Grund hierfür dürfte sein, dass der Unternehmenssektor im Aggregat seit Beginn der Pandemie außerordentlich hohe Liquiditätsreserven aufgebaut hat (Deutsche Bundesbank, 2021).

31. Die Mitgliedstaaten des Euro-Raums stützen die Liquidität der Unternehmen und Haushalte sowie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage während der Pandemie mit **umfangreichen fiskalischen Maßnahmen** (JG 2020 Ziffern 257 ff.). Neben den verschiedenen Hilfspaketen hat in vielen Mitgliedstaaten der erleichterte Zugang zur Kurzarbeit dazu beigetragen, einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosenquote zu verhindern und so die Einkommen von Haushalten stabilisiert. Trotz des BIP-Rückgangs und anders als noch im Jahresgutachten erwartet kam es im Euro-Raum Ende 2020 zu keinem erneuten Anstieg der Arbeitslosenquote. In verschiedenen Mitgliedstaaten wurden die zeitlich befristeten großzügigeren Kurzarbeitsregelungen bis in den Sommer 2021 verlängert. Der Sachverständigenrat geht in der Prognose davon aus, dass die unterstützende Politik fortgesetzt wird, solange das Infektionsgeschehen und die erforderlichen Eindämmungsmaßnahmen die Wirtschaftstätigkeit einschränken.

Im Februar 2021 haben der Rat der Europäischen Union sowie das Europäische Parlament die Verordnung über die gemeinsame **Aufbau- und Resilienzfähigkeit verabschiedet** (Rat der Europäischen Union, 2021). In den Mitgliedstaaten werden derzeit die entsprechenden nationalen Aufbau- und Resilienzpläne ausgearbeitet. Modellsimulationen der Europäischen Kommission zufolge könnte die Fähigkeit das BIP in der EU bis Mitte des Jahrzehnts um bis zu 2 % erhöhen (Europäische Kommission, 2020a).



Im Jahr 2020 federten Kurzarbeitsprogramme die Auswirkungen der Pandemie auf Arbeitsplätze und Einkommen ab. Bei der Finanzierung der Maßnahmen werden die Mitgliedstaaten durch das **SURE-Programm** (Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) der EU unterstützt. Bislang haben 16 EU-Mitgliedstaaten insgesamt 62,5 Mrd Euro im Rahmen von SURE erhalten (Europäische Kommission, 2021b). Im Laufe des Jahres 2021 beabsichtigt die Kommission, weitere 25 Mrd Euro durch die Emission von Anleihen zu beschaffen. Die Kommission hat insgesamt 90,6 Mrd Euro an finanzieller Unterstützung für 19 Mitgliedsstaaten vorgeschlagen (Europäische Kommission, 2021c). Etwas mehr als die Hälfte des Volumens entfällt auf Italien (27,4 Mrd Euro) und Spanien (21,3 Mrd Euro).

- 32. Die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum dürfte im ersten Quartal 2021 nochmals zurückgehen**, ehe dann im Verlauf des zweiten Quartals mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung zu rechnen ist. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass es gelingt, die bestehenden Einschränkungen graduell zu lockern und gleichzeitig das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu halten. Aktuell hinken die Mitgliedstaaten des Euro-Raums den USA oder dem Vereinigten König-

▼ TABELLE 2

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Erwerbslosenquote im Euro-Raum

Land/ Ländergruppe	Gewicht in % ¹	Bruttoinlandsprodukt (kalenderbereinigt) ²				Verbraucherpreise (HVPI) ³				Erwerbslosenquote ⁴					
		Veränderung zum Vorjahr in %										%			
		2020	2021 ⁵		2022 ⁵	2020	2021 ⁵		2022 ⁵	2020	2021 ⁵		2022 ⁵		
	Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2020/21 ⁶			Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2020/21 ⁶			Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2020/21 ⁶					
Euro-Raum⁷	100	- 6,8	4,1	(- 0,8)	4,2	0,3	1,6	(0,5)	1,6	8,0	8,3	(- 1,1)	8,4		
darunter:															
Deutschland	28,9	- 5,3	3,1	(- 0,6)	4,1	0,4	2,2	(0,5)	1,9	4,2	4,0	(- 0,2)	3,4		
Frankreich	20,3	- 8,2	6,1	(- 0,7)	3,8	0,5	1,4	(0,5)	1,4	8,0	8,4	(- 1,4)	8,7		
Italien	15,0	- 8,9	4,0	(- 1,5)	3,9	- 0,1	1,5	(1,1)	1,2	9,1	9,6	(- 1,8)	10,2		
Spanien	10,4	- 11,0	5,0	(- 0,9)	5,6	- 0,3	1,3	(0,5)	1,3	15,6	16,6	(- 2,0)	17,2		
Niederlande	6,8	- 3,8	2,5	(- 1,5)	3,4	1,1	1,9	(1,0)	1,6	3,8	4,0	(- 1,9)	4,3		
Belgien	4,0	- 6,3	4,4	(- 0,8)	3,9	0,4	1,7	(0,6)	1,9	5,6	5,8	(- 1,0)	5,7		
Österreich	3,3	- 6,7	3,1	(- 1,3)	4,9	1,4	1,8	(0,2)	1,9	5,4	5,4	(0,4)	5,1		
Irland	3,0	2,5	2,1	(- 0,9)	4,4	- 0,5	0,7	(0,6)	1,3	5,6	6,5	(0,3)	6,5		
Finnland	2,0	- 2,8	2,4	(- 0,1)	2,7	0,4	1,4	(0,2)	1,3	7,8	7,7	(- 0,9)	7,4		
Portugal	1,8	- 7,6	3,8	(- 1,4)	4,9	- 0,1	1,0	(0,5)	1,5	7,0	7,6	(- 1,0)	7,7		
Griechenland	1,6	- 8,0	2,8	(- 1,1)	4,1	- 1,3	0,0	(0,2)	1,2	16,6	17,4	(- 1,8)	17,8		
nachrichtlich:															
Euro-Raum ohne Deutschland	71,1	- 7,4	4,5	(- 1,0)	4,2	0,3	1,4	(0,6)	1,5	9,3	9,8	(- 1,4)	10,2		

1 - Anteil des BIP des Jahres 2019 am BIP des Euro-Raums. 2 - Preisbereinigt. Werte basieren auf saison- und kalenderbereinigten Quartalswerten. 3 - Harmonisierter Verbraucherpreisindex. 4 - Standardisiert nach ILO-Konzept. Für den gesamten Euro-Raum und den Euro-Raum ohne Deutschland gewichtet mit der Anzahl der Erwerbspersonen des Jahres 2019. 5 - Prognose des Sachverständigenrates. 6 - Differenz in Prozentpunkten. 7 - Gewichteter Durchschnitt der 19 Mitgliedsstaaten des Euro-Raums.

Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-117

reich beim Impffortschritt hinterher. [↘ ZIFFER 3](#) Gelingt es jedoch gefährdete Personengruppen und einen großen Anteil der erwachsenen Bevölkerung wie geplant in den kommenden Monaten zu impfen, könnten umfangreiche Einschränkungen künftig vermieden werden. Gestützt durch die günstigen Finanzierungsbedingungen sowie die während der Pandemie angesammelten privaten Ersparnisse dürfte insbesondere die private Nachfrage bis zum Ende des Prognosezeitraums stark zunehmen.

33. Aufgrund des absehbar schwachen ersten Quartals **revidiert der Sachverständigenrat seine Prognose für dieses Jahr** um 0,8 Prozentpunkte **nach unten**, auf 4,1 %. [↘ TABELLE 2](#) Im kommenden Jahr dürfte das BIP mit einer Rate von 4,2 % wachsen. Die Inflationsrate für den Euro-Raum gemessen am HVPI dürfte in diesem und im kommenden Jahr jeweils 1,6 % betragen. Die Aufwärtsrevision der Inflationsprognose für das Jahr 2021 ist auf die höheren Rohölpreise sowie auf die unerwartet hohen Inflationsraten zu Jahresbeginn zurückzuführen. [↘ ZIFFER 26](#) Die Erwerbslosenquote dürfte sich im Prognosezeitraum zwar etwas erhöhen. Angesichts der verlängerten Kurzarbeitsregelungen dürfte der Anstieg im Jahr 2021 geringer ausfallen als im Herbst prognostiziert. Für die Jahre 2021 und 2022 rechnet der Sachverständigenrat mit Erwerbslosenquoten von 8,3 % beziehungsweise 8,4 %.

3. Chancen und Risiken

34. Für den konjunkturellen Ausblick bestehen **verschiedene Chancen und Risiken**, deren Eintreten eine bessere beziehungsweise schlechtere wirtschaftliche Entwicklung der Weltwirtschaft zur Folge hätte als in der Prognose des Sachverständigenrates erwartet.
35. Das **größte Risiko** für die Prognose stellt der weitere **Verlauf der Coronapandemie** dar. Rückschläge bei der Pandemiebekämpfung, etwa durch die Verbreitung von Virusmutationen oder Verzögerungen bei der Impfung, könnten erneute Einschränkungen oder die Verlängerung bestehender Shutdowns notwendig machen. **In vielen europäischen Ländern**, darunter Deutschland, **droht aktuell** angesichts der raschen Ausbreitung besonders ansteckender Virusmutationen **ein starker Anstieg der Infektionszahlen** sowie der Hospitalisierungen. Würden die in der Prognose unterstellten graduellen Lockerungen dadurch ganz oder teilweise wieder zurückgenommen werden, wäre im Jahr 2021 mit einem deutlich langsameren gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu rechnen. [↘ ZIFFER 55](#)

Ein Risiko für einen erheblichen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität ergibt sich aus einer erneuten Infektionswelle dann, wenn sie Anlass zu weitreichenden Einschränkungen in der Industrie oder den bisher weniger beeinträchtigten Dienstleistungen gibt. So wären bei umfangreichen Betriebs- oder Grenzschließungen **beträchtliche Störungen der innereuropäischen Lieferketten und der Produktion** zu befürchten. Gerade Unternehmen aus dem Verarbei-

tenden Gewerbe sind stark über Länder innerhalb und außerhalb Europas verflochten und daher auf das möglichst reibungslose Funktionieren von Lieferketten angewiesen (Fries et al., 2020).

Die **erhöhte Unsicherheit** über den Verlauf der Pandemie sowie über die weitere wirtschaftliche Entwicklung könnte zu einer anhaltenden Investitions- und Konsumzurückhaltung von Unternehmen und Haushalten führen. Dies könnte sowohl Inflation als auch Inflationserwartungen weiter dämpfen.

36. Die Staaten stützen mit umfangreichen Programmen die aufgrund der Pandemieentwicklung von Einschränkungen betroffenen Unternehmen. Dennoch könnte es zu einem starken Anstieg der **Insolvenzen** und der **Arbeitslosigkeit** kommen. **Kreditausfälle** sowie eine erhöhte Risikovorsorge könnten zu vermehrter Zurückhaltung der Banken bei der allgemeinen Kreditvergabe führen. Bei massiven Kreditausfällen droht im schlimmsten Fall die Gefährdung der Stabilität von Banken sowie des Finanzsystems insgesamt.

Schließlich könnten die notwendigen Stützungsmaßnahmen für Unternehmen und Beschäftigte die **fiskalischen Möglichkeiten von stark verschuldeten Staaten übersteigen**. Bei einer Verschlechterung der weltweiten Finanzierungsbedingungen besteht bei einzelnen Schwellenländern zudem die Gefahr von plötzlichen Kapitalabflüssen sowie der Abwertung der nationalen Währungen.

37. Angesichts der expansiven Fiskalpolitik insbesondere in den USA und der in der Krise aufgebauten Ersparnisse der privaten Haushalte besteht ein weiteres Risiko in einem **unerwartet starken Anstieg der Inflation oder Inflationserwartungen**. Kommt es im Lauf der wirtschaftlichen Erholung zu einer kräftig anziehenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei gleichzeitig auftretenden angebotsseitigen Beschränkungen, könnte ein erheblicher Preisdruck entstehen. Sollten die längerfristigen Inflationserwartungen von Haushalten und Unternehmen ansteigen, müssten **Zentralbanken die Geldpolitik früher als erwartet straffen**. Solch eine Geldpolitik in einem Umfeld mit hohen Staatsschuldenständen und steigenden Renditen umzusetzen, könnte die Zentralbanken vor große Herausforderungen stellen. Würde eine notwendige Straffung der Geldpolitik hinausgeschoben, nähmen Inflations- und Finanzstabilitätsrisiken zu. Würde die Geldpolitik schließlich doch gestrafft, könnte ein möglicherweise abrupter Anstieg der realen Anleiherenditen Zweifel an der **Schuldentragfähigkeit von Unternehmen und Staaten** hervorrufen und so die konjunkturelle Erholung gefährden.
38. **Chancen** für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung liegen unter anderem darin, dass die verfügbaren **Impfstoffe schneller** als erwartet weiten Teilen der Bevölkerung **verabreicht werden können**. Daneben könnten bestehende Einschränkungen in den kommenden Monaten endgültig aufgehoben werden, ohne gleichzeitig eine Überlastung der Kapazitäten im Gesundheitswesen zu riskieren. Voraussetzung wären entsprechende **Fortschritte bei medikamentösen Behandlungsmethoden** gegen COVID-19, neue Teststrategien, eine schnellere **Verfolgung von Infektionsketten mithilfe digitaler Technologien** sowie gezieltere Maßnahmen zum Schutz vulnerabler Gruppen.

Weitere Chancen ergeben sich aus den während der Corona-Krise aufgestauten **Konsumbedürfnissen**. Diese könnten zu einem unerwartet starken Rückgang der Sparquote führen und nicht zuletzt bei den persönlichen Dienstleistungen **größere Nachholeffekte** auslösen. Offen ist allerdings, wie stark dort die Kapazitäten gegebenenfalls ausgeweitet werden können. Darüber hinaus könnte das günstige Finanzierungsumfeld in Verbindung mit einer erfolgreichen Bekämpfung der Pandemie zu einem **dynamischen Aufschwung des Investitionszyklus** weltweit führen. Schließlich könnten die vielzähligen geplanten staatlichen Investitionsvorhaben schneller als erwartet umgesetzt werden.

II. DEUTSCHE KONJUNKTUR

39. Die **Corona-Pandemie** hatte im Jahr 2020 **massive Auswirkungen** auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland und wird die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2021 weiterhin prägen. Aufgrund der **zweiten Infektionswelle** und der ab Herbst 2020 erneut notwendig gewordenen Einschränkungen dürfte die **wirtschaftliche Erholung** im Winterhalbjahr **pau-sieren**, so wie im Jahresgutachten erwartet (JG 2020 Ziffern 55 ff.). Mit einer BIP-Wachstumsrate von 0,3 % zum Vorquartal zeigte sich die Gesamtwirtschaft im vierten Quartal 2020 zwar robuster als erwartet. Jedoch lassen die Verschärfung und Verlängerung der Einschränkungen für das erste Quartal 2021 einen Rückgang erwarten, denn es fehlt Bruttowertschöpfung in den besonders vom Shutdown betroffenen Dienstleistungsbereichen. Zudem ist die Nachfrage im ersten Quartal 2021 durch das Vorziehen von Ausgaben ins vierte Quartal 2020 – motiviert durch die temporäre Umsatzsteuersenkung – beeinträchtigt. Diese negativen Effekte werden aber zum Teil durch die aufwärtsgerichtete Entwicklung vor allem der Exportwirtschaft kompensiert. [↘ ZIFFER 55](#)

Von einem Fortbestehen dieser **Zweiteilung der wirtschaftlichen Entwicklung** ist zumindest in der kurzen Frist auszugehen. So sind beispielsweise das Gastgewerbe sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen seit Anfang November von Schließungen betroffen. Im Einzelhandel führen die seit Mitte Dezember geltenden Schließungen zu einer stärkeren Verschiebung vom stationären hin zum Onlinehandel. Demgegenüber zeigt sich das **Verarbeitende Gewerbe** im Winterhalbjahr robust. Die **anhaltende Erholung** wird insbesondere **von** einer zunehmenden **Auslandsnachfrage getragen**. Im Zuge einer im Jahresverlauf zu erwartenden Entspannung des Pandemiegeschehens und damit einhergehender gradueller Lockerungen der Einschränkungen dürfte sich die Zweiteilung der wirtschaftlichen Entwicklung reduzieren.

40. Die Ende Dezember 2020 angelaufenen Impfungen von Risikogruppen und die Aussicht auf eine Beschleunigung des Impfgeschehens im weiteren Jahresverlauf lassen ein **starkes Wachstum im zweiten Halbjahr erwarten**. In Verbindung mit verbesserten Behandlungsmethoden und umfangreichen Test- und Nachverfolgungsstrategien dürfte die Impfung größerer Teile der Bevölkerung und insbesondere der Risikogruppen das Infektionsgeschehen zumindest soweit

eingrenzen, dass die Gefahr einer Überlastung des Gesundheitswesens im Jahresverlauf erheblich reduziert werden kann. Die somit ermöglichten graduellen Lockerungen auf regionaler Ebene dürften bei den persönlichen Dienstleistungen wieder mehr wirtschaftliche Aktivität erlauben. Gleichzeitig dürften sich aufgrund der weltweiten Impffortschritte die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern. Hiervon gehen zusätzliche Wachstumsimpulse für die deutsche Volkswirtschaft aus.

Der Sachverständigenrat erwartet für das **Jahr 2021** in Deutschland ein **Wachstum des BIP um 3,1 %** (ohne nennenswerte Kalendereffekte). [TABELLE 3](#) Die Erholung dürfte sich **im Jahr 2022** fortsetzen und zu einem **Anstieg der Wirtschaftsleistung von 4,0 %** (kalenderbereinigt von 4,1 %) führen. Dabei dürfte das Vorkrisenniveau in der Prognose um den Jahreswechsel 2021/2022 in etwa

TABELLE 3

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	2019	2020	Prognose ¹		
				2021		2022
				Aktualisierung	Differenz zu JG 2020/21 ²	
Bruttoinlandsprodukt³	Wachstum in %	0,6	- 4,9	3,1	(- 0,6)	4,0
Konsumausgaben	Wachstum in %	1,9	- 3,5	0,3	(- 2,7)	6,9
Private Konsumausgaben ⁴	Wachstum in %	1,6	- 6,1	- 0,3	(- 3,7)	9,6
Konsumausgaben des Staates	Wachstum in %	2,7	3,3	1,7	(- 0,2)	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	Wachstum in %	2,5	- 3,1	3,7	(- 0,4)	4,1
Ausrüstungsinvestitionen ⁵	Wachstum in %	0,5	- 12,1	7,3	(- 2,7)	6,3
Bauinvestitionen	Wachstum in %	3,8	1,9	1,4	(- 0,1)	3,0
Sonstige Anlagen	Wachstum in %	2,7	- 1,1	4,8	(2,0)	3,8
Inländische Verwendung	Wachstum in %	1,2	- 4,2	1,1	(- 2,1)	6,3
Außenbeitrag	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	- 0,6	- 0,9	2,0	(1,3)	- 1,9
Exporte	Wachstum in %	1,0	- 9,4	10,7	(3,1)	4,0
Importe	Wachstum in %	2,6	- 8,5	7,0	(0,1)	9,3
Leistungsbilanzsaldo ⁶	%	7,1	7,1	7,9	(0,8)	6,0
Erwerbstätige	Tausend	45 269	44 782	44 744	(- 134)	45 179
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Tausend	33 518	33 578	33 767	(- 38)	34 245
Registriert Arbeitslose	Tausend	2 267	2 695	2 682	(- 62)	2 429
Arbeitslosenquote ⁷	%	5,0	5,9	5,9	(- 0,1)	5,3
Verbraucherpreise ⁸	Wachstum in %	1,4	0,5	2,1	(0,4)	1,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁹	%	1,5	- 4,2	- 4,1	(- 0,6)	- 1,5
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ^{10,11}	Wachstum in %	0,3	- 5,0	3,0	(- 0,6)	3,9
Bruttoinlandsprodukt, kalenderbereinigt ¹¹	Wachstum in %	0,6	- 5,3	3,1	(- 0,6)	4,1

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Differenz in Prozentpunkten außer bei Einheit Tausend. 3 – Preisbereinigt. Veränderung zum Vorjahr. Gilt zudem für alle angegebenen Bestandteile des BIP. 4 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 5 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 6 – In Relation zum BIP. 7 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 8 – Veränderung zum Vorjahr. 9 – In Relation zum BIP; Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. 10 – Bevölkerungsentwicklung gemäß Mittelfristprojektion des Sachverständigenrates. 11 – Preisbereinigt. Veränderung zum Vorjahr.

Quellen: BA, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-119

erreicht werden. Der weitere Pandemieverlauf birgt erhebliche Abwärtsrisiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Jedoch bestehen auch Chancen, die zu einer schnelleren Erholung führen könnten. [↪ ZIFFERN 34 FF.](#)

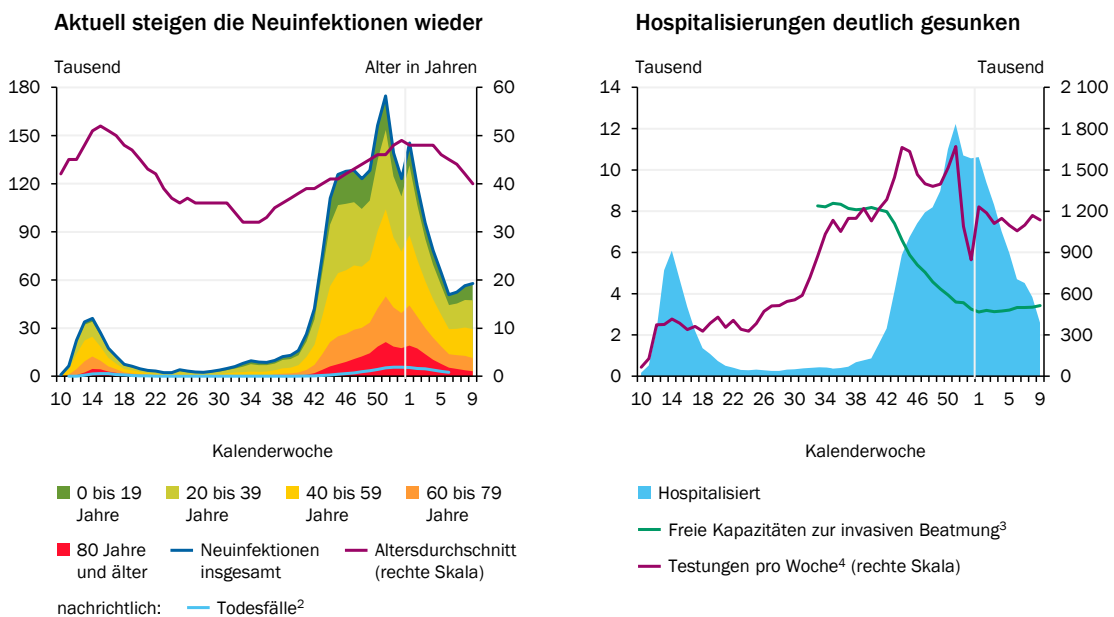
Die **aktuell zunehmende Ausbreitung besonders ansteckender Virusvarianten**, wie B.1.1.7, könnte mögliche Lockerungsschritte verzögern. Die Virusvarianten könnten laut Robert Koch-Institut (RKI, 2021a) zudem eine erhöhte Wahrscheinlichkeit von schwereren Krankheitsverläufen aufweisen. Insbesondere besteht das Risiko, dass es nicht ohne umfassende Vorbereitungen gelingt, durch neue Test- und Nachverfolgungsstrategien sowie zielgerichtete und regional begrenzte Maßnahmen eine entstehende Infektionsdynamik solange einzudämmen, bis eine ausreichende Immunisierung durch Impffortschritte vorliegt. So besteht das Risiko einer deutlich schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung, wenn es aufgrund erneut ansteigender Infektionszahlen zu weitreichenden Einschränkungen oder Schließungen käme, insbesondere in den Bereichen, die aktuell eine starke wirtschaftliche Aktivität aufweisen. [↪ ZIFFERN 55 F.](#)

1. Erholung pausiert im Winterhalbjahr

41. Die **konjunkturelle Entwicklung** war im Jahr 2020 weitestgehend **vom Pandemieverlauf geprägt**. Nach dem historisch tiefen Einbruch des BIP um 9,7 % im zweiten Quartal 2020 führten der Rückgang der Neuinfektionen und die Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen über den Sommer zu einem starken Rückpralleffekt von 8,5 % im dritten Quartal. Die ab Ende September wieder beschleunigt ansteigende Anzahl an Corona-Neuinfektionen [↪ ABBILDUNG 10 LINKS](#)

[↪ ABBILDUNG 10](#)

Aktuelle Entwicklung der COVID-19-Pandemie in Deutschland¹



1 – Dem RKI übermittelte COVID-19-Fälle in Deutschland für die Meldewochen KW10 2020 bis KW9 2021. Stand 09.03.2021. 2 – Stand 05.03.2021. Die Todesfälle werden vom RKI mit einer Verzögerung von 3 Wochen veröffentlicht, um relative Vollständigkeit zu gewährleisten. Für die Fälle bis KW 6 kann es dennoch zu Nachmeldungen kommen. 3 – Durchschnitt der 7 Tageswerte je Kalenderwoche. 4 – Stand 10.03.2021.

Quellen: DIVI-Intensivregister, RKI, eigene Berechnungen

machte erneute Einschränkungen des öffentlichen Lebens und bestimmter wirtschaftlicher Aktivitäten notwendig. Aufgrund der steigenden Infektionszahlen insbesondere in den älteren Bevölkerungsgruppen stieg die Anzahl an Hospitalisierungen und Todesfällen stark an. Die zunehmende Hospitalisierung führte dazu, dass die freien invasiven Beatmungskapazitäten um mehr als die Hälfte abnahmen, auf etwa drei tausend Einheiten. [↪ ABBILDUNG 10 RECHTS](#)

42. **Zwischen Januar und Mitte Februar ist die Anzahl der Neuinfektionen und die der neuregistrierten Todesfälle im Zusammenhang mit COVID-19 deutlich zurückgegangen.** Insbesondere in den älteren Bevölkerungsgruppen sank der 7-Tage-Inzidenzwert. So lag die Inzidenz in der Gruppe der über 89-Jährigen in der Meldewoche vom 1. bis 7. März mit 73,9 Fällen je 100 000 Einwohner derselben Altersgruppe nach dem zwischenzeitlichen Hochpunkt von 726,3 Fällen Ende Dezember zum ersten Mal seit Oktober wieder unterhalb von 100 Fällen (RKI, 2021b).

Seit Anfang des Jahres 2021 ist **aber der Anteil von Mutationen** an den nachgewiesenen Neuinfektionen stetig **gestiegen**. Insbesondere die Virusvariante B.1.1.7, die eine erhöhte Übertragbarkeit aufweist (Davies et al., 2021; Volz et al., 2021), hatte sich bis Anfang März stark verbreitet, sodass sie aktuell die häufigste Variante in Deutschland darstellt (RKI, 2021a). Die zunehmende Verbreitung der Virusmutation dürfte dementsprechend den aktuell zu beobachtenden Anstieg in den Neuinfektionen treiben.

43. Seit Anfang November ist der **Großteil des Gastgewerbes und des Wirtschaftsbereichs Kunst, Unterhaltung und Erholung** geschlossen. Zudem wurden angesichts der ungebrochenen Dynamik der zweiten Infektionswelle Mitte Dezember der **stationäre Einzelhandel**, bis auf die lebensnotwendigen Bereiche, und die **persönlichen Dienstleistungsbetriebe geschlossen**. Des Weiteren blieb die Präsenzpflicht in Schulen nach den Weihnachtsferien ausgesetzt. Schulen und Kindertagesstätten boten nur noch eine Notversorgung an. Parallel begann ab Ende Dezember die Impfung von Risikogruppen. [↪ KASTEN 3](#)

[↪ KASTEN 3](#)

Die Bedeutung der COVID-19-Impfungen für den weiteren Pandemieverlauf

Die Verfügbarkeit von wirksamen Impfstoffen gegen COVID-19 und ein zügiger Fortschritt bei den Impfungen sind entscheidende Faktoren **für die Bekämpfung des SARS-CoV-2 Virus** und für eine **Normalisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens**. In der Europäischen Union (EU) haben bislang zwei mRNA-Impfstoffe der Pharmahersteller BioNTech/Pfizer und Moderna sowie die Vektorimpfstoffe von AstraZeneca und Johnson & Johnson eine Zulassung erhalten. In Deutschland konnten bislang 6,0 Millionen Menschen (7,1 % der Bevölkerung) mindestens eine Impfdosis erhalten, weltweit waren es rund 202,5 Millionen Menschen (2,6 %) (Stand: 12.03.2021). Weltweit führend ist Israel, wo bereits 59,1 % der Bevölkerung mindestens eine Impfdosis erhalten haben (Stand: 12.03.2021). [↪ ABBILDUNG 3 RECHTS](#) Während das Vereinigte Königreich sowie die USA ebenfalls überdurchschnittlich viele COVID-19-Impfungen durchführen konnten, liegen die Mitgliedstaaten der EU sowohl bei den aktuell täglich verimpften Dosen als auch bei der Gesamtzahl der bereits verabreichten Impfdosen deutlich zurück. Deutschland liegt innerhalb der EU im Mittelfeld.

Die EU verfolgt eine **gemeinsame europäische Strategie** zur Entwicklung, Herstellung und Bereitstellung von Impfstoffen gegen COVID-19 (Europäische Kommission, 2020b). Aufgrund der koordinierten

Anstrengungen sind innerhalb der EU die Unterschiede beim Impffortschritt weniger stark ausgeprägt als weltweit. Dennoch haben zum Beispiel Finnland und Portugal aktuell etwas mehr Dosen je Einwohner verimpft als Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich (Stand: 12.03.2021). Dies dürfte verschiedene Ursachen haben. In Deutschland sind derzeit etwa viele mobile Teams in Alten- und Pflegeheimen unterwegs. Dieses Vorgehen ist zeitaufwändig und wird nicht in allen Ländern in gleichem Ausmaß betrieben. Zwar impliziert dies einen langsameren Fortschritt beim Impfen, kann aber dazu führen, dass schneller ein größerer Anteil der Risikogruppen einen Impfschutz erhält. Zudem sind in Deutschland aktuell anscheinend die **Registrierung**, die **Impfterminvergabe** und die **Logistik der Impfstoffverteilung** in den Ländern durch fehlende digitale Lösungen erschwert.

Aufgrund einer Zunahme der täglichen Zweitimpfungen im Februar im Vergleich zum Vormonat konnten mittlerweile rund **3,3 % der Bevölkerung in Deutschland vollständig geimpft** werden (Stand: 12.03.2021). [↘ ABBILDUNG 11 OBEN LINKS](#) Im Wochenverlauf kommt es jedoch immer wieder zu Schwankungen der verabreichten Impfdosen, da an den Wochenenden bisher weniger geimpft wird. Die EU hat sich als Ziel gesetzt, **bis zum Ende des Sommers 2021 mindestens 70 % der erwachsenen Bevölkerung** der Mitgliedstaaten zu **impfen** (Europäische Kommission, 2021d). Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssten insbesondere Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien das Impftempo deutlich erhöhen. Zu Beginn des Jahres war die Verfügbarkeit der Impfstoffe jedoch aufgrund der zunächst beschränkten Liefermengen gering, im Jahresverlauf dürften diese allerdings ansteigen. [↘ ABBILDUNG 11 OBEN RECHTS](#)

Auf Basis einer Modellierung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (ZI) lassen sich verschiedene **Szenarien zu Dauer und Umfang der Impfkampagne in Deutschland** nach jeweils aktuell verfügbaren Informationen darstellen. Die Modellrechnung erlaubt zudem einen Abgleich mit den verfügbaren Impfkapazitäten. Nach Angaben des ZI liegen die gemeldeten maximalen Impfkapazitäten aktuell bei rund 340 000 Impfungen pro Tag. Es ist aber davon auszugehen, dass diese momentan aufgrund von fehlenden Impfdosen und Ineffizienzen nicht ganz ausgeschöpft werden können. Seit Anfang März wurden in den Impfzentren in Deutschland durchschnittlich über 200 000 Impfungen pro Tag durchgeführt, mit steigender Tendenz. [↘ ABBILDUNG 11 OBEN LINKS](#) In einem Basisszenario, in dem täglich 216 500 durchgeführte Impfungen unterstellt werden (500 Patienten pro Tag in 433 Impfzentren), die an jedem Tag – auch an den Wochenenden – stattfinden würden, wäre selbst ohne Beschleunigung der Impfkampagne eine vollständige Impfung von 70 % der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland Ende November 2021 erreicht. [↘ ABBILDUNG 11 UNTEN LINKS](#) Daraus dürften sich im Herbst, sofern sich das Infektionsgeschehen durch die Impfungen abschwächt und das Gesundheitssystem entlastet würde, Perspektiven für eine umfangreiche Lockerung der gesundheitspolitischen Einschränkungen ergeben. In der Szenarienrechnung besteht jedoch Unsicherheit darüber, ob die vom ZI geschätzten Liefermengen von den Herstellern eingehalten werden und diese zeitnah verimpft werden können, da kurzfristige Lieferengpässe auftreten können.

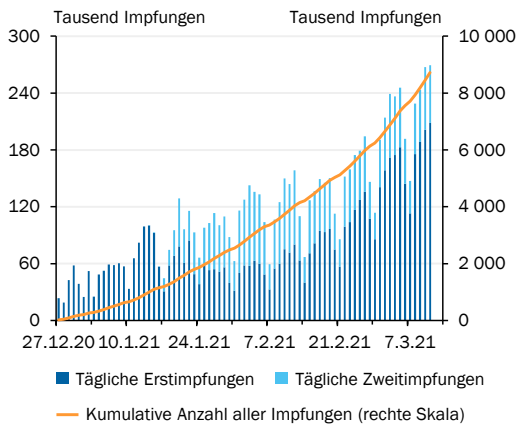
Während zu Beginn der Impfkampagne die Verfügbarkeit von Impfstoff der limitierende Faktor war, dürfte in Zukunft die optimale Ausnutzung der Kapazitäten der Impfzentren sowie von Arztpraxen entscheidend für den Impffortschritt sein. Durch einen **Ausbau der Produktionskapazitäten** sowie **Industriekooperationen**, wie der zwischen BioNTech/Pfizer und Sanofi, sollte in Deutschland ab dem zweiten Quartal deutlich mehr Impfstoff zur Verfügung stehen. Dann dürften die erwarteten Impfstofflieferungen die gemeldeten maximalen Kapazitäten in den bundesweiten Impfzentren übersteigen (Differenz < 0 im Basisszenario). [↘ ABBILDUNG 11 UNTEN RECHTS](#) Darüber hinaus könnten im Jahresverlauf weitere Vakzine zugelassen werden. Durch den frühzeitigen Einsatz von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten könnte sich dann eine **deutliche weitere Beschleunigung des Impffortschritts realisieren** lassen. Überdies stellen Impfkapazitäten auch zukünftig relevante Faktoren dar, um potenzielle Auffrischungsimpfungen oder auch Impfungen zum Schutz vor neuen Virusvarianten zu ermöglichen.

Gelingt es, die **täglich verabreichten Dosen in den Impfzentren um 50 % zu steigern** (Szenario 1), könnte eine vollständige Impfung von 70 % der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland bereits etwas früher als im Basisszenario (September 2021) erreicht werden. [↘ ABBILDUNG 11 UNTEN LINKS](#)

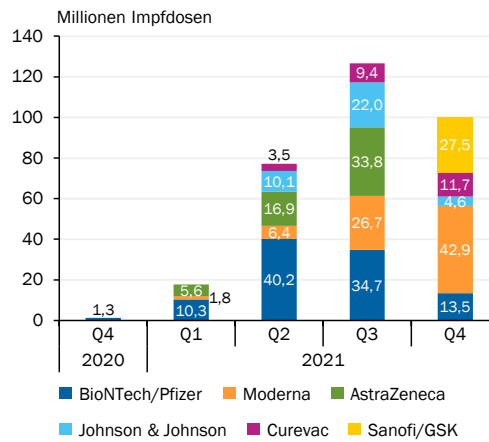
ABBILDUNG 11

Fortschritt der COVID-19-Impfungen in Deutschland

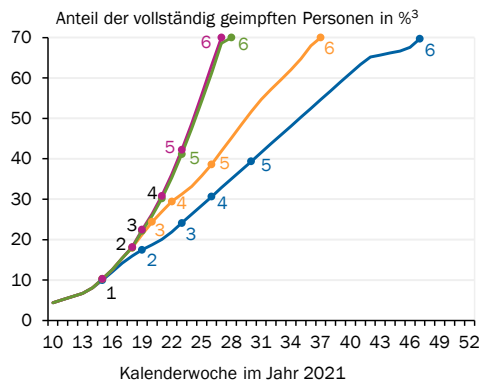
Durchgeführte COVID-19-Impfungen



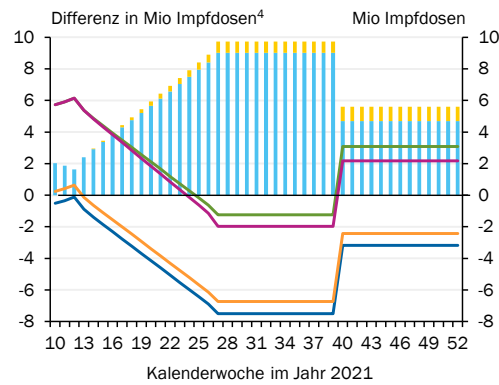
Vertraglich zugesagte Liefermengen der COVID-19-Impfstoffe nach Herstellern¹



Szenarien zum Impffortschritt²



Differenz zwischen verfügbaren Impfkapazitäten und gelieferten Impfdosen pro Woche²



1 – 6: Zeitpunkt Durchimpfung nach Priorisierungsgruppen⁹

Geplante Liefermengen der Impfstoffe (rechte Skala):
 ■ zugelassen¹⁰ ■ noch nicht zugelassen¹¹

1 – Stand 12.02.2021. 2 – Stand 12.03.2021. 3 – Anteil an der Bevölkerung ab 18 Jahren. Bei Erreichen einer Impfquote von 70 % im Sommer 2021 wäre das EU-Ziel erreicht. 4 – Differenz zwischen verfügbaren Impfkapazitäten und gelieferten Impfdosen pro Woche. Impfkapazitäten entsprechen der möglichen durchführbaren Anzahl an Impfungen pro Woche. 5 – 433 Impfzentren, 500 Patienten pro Tag und Impfzentrum, 7 Arbeitstage pro Woche; keine Praxen; Liefermenge 100 %, Rückstellung für Zweitimpfungen (ja), Abstand Erst- zu Zweitimpfungen laut Ständiger Impfkommission (STIKO), nur zugelassene Impfstoffe, linearer Anstieg der Produktion in Q2, Impfbereitschaft 70 %. 6 – 750 Patienten pro Tag und Impfzentrum. 7 – 750 Patienten pro Tag und Impfzentrum; Impfungen in 55 000 Arztpraxen an 5 Arbeitstagen pro Woche; 20 Patienten pro Tag. 8 – 750 Patienten pro Tag und Impfzentrum; Impfungen in 55 000 Arztpraxen an 5 Arbeitstagen pro Woche; 20 Patienten pro Tag; alle bestellten Impfstoffe. 9 – Zahlen 1 bis 6 geben Zeitpunkt der Durchimpfung der Impfwillingen in der jeweiligen Priorisierungsstufe 1 bis 6 an. Einteilung der Priorisierungsstufen nach ZI laut STIKO-Empfehlung. Die Priorisierungsstufe 1 nach STIKO entspricht § 2 (Höchste Priorität) der Impfverordnung; Priorisierungsstufen 2 und 3 nach STIKO entsprechen § 3 (hohe Priorität) der Impfverordnung; Priorisierungsstufen 4 und 5 nach STIKO entsprechen § 4 (erhöhte Priorität) der Impfverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit. 10 – Impfstoffe von BioNTech/Pfizer, Moderna, AstraZeneca und Johnson & Johnson. 11 – Impfstoff von CureVac.

Quellen: BMG, RKI, Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (ZI)

© Sachverständigenrat | 21-153

Um eine solche Steigerung zu realisieren, müssten die aktuell maximal dem ZI gemeldeten Kapazitäten der Impfzentren fast vollständig ausgelastet werden (324 750 Impfungen täglich in der Modellrechnung, Szenario 1). Mit den bestehenden Kapazitäten der Zentren dürften deutliche Potenziale bestehen, die täglich durchgeführten Impfungen auszuweiten. Außerdem könnte eine Ausweitung der **Impfungen am Wochenende** die Vakzinierungsrate deutlich beschleunigen. Dennoch würde die im Rahmen der Kapazitäten der Impfzentren mögliche Beschleunigung des Impfgeschehens nicht ausreichen,

um alle erwarteten Impfstofflieferungen zeitnah zu verimpfen (Differenz < 0 in Szenario 1). [↘ ABBILDUNG 11 UNTEN RECHTS](#)

Um (auch schon kurzfristig) die bestehenden Kapazitäten bestmöglich auszulasten, könnten im Rahmen einer **Neuorganisation der Impfl Logistik** etwa mehrere Priorisierungsgruppen im Rahmen eines digital organisierten Registrierungs- und Nachrückverfahrens effizienter mit in den Impfprozess einbezogen werden. Dies ist unmittelbar relevant, da mit dem Beschluss der Länder, nun Personen der zweiten Priorisierungsgruppe ein Impfangebot zu machen, die verabreichten Impfungen pro Tag im zweiten Quartal ansteigen dürften. Dies betrifft unter anderem Beschäftigte in Kindertagesstätten, in der Kindertagespflege sowie in Grund-, Förder- und Sonderschulen.

Um die **Impfprozesse** weiter zu **beschleunigen**, möglichst viele Menschen zu mobilisieren und verwaltungstechnische Hürden im Bereich Registrierung und Terminkoordination abzubauen, ist die **Nutzung von bestehender Gesundheitsinfrastruktur** durch haus- und fachärztliche Praxen sowie eine Einbindung von Betriebsärztinnen und -ärzten zielführend. Unter der Annahme, dass es gelingt, die tägliche Anzahl an Impfungen in den Impfzentren um 50 % zu steigern und darüber hinaus Praxen in den Impfprozess mit einzubeziehen (Szenario 2), könnte Deutschland das 70 %-Ziel der EU im Juli 2021 erreichen. [↘ ABBILDUNG 11 UNTEN LINKS](#) Nur über eine frühe Einbeziehung der Praxen in den Impfprozess (spätestens ab Mitte Mai, perspektivisch mit 20 Patienten pro Tag in 55 000 Arztpraxen) stünden im Jahresverlauf größtenteils ausreichend Kapazitäten zur Verfügung, um alle verfügbaren Dosen zu verabreichen. [↘ ABBILDUNG 11 UNTEN RECHTS](#) Mit dem Vakzin von AstraZeneca (sowie ab April von Johnson & Johnson) steht in Deutschland bereits ein Impfstoff zur Verfügung, der bei normaler Kühlschranktemperatur gelagert und transportiert werden kann und dadurch eine niedrighschwellige Parallelstruktur unter Einbeziehung von Impfzentren, mobilen Impfteams und Haus- und Betriebsärztinnen und -ärzten ermöglicht. Zudem könnten sich Chancen für eine **Beschleunigung der Impfkampagne durch neue Vakzine** ergeben: Unter der Annahme, dass im Jahresverlauf aktuell noch nicht zugelassene Impfstoffe der Hersteller CureVac und Sanofi/GSK geliefert würden (Szenario 3), [↘ ABBILDUNG 11 OBEN RECHTS](#) wäre sogar eine Erreichung des 70 %-Ziels Anfang Juli 2021 möglich. [↘ ABBILDUNG 11 UNTEN LINKS](#) Diese zusätzlichen Impfdosen könnten überdies potenzielle Lieferengpässe anderer Hersteller ausgleichen. [↘ ABBILDUNG 11 OBEN RECHTS](#)

Laut RKI weisen nach derzeitigem Kenntnisstand alle in der EU zugelassenen Impfstoffe einen **guten individuellen Schutz vor der Erkrankung** an COVID-19 auf (RKI, 2021c). Wie lange der Impfschutz anhält, in welchem Maße auch Geimpfte nach Kontakt mit dem Erreger diesen vorübergehend noch in sich tragen und ob sie dann noch andere Personen anstecken können, ist laut RKI derzeit noch unklar. Trotz Vorliegen eines Impfstoffs könnte es daher noch über eine längere Zeit zu wiederholten Ausbrüchen kommen (Kissler et al., 2020). Die größte Chance für einen Ausstieg aus den gesundheitspolitischen Maßnahmen dürfte sich aus der COVID-19-Impfung nach derzeitigem Kenntnisstand dadurch ergeben, dass geimpfte Personen durch Kontakt mit dem Erreger seltener (schwer) erkranken, wodurch die Hospitalisierungs- und Sterberaten mit zunehmendem Impffortschritt gesenkt und die Gesundheitssysteme entlastet werden dürften (Dagan et al., 2021; Levine-Tiefenbrun et al., 2021).

Ein wesentlicher Faktor, der den weiteren Pandemieverlauf sowie die Wirksamkeit der COVID-19-Impfungen beeinflussen dürfte, sind **Mutationen des SARS-CoV-2-Virus**. Dass Mutationen im Verlauf der Pandemie auftreten, war grundsätzlich zu erwarten, da diese bei (Corona-)Viren nichts Ungewöhnliches sind (Deutsches Ärzteblatt, 2021). Derzeit verbreiten sich **neue Varianten** des SARS-CoV-2-Virus (B.1.1.7, B.1.351 und P.1) in verschiedenen Ländern **sehr dynamisch**. Alle drei Varianten wurden bereits in Deutschland nachgewiesen (RKI, 2021a, 2021d). Mit der Mutante B.1.1.7 geht laut RKI eine erhöhte Übertragbarkeit des Virus einher, die auch für andere Varianten denkbar ist. Die verfügbaren Impfstoffe könnten an die neuen Varianten angepasst werden müssen (Davies et al., 2021; Tada et al., 2021; Volz et al., 2021). Aktuelle Studien deuten darauf hin, dass die Impfstoffe von BioNTech/Pfizer und Moderna die Anzahl schwerer Infektionsverläufe reduzieren, auch solche, die durch die Mutationen B.1.1.7 und B.1.351 ausgelöst werden (Muik et al., 2021; Wang et al., 2021; Xie et al., 2021).

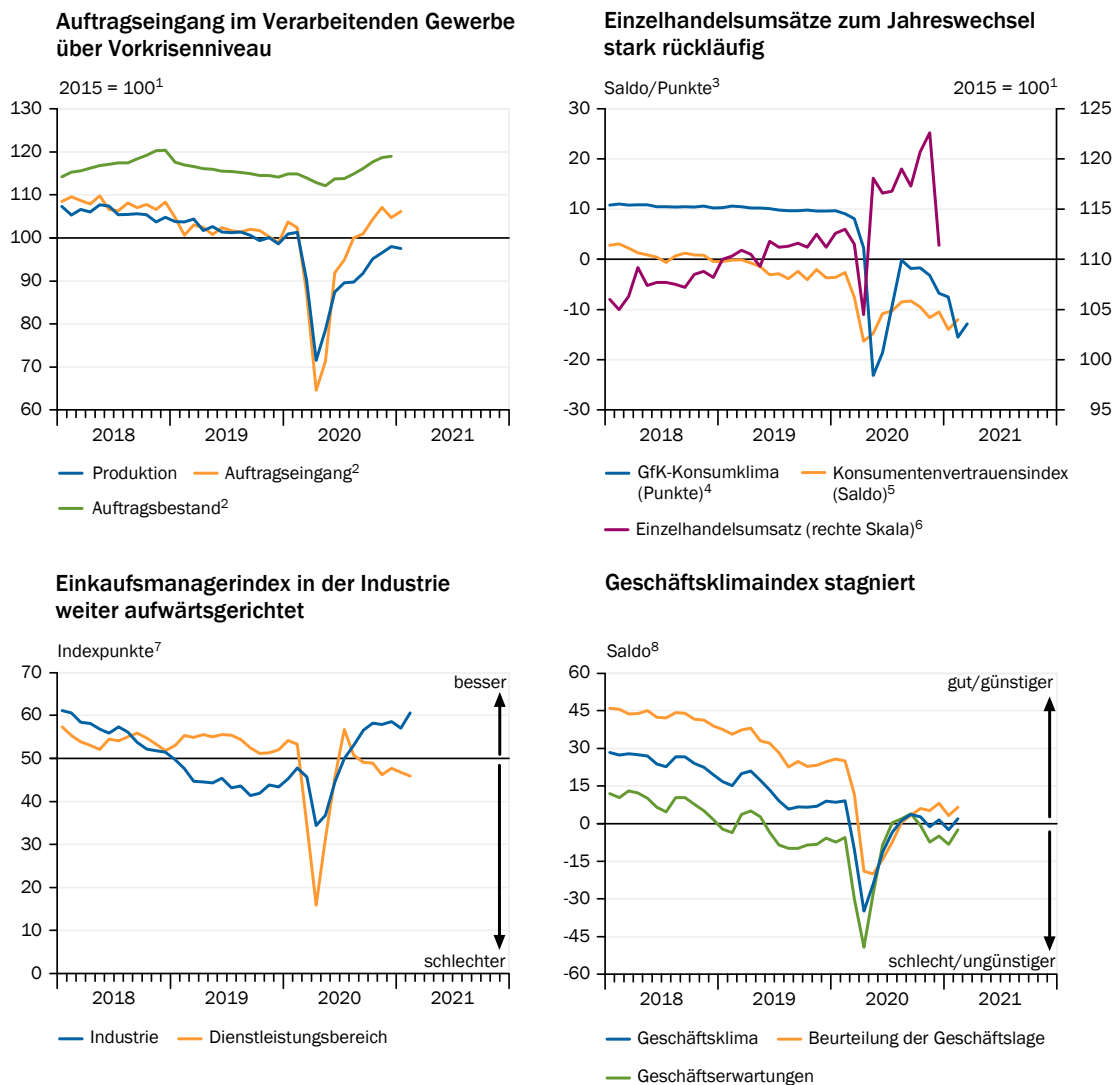
Die Verfügbarkeit von Impfstoffen ist aktuell **weltweit** extrem **ungleich verteilt**. Ende Januar 2021 wurden 75 % der bisher verbrauchten Dosen in nur zehn Ländern verimpft (WHO, 2021b). Zirkuliert das Virus in einigen Teilen der Welt weiterhin unkontrolliert, steigt das Risiko, dass die Mutationen des SARS-CoV-2-Virus zukünftig weitere Varianten entwickeln und dass die verfügbaren beziehungsweise teilweise bereits verabreichten Impfstoffe in Zukunft nicht mehr wirksam sind (Kupferschmidt, 2021).

44. Die gesundheitspolitischen **Einschränkungen bremsen** die wirtschaftliche **Erholung im Schlussquartal des Jahres 2020**. Das BIP wuchs im vierten Quartal um 0,3 %, was für das Gesamtjahr 2020 einen Rückgang um 4,9 % (kalenderbereinigt um 5,3 %) bedeutet. Insbesondere die privaten Konsumausgaben gingen aufgrund der Einbußen im Einzelhandel und bei den persönlichen Dienstleistungen preis-, saison- und kalenderbereinigt um 3,3 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Die temporäre Umsatzsteuerreduktion dürfte aufgrund ihrer Anreizwirkung einem stärkeren Rückgang jedoch entgegengewirkt haben (Statistisches Bundesamt, 2021a; JG 2020 Ziffern 168 ff.). Stabilisierend wirkten die Bauinvestitionen und die Exporte, die um 1,8 % beziehungsweise 4,5 % stiegen. Da die Importe nur um 3,7 % im Vergleich zum Vorquartal zulegten, ging ein deutlicher Wachstumsbeitrag in Höhe von 0,6 % vom Außenhandel aus. Die staatlichen Konsumausgaben sanken im Jahresschlussquartal um 0,5 %.
45. Die **Industrieproduktion** zeigt sich im bisherigen Winterhalbjahr **äußerst dynamisch**. So stieg die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im vierten Quartal um 6,9 %. [↘ ABBILDUNG 12 OBEN LINKS](#) Zwar ging die Produktion im Januar 2021 gegenüber Dezember 2020 leicht zurück. Dies lässt sich jedoch vor allem auf den Einbruch beim Fahrzeugbau insbesondere aufgrund von Engpässen bei Vorprodukten aus der Halbleiterbranche zurückführen (BMW, 2021; VDA, 2021). [↘ ZIFFER 8](#) Demgegenüber legte die Produktion im Maschinenbau im Januar mit einem Wachstum von saison- und kalenderbereinigt 9,7 % gegenüber dem Vormonat zu. **Getrieben von** der starken Erholung der **Auslandsnachfrage** außerhalb des Euro-Raums lag der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2021 bereits 2,5 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Dementsprechend positiv beurteilten die Einkaufsmanager die wirtschaftliche Entwicklung in der Industrie. [↘ ABBILDUNG 12 UNTEN LINKS](#)
46. **Im Dienstleistungsbereich** sind die **Erwartungen** aufgrund der geltenden Einschränkungen **weiterhin deutlich schlechter** als in der Industrie. Der Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft insgesamt stagnierte dementsprechend. [↘ ABBILDUNG 12 UNTEN RECHTS](#) Im Einzelhandel sanken die realen Umsätze saison- und kalenderbereinigt voraussichtlich um 4,5 % im Januar 2021 gegenüber Dezember 2020 (Statistisches Bundesamt, 2021b). [↘ ABBILDUNG 12 OBEN RECHTS](#) Die Umsätze im Versand- und Internethandel stiegen hingegen im Januar um 4,3 %. Ebenfalls aufwärtsgerichtet ist der Handel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren, bei dem die realen Umsätze im Januar weiterhin 4,3 % über dem Vorjahreswert lagen. Der Handel mit Kraftfahrzeugen stieg im Dezember mit 8,3 % im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich. Ein Grund für den starken Jahresendspurt könnte das Auslaufen der temporären Umsatzsteuerreduktion gewesen sein. Für das erste Quartal 2021 dürften die in das Vorjahr vorgezogenen Autokäufe neben den Schließungen eine zusätzliche Belastung darstellen.

47. Weiterhin stehen vielfältige **fiskalpolitische Maßnahmen** zur **Stützung** der Liquidität der Haushalte und Unternehmen sowie Transferzahlungen zur Verfügung. Während der Großteil der fiskalpolitischen Maßnahmen aus Krediten, Garantien und Bürgschaften besteht, belaufen sich direkt haushaltswirksame Maßnahmen lediglich auf rund **10 % des BIP** (IWF, 2021b). Die Maßnahmen in diesen Paketen sind zum einen auf mehrere Jahre ausgelegt, zum anderen lag die tatsächliche Inanspruchnahme bislang deutlich unter den verfügbaren Volumina. **➤ ZIFFERN 31 UND 11** Neben der zu erwartenden stimulierenden Wirkung der für das Jahr 2021 vorgesehenen Maßnahmen des Konjunkturpakets sollte das Anfang Februar beschlossene dritte Corona-Steuerhilfegesetz zusätzliche fiskalische Impulse setzen. Der erneute Kinderbonus dürfte insbesondere den privaten Konsum

➤ **ABBILDUNG 12**

Ausgewählte Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung



1 – Saison- und kalenderbereinigte Werte. 2 – Volumenindex. 3 – Saisonbereinigte Werte. 4 – Basierend auf monatlich rund 2 000 Verbraucherinterviews. 5 – Der Konsumentenvertrauensindex basiert auf ausgewählten Fragen, die an die Verbraucher gemäß dem Gemeinsamen Harmonisierten EU-Programm für Konjunkturumfragen bei Unternehmen und Verbrauchern gestellt werden. 6 – Realer Index ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. 7 – Der Einkaufsmanagerindex basiert auf einer monatlichen Umfrage unter Einkaufsleitern und Geschäftsführern. 8 – Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

Quellen: Europäische Kommission, GfK, ifo, IHS Markit, Statistisches Bundesamt

© Sachverständigenrat | 21-031

von Familien mit kleinen und mittleren Einkommen stützen. ↘ ZIFFER 70 Dementsprechend dürften im Jahr 2021 die staatlichen Hilfsmaßnahmen das verfügbare Einkommen stabilisieren. Die **Geldpolitik** ist ebenfalls weiterhin sehr **expansiv ausgerichtet**. Sie trägt dazu bei, dass die Finanzierungsbedingungen äußerst günstig sind, und langfristige Zinsen auf Staatsanleihen weiterhin deutlich im negativen Bereich verharren. Dies dürfte im Prognosehorizont die private Nachfrage stimulieren. ↘ ZIFFERN 28 F.

48. Am 3. März 2021 beschlossen Bund und Länder eine **Lockerungsstrategie in fünf Stufen** (Bundeskanzlerin und Ministerpräsidentenkonferenz, 2021). Zusätzlich zu den bereits seit 1. März 2021 geltenden Lockerungen für Schulen und Kinderbetreuung sowie Friseurbetriebe können auf regionaler und Länderebene weitere Bereiche des Einzelhandels und der persönlichen Dienstleistungen mit entsprechenden Hygienekonzepten schrittweise geöffnet werden. Zudem werden die privaten Kontaktbeschränkungen gelockert. **Entscheidend** für die Rücknahme der bisher geltenden Einschränkungen ist die **Entwicklung des regionalen beziehungsweise landesweiten 7-Tage-Inzidenzwerts**. So sind bei stabilen Inzidenzwerten unter 50 Fällen je 100 000 Einwohner weitreichendere Lockerungen möglich. Die Öffnungsschritte vier und fünf sehen bei einem stabilen Infektionsgeschehen in den vorangegangenen 14 Tagen Öffnungen in den Bereichen Gastronomie sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung vor. Ab einem Inzidenzwert von über 100 an drei aufeinander folgenden Tagen treten ab dem zweiten darauffolgenden Werktag wieder die umfassenderen Beschränkungen in Kraft, die bis zum 7. März 2021 gegolten haben. Zusätzlich wird insbesondere bei den personennahen Dienstleistungen, bei denen die allgemein geltenden Hygieneregeln nicht umgesetzt werden können, ein tagesaktueller COVID-19 Schnell- oder Selbsttest sowohl von den Kundinnen und Kunden als auch vom Personal gefordert.
49. Die für die einzelnen Lockerungsschritte maßgeblichen 7-Tages-Inzidenzwerte von 50 beziehungsweise 100 Fällen je 100 000 Einwohner waren mit Stand 12. März 2021 in 126 beziehungsweise in 324 von 401 Kreisen erfüllt. Deutschlandweit lag der Wert bei 72,4 Fällen (RKI, 2021a). Die **zu erwartenden Impffortschritte** aufgrund der steigenden Liefermenge und der zusätzlichen Einbeziehung niedergelassener Ärztinnen und Ärzte in die Verimpfung sowie die flächendeckende Verfügbarkeit von Schnell- und Selbsttests **dürften** die Möglichkeit zur **Eindämmung der Pandemie trotz gelockerter Einschränkungen verbessern**. ↘ KASTEN 3 Insbesondere die Impffortschritte bei den älteren Bevölkerungsgruppen dürften bei einem gegebenen Infektionsgeschehen die Belastung des Gesundheitssystems stetig reduzieren (Dagan et al., 2021). Zudem bietet der flächendeckende Einsatz digitaler Technologien, wie etwa die Luca-App, die bereits in Mecklenburg-Vorpommern verwendet wird (Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V, 2021), das Potenzial, die Möglichkeiten zur Nachverfolgung von Infektionsketten deutlich zu verbessern.
50. Der Sachverständigenrat geht für die Prognose von der **technischen Annahme** aus, dass das Infektionsgeschehen im Jahresverlauf ohne eine erneute deutschlandweit geltende Verschärfung der Einschränkungen eingedämmt werden kann.

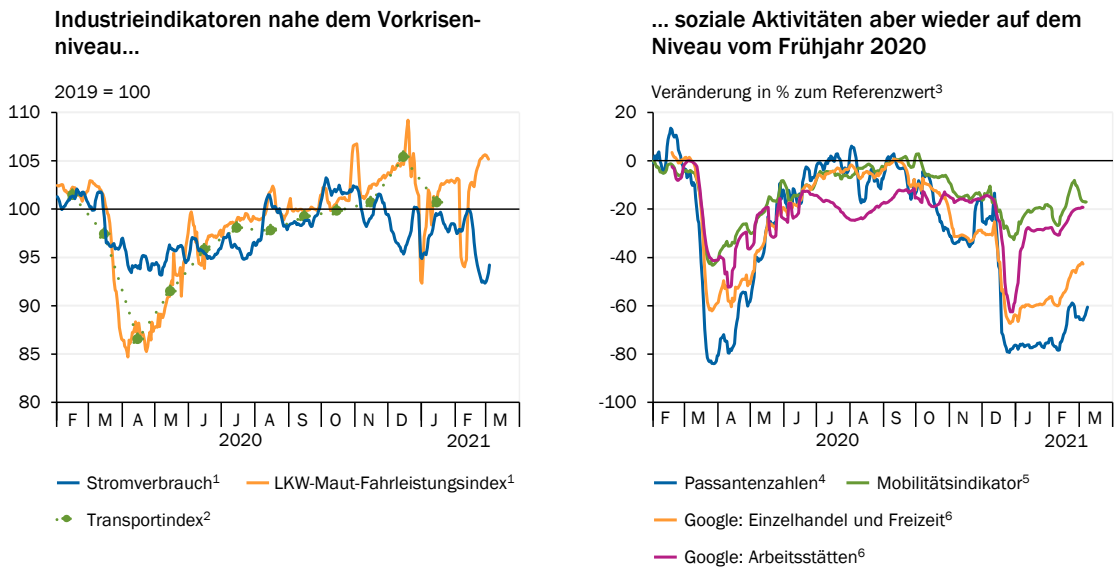
Hierfür bedarf es aber insbesondere vor dem Hintergrund einer möglichen dritten Infektionswelle einer geeigneten Test- und Nachverfolgungsstrategie, um die Entstehung von Infektionsclustern frühzeitig einzudämmen (Grimm et al., 2021a). Auf dieser Grundlage wird angenommen, dass Einschränkungen möglichst gering und regional begrenzt gehalten werden können (JG 2020 Ziffern 168 ff.). Falls es nicht gelingt, eine entstehende Infektionsdynamik – etwa aufgrund der infektiöseren Virusvarianten – abzubremesen und deshalb Einschränkungen verschärft werden, würde dies die wirtschaftliche Erholung weiter in den späteren Jahresverlauf verschieben. [↘ ZIFFERN 55 F.](#) Wenn, anders als im Winterhalbjahr 2020/21, weitergehende Einschränkungen und Schließungen die Industrie treffen, könnte es zu einem stärkeren Rückgang der Wirtschaftsleistung kommen. Denn dann wäre beispielsweise die Industrieproduktion nicht mehr in der Lage die derzeit hohe Nachfrage aus Asien und den USA zu bedienen. [↘ ZIFFER 35](#)

2. Ausblick: Erholung abhängig vom weiteren Pandemieverlauf

51. Die Entwicklung der bisher **verfügbaren Kurzfristindikatoren deutet auf einen Rückgang** der Wirtschaftsleistung **im ersten Quartal hin**. So zeigt der wöchentliche Aktivitätsindex der Deutschen Bundesbank für die 13 Wochen bis zum 7. März 2021 einen Rückgang des BIP um 1,5 % an (Eraslan und Götz, 2020). Insbesondere die verringerte Mobilität in Verbindung mit den gesunkenen Einzelhandelsumsätzen im Januar lassen auf einen **starken Rückgang des privaten Konsums** schließen. [↘ ABBILDUNG 13 RECHTS](#) Allerdings ist davon auszugehen, dass es seit dem Shutdown im Frühjahr 2020 in den besonders von Einschränkungen betroffenen Bereichen zu Anpassungen von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie von Unternehmen gekommen ist. Veränderte Geschäftsmodelle – zum Beispiel durch take-away-Angebote in der Gastronomie oder Onlinedeliverungen im Einzelhandel – könnten den derzeitigen Verlust an Wertschöpfung begrenzen. [↘ ZIFFER 46](#)
52. Daneben dürfte die weiterhin **aufwärtsgerichtete Industrieproduktion** den **BIP-Rückgang** deutlich **abschwächen**. So lagen der LKW-Maut-Fahrleistungsindex und der Stromverbrauch im Januar und Februar 2021 nahe am Vorkrisenniveau. [↘ ABBILDUNG 13 LINKS](#) Am aktuellen Rand gehen die beiden Indikatoren allerdings auseinander. Aufgrund der robusten Erholung vor allem im nicht europäischen Ausland sind starke Wachstumsimpulse von der Außenwirtschaft zu erwarten. Jedoch könnten die im Zuge des erneuten Anstiegs der Neuinfektionen erlassenen Grenzkontrollen innerhalb des Euro-Raums zu Lieferverzögerungen bei Vorleistungsgütern etwa im Verarbeitenden Gewerbe führen (Obst und Puls, 2021).
53. **Im weiteren Jahresverlauf** dürfte die Wirtschaft auf den **Erholungspfad zurückkehren**. Bei der aktuell zu erwartenden Beschleunigung des Impffortschritts – dem Szenario 2 folgend – ist insbesondere in der zweiten Jahreshälfte mit einer Rücknahme der Einschränkungen zu rechnen. [↘ KASTEN 3](#) Zudem dürfte

▾ **ABBILDUNG 13**

Echtzeitindikatoren in Deutschland während der Corona-Pandemie



1 – Saison- und kalenderbereinigt. Gleitender 7-Tagesdurchschnitt. 2 – Saison- und kalenderbereinigter Monatswert. 3 – Ursprungsdaten. Gleitender 7-Tagesdurchschnitt. Der Referenzwert ist der Median für den entsprechenden Wochentag der fünf Wochen vom 3. Januar bis 6. Februar 2020. 4 – Berechnet aus dem Mittelwert für Deutschland aus Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover, Köln, München, Stuttgart, Wiesbaden. 5 – Veränderung der Mobilität auf Basis von anonymisierten und aggregierten Mobilfunkdaten aus dem Netz des Telekommunikationsunternehmens Telefónica. Fehlende Daten für 04.12. bis 07.12.2020 sowie 27.02. bis 28.02.2021; Durchschnitte über vorhandene Werte gerechnet. 6 – Veränderung der Mobilität anhand von anonymisierten und aggregierten Standortverlaufaktivitäten erhoben durch Google im Vergleich zu einem Referenzwert.

Quellen: Bundesamt für Güterverkehr, Deutsche Bundesbank, Google Mobilitätsberichte, Hystreet, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

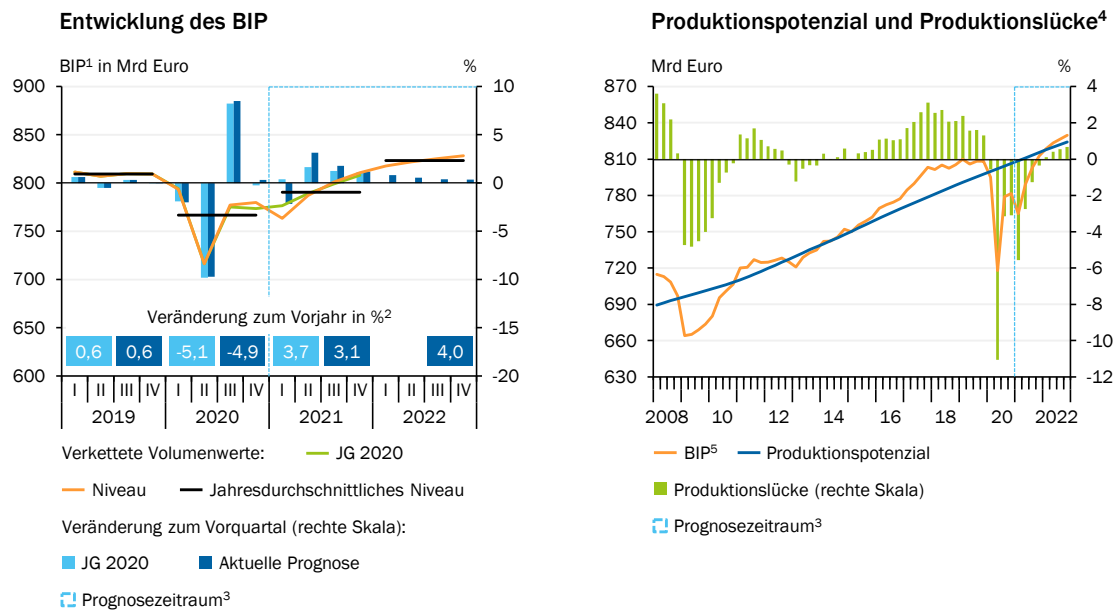
© Sachverständigenrat | 21-125

es aufgrund erster gradueller Lockerungen im Rahmen der offiziellen Öffnungsstrategie bereits im Verlauf des zweiten Quartals zu einem deutlichen Rückprall bei den privaten Konsumausgaben kommen. [▾ ZIFFERN 48 F](#). Eine absehbare Eindämmung der Pandemie dürfte im weiteren Jahresverlauf darüber hinaus helfen, die wirtschaftlichen Aussichten zu stabilisieren und so die wirtschaftliche Unsicherheit zu reduzieren. Dementsprechend dürfte bis Jahresende mit einer beschleunigten Normalisierung der privaten Nachfrage zu rechnen sein. Die Prognoseunsicherheit ist aber aufgrund des Risikos einer erneuten Verschärfung des Pandemiegeschehens etwa infolge einer zeitnahen erneuten Dynamik des Infektionsgeschehens oder aufgrund von Virusmutationen besonders hoch. [▾ ZIFFER 35](#)

54. Der Sachverständigenrat rechnet für **dieses Jahr** mit einem **jahresdurchschnittlichen Wachstum des BIP von 3,1 %** (ohne nennenswerte Kalendereffekte). [▾ ABBILDUNG 14 LINKS](#) Dies entspricht einer Jahresverlaufsrate von 3,9 %. [▾ TABELLE 6 ANHANG](#) Die Prognose ergibt, dass zwar im Vergleich zum Jahresgutachten 2020 das BIP im ersten Quartal zurückgeht, die Erholung sich aber im Verlauf des zweiten Quartals wieder einstellt. Die Revision des dritten Quartals 2020 und die besser als erwartet verlaufende BIP-Entwicklung im Schlussquartal führt zu einem etwas geringeren Abstand zum Vorkrisenniveau zu Beginn des Jahres 2021. So erwartet der Sachverständigenrat, dass die Wirtschaftsleistung zum Jahreswechsel 2021/2022 in etwa das Vorkrisenniveau des vierten Quartals 2019 erreichen dürfte, wenn erneute deutschlandweite Einschränkungen vermieden werden können.

▸ **ABBILDUNG 14**

Voraussichtliche Entwicklung in Deutschland



1 – Referenzjahr 2015, saison- und kalenderbereinigt. 2 – Ursprungswerte. 3 – Prognose des Sachverständigenrates. 4 – Eigene Berechnungen. 5 – Reale saisonbereinigte Werte; der Kalendereffekt wird jedoch berücksichtigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

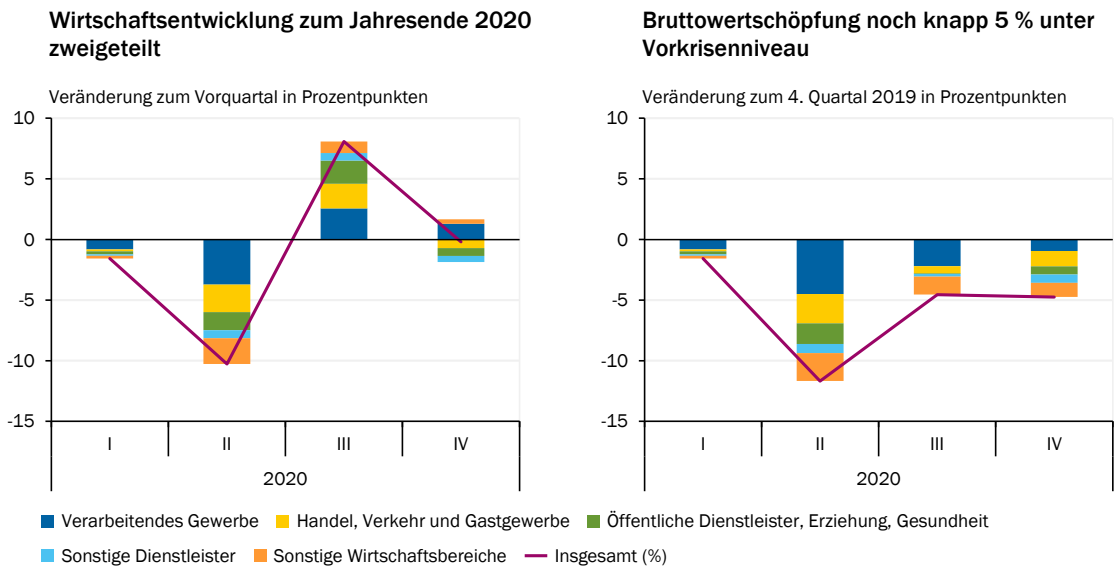
© Sachverständigenrat | 21-168

55. Um die **wirtschaftlichen Auswirkungen der Einschränkungen im ersten Quartal 2021** abzuschätzen, greift der Sachverständigenrat auf die vorliegenden Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das vierte Quartal 2020 zurück. Während die Industrie im Gegensatz zum ersten Shutdown im Frühjahr ihre Produktion zum Jahresende ausweiten konnte, sank die Bruttowertschöpfung (BWS) im Bereich **Handel, Verkehr und Gastgewerbe** zwischen dem dritten und vierten Quartal 2020 um 4,4 %. Bei den **sonstigen Dienstleistern** – hierzu zählt unter anderem der Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung – betrug der Rückgang sogar 13,5 %. Zählt man den Bereich **Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit** (–3,2 %) hinzu, ergibt sich ein Beitrag der betroffenen Wirtschaftsbereiche zum Wachstum der gesamten BWS von –1,9 Prozentpunkten. ▸ [ABBILDUNG 15 LINKS](#)

Während das Gastgewerbe sowie der Freizeit- und Kulturbereich fast das gesamte vierte Quartal von Einschränkungen und Schließungen betroffen waren, blieb der Einzelhandel bis Mitte Dezember 2020 geöffnet. Rechnet man die **Verluste** des Jahresschlussquartals 2020 (–1,9 %) auf das erste Quartal 2021 hoch, so könnten sich diese **auf 3 bis 4 % der gesamten BWS belaufen**. Dieser einfachen Rechnung zufolge ergäbe sich im ersten Quartal ein negativer Beitrag von 1 bis 2 Prozentpunkten zum Wachstum der gesamten BWS. Basierend auf Unternehmensumfragen schätzt Wollmershäuser (2021), dass die **zweite Infektionswelle** das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2021 um 0,9 Prozentpunkte verringern dürfte. Wertschöpfungsverluste im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit sind dabei mangels zeitnaher Konjunkturindikatoren allerdings nicht berücksichtigt.

▸ **ABBILDUNG 15**

Wachstumsbeiträge zur Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



1 – Saison-, kalender- und preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-150

56. In der Prognose wird unterstellt, dass die BWS in den genannten, im Winterhalbjahr eingeschränkten Bereichen bis Ende des zweiten Quartals 2021 zumindest das Niveau aus dem dritten Quartal 2020 erreicht. Sie befände sich dann jedoch immer noch deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus. ▸ **ABBILDUNG 15 RECHTS** Es besteht zudem das **Risiko eines erneuten starken Anstiegs der Infektionszahlen** – ausgelöst etwa durch Virusmutationen. Verzögert sich die Erholung in den betroffenen Wirtschaftsbereichen um ein weiteres Quartal, würde dies einen rechnerischen Abschlag auf das BIP-Wachstum im Jahr 2021 von bis zu einem Prozentpunkt bedeuten. Rechnungen dieser Art sind allerdings konstruktionsbedingt in ihrer Aussagekraft begrenzt und können so weder stärkere Störungen der Lieferketten, etwa infolge von umfangreichen Grenzschließungen, noch Verhaltensanpassungen von wirtschaftlichen Akteuren erfassen (JG 2020 Ziffer 67).
57. Für das **Jahr 2022** rechnet der Sachverständigenrat mit einer jahresdurchschnittlichen **Wachstumsrate des BIP von 4,0 % (4,1 % kalenderbereinigt)**. Die Jahresverlaufsrage im Jahr 2022 läge bei 2,2 %. ▸ **TABELLE 6 ANHANG** Das Wachstum dürfte von allen inländischen Verwendungsaggregaten getragen sein. So könnte zu Beginn des Jahres 2022 wieder das Produktionspotenzial gegeben der mittelfristigen Projektion aus dem vergangenen Herbst (JG 2020 Ziffern 88 ff.) erreicht werden. Hierbei sind aber die konstruktionsbedingten Schätzprobleme im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Pandemie zu berücksichtigen (JG 2020 Ziffer 59). So führen die Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität und die Verhaltensänderungen der Agenten zwar zu einem Rückgang des Produktionspotenzials (Eichenbaum et al., 2020a, 2020b). Jedoch bildet das Trendpotenzial dies nicht ab. Zudem dürfte die prognostizierte beginnende Erholung in der zweiten Jahreshälfte zu einem höheren Potenzialwachstum führen, welches sich aber erst verzögert in der Schätzung niederschlagen sollte (Ademmer et al., 2019).

58. Verwendungsseitig dürfte das BIP-Wachstum im Prognosezeitraum insbesondere von der Entwicklung der privaten Konsumausgaben geprägt sein. **Während** der **private Konsum** aufgrund der Einschränkungen und der Infektionsgefahr im Jahr 2020 **stark zurückgegangen** ist, **stieg das verfügbare Einkommen** der Haushalte sogar aufgrund staatlicher Stützungsmaßnahmen für Unternehmen und aufgrund automatischer Stabilisatoren wie dem Kurzarbeitergeld sowie verschiedener diskretionärer Maßnahmen um voraussichtlich 0,7 % (Statistisches Bundesamt, 2021c). Dementsprechend erhöhte sich die Sparquote der Haushalte im Vergleich zum Jahr 2019 um 5,3 Prozentpunkte auf 16,2 %. Bezogen auf das verfügbare Einkommen im Jahr 2020, entspricht dies einem Anstieg des Sparbeitrags um etwa 105 Mrd Euro. Trotz der prognostizierten Normalisierung der privaten Konsumausgaben bis zum Jahresbeginn 2022 dürfte der Gesamtbetrag der erzwungenen Ersparnisse zumindest in diesem Jahr weiter anwachsen.

Ab dem Jahr 2022 könnte sich diese **aufgestaute Kaufkraft allmählich abbauen** und somit für Wachstumsimpulse über den Prognosehorizont hinaus sorgen. Es sprechen **aber** verschiedene ökonomische Gründe dafür, dass **ein Großteil** der aufgrund der Einschränkungen erzwungenen Ersparnisse **längerfristig gespart** wird (Bilbiie et al., 2021). Zum einen dürften die Ersparnisse insbesondere bei Haushalten mit höheren Einkommen und geringeren marginalen Konsumquoten angefallen sein (JG 2020 Ziffern 133 ff.). Außerdem resultiert aus der erzwungenen Ersparnis lediglich ein einmaliger Vermögensanstieg. Dabei zeigt die Forschung zum Konsumverhalten, dass Haushalte ihren Konsum über den Zeitablauf zu glätten suchen und deshalb die marginale Konsumquote aus Vermögen sehr viel geringer als die Konsumquote aus dauerhaftem Einkommen ist. Des Weiteren ist die Stabilisierung des verfügbaren Einkommens insbesondere auf die Ausweitung staatlicher Ausgaben zurückzuführen. Vorausschauende Haushalte würden die Wirkung von höheren Steuern zum Ausgleich staatlicher Defizite auf ihr verfügbares Lebenszeiteinkommen berücksichtigen und dementsprechend weniger der Ersparnisse ausgeben. Schließlich ist nicht davon auszugehen, dass pandemiebedingt unterlassener Konsum von Dienstleistungen, zum Beispiel in der Gastronomie oder auch im Tourismus, vollumfänglich nachgeholt werden kann.

59. Die **Preisentwicklung im Jahr 2021** ist insbesondere **von Basis- und Sondereffekten geprägt**. Das Auslaufen der temporären Umsatzsteuersenkung wirkt im ersten Quartal deutlich preistreibend. Bei einer vollständigen Weitergabe der Umsatzsteuersenkung an die Verbraucher im Juli 2020 hätte sich ein rechnerischer Effekt von 1,6 % auf den Verbraucherpreisindex (VPI) für das Gesamtjahr 2020 ergeben (Statistisches Bundesamt, 2020). In einer ähnlichen Größenordnung hätte dann bei vollständiger Rücküberwälzung die Steuersatzanhebung den VPI im Jahr 2021 anheben können. Ein merklicher und zeitnaher Preisanstieg nach Auslaufen der Maßnahme stünde im Einklang mit den Erfahrungen der Umsatzsteueranhebung Anfang 2007 (Deutsche Bundesbank, 2008) sowie der temporären Umsatzsteuersenkung im Vereinigten Königreich im Zuge der Finanzkrise (Pike et al., 2009; Crossley et al., 2014). Allerdings fiel bereits die tatsächliche Weitergabe der reduzierten Umsatzsteuer im vergangenen Jahr nicht vollumfänglich und über die Gütergruppen sehr heterogen aus (Deutsche Bun-

desbank, 2020b). Ab Juli 2021 dürfte der Basiseffekt der temporären Steuersenkung im Vorjahr die jährlichen Veränderungsraten des VPI dennoch deutlich über 2,5 % heben.

Im Januar erhöhten sich die Preise für Energieprodukte im Vormonatsvergleich um 5,4 %. Besonders deutlich waren die Preisanstiege bei Kraftstoffen und Heizöl. Hier wirkt neben der Rückführung der temporären Umsatzsteuersenkung vor allem die Einführung der CO₂-Bepreisung in den Sektoren Verkehr und Wärme preistreibend. Insgesamt könnte diese Reform die Verbraucherpreise im Jahresverlauf zusätzlich um 0,6 bis 1,2 % erhöhen (Nöh et al., 2020).

60. Während die Energiepreise zu Jahresbeginn weiterhin unter ihrem Vorjahresniveau liegen, zeigt der **bereits über dem Vorkrisenniveau liegende Ölpreis** die weltweit anziehende Konjunktur an. ↘ ZIFFER 10 Im Zuge der **weltweiten Erholung der Nachfrage** sind zuletzt die Preise von **Rohstoffen** und Vorprodukten gestiegen. ↘ ZIFFER 8 Aufgrund des höheren Ölpreises und der steigenden Rohstoffpreise sollten sich die Terms of Trade im Jahresverlauf verschlechtern. Der Sachverständigenrat erwartet eine Inflationsrate von 2,1 % im Jahr 2021 und 1,9 % im Jahr 2022. Für den BIP-Deflator ist mit Zuwachsraten von 2,0 % in diesem Jahr und 2,0 % im kommenden Jahr zu rechnen.

Aufgrund der Einschränkungen bei persönlichen Dienstleistungen und im Einzelhandel sind **seit Anfang des Jahres wieder verstärkt Imputationen** bei der Preiserhebung sowohl für den VPI als auch den HVPI **notwendig geworden** (Statistisches Bundesamt, 2021d; JG 2020 Ziffer 75). Zudem sorgen aktuell **verschiedene Effekte** dafür, dass die **Vorjahresraten des deutschen HVPI beträchtlich über denen des VPI liegen**. Zum einen wurde zu Jahresbeginn die Gewichtung im HVPI an das pandemiebedingt geänderte Konsumverhalten der Haushalte angepasst. So wurden Dienstleistungen weniger stark in die Indexberechnung einbezogen, während Nahrungsmittel einschließlich Alkohol und Tabak ein höheres Gewicht bekommen haben. Ein Großteil der Abweichung zwischen der Entwicklung im HVPI und im VPI lässt sich aber auf die hohe unterjährige Variabilität von Pauschalreisen in Verbindung mit der Kettenindexkonstruktion des HVPI zurückführen (Deutsche Bundesbank, 2021).

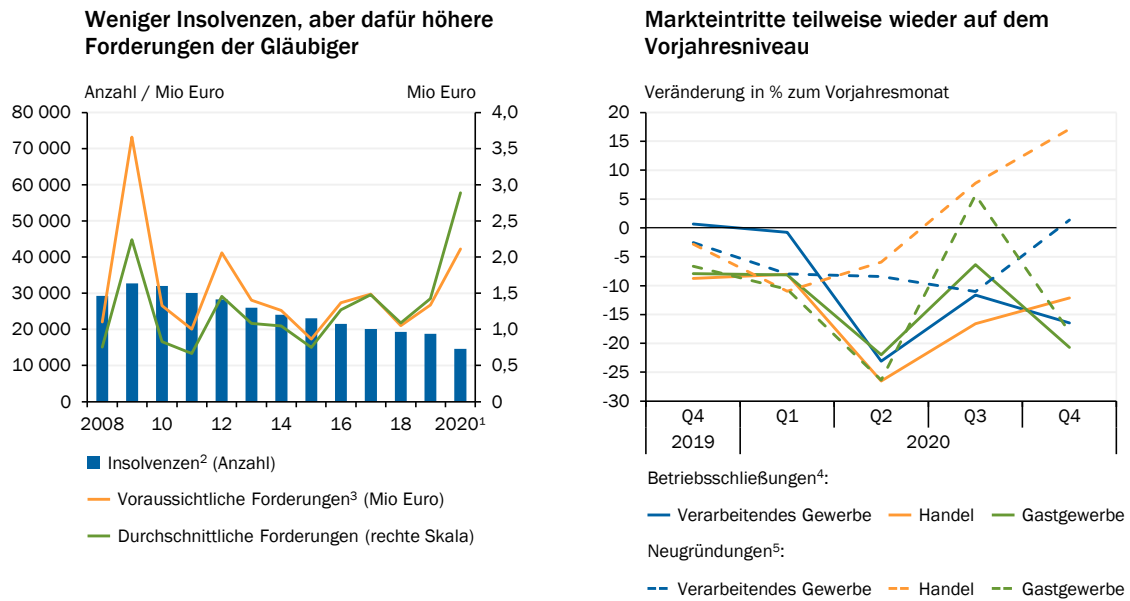
61. **Vom Außenhandel** dürften vor allem **in diesem Jahr positive Wachstumsbeiträge** ausgehen. Die rasche Erholung wichtiger Handelspartner vor allem außerhalb des Euro-Raums dürfte zu einer steigenden Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern führen. ↘ ZIFFER 17 So lag die Ausfuhr nach China nach einem starken Anstieg in der zweiten Jahreshälfte am Ende des Jahres 2020 nur um 0,1 % unter dem Vorjahresniveau. Demgegenüber sanken aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus dem EU-Binnenmarkt und der Zollunion die Exporte dorthin zwischen Januar 2020 und Januar 2021 um 29 % (Statistisches Bundesamt, 2021e). Der in den vergangenen Monaten aufgewertete handelsgewichtete Wechselkurs dürfte leicht dämpfend auf die Exporte wirken. Zudem stellen aktuell Lieferengpässe und steigende Frachtkosten ein Risiko für die Entwicklung der Ausfuhr dar. ↘ ZIFFER 7 Bei den Importen ist im ersten Quartal 2021 aufgrund der eingeschränkten privaten Nachfrage mit einem starken Rückgang zu rechnen, bevor sie sich dann im weiteren Jahresverlauf zusammen mit

den privaten Konsumausgaben erholen. **Im kommenden Jahr** dürften aufgrund des fortgesetzten Wachstums der Inlandsnachfrage die **Importe stärker zunehmen als die Exporte**. Vor allem aufgrund der verzögerten Erholung der Importe dürfte der Leistungsbilanzsaldo im Jahr 2021 auf 7,9 % steigen, um im Jahr 2022 auf 6,0 % zu sinken.

62. Nach dem starken Einbruch der **Ausrüstungsinvestitionen** im zweiten Quartal 2020 lagen diese **im Schlussquartal 2020** saison- und kalenderbereinigt **noch 8,6 % unter dem Vorkrisenniveau** von Ende 2019. Die **Erholung** dürfte sich **im Jahresverlauf fortsetzen**, wobei aktuelle Daten zu den Inlandsumsätzen der Investitionsgüterhersteller einen gedämpften Jahresstart nahelegen. Abnehmende wirtschaftliche Unsicherheit im Zuge einer allmählichen Überwindung der Pandemie sowie die positive Entwicklung der Außenwirtschaft dürften aber zusätzliche Wachstumsimpulse für die Unternehmensinvestitionen insbesondere in der zweiten Jahreshälfte bedeuten.
63. **Im Baugewerbe** deutet sich eine **leichte Eintrübung auf hohem Niveau** an. So liegen laut dem ifo Institut die Kapazitätsauslastung und der Auftragseingang insbesondere im Bauhauptgewerbe und im Tiefbau zu Jahresbeginn weiterhin unter dem Vorkrisenniveau. Zudem ist die Bauproduktion nach dem starken Anstieg im Dezember im Januar mit $-12,2\%$ deutlich gesunken. Vor allem das Auslaufen der Umsatzsteuersenkung dürfte zum Rückgang beigetragen haben. Im Prognosezeitraum dürfte die Entwicklung im Wohnbau aufgrund der weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen sowie der hohen Nachfrage aufwärtsgerichtet bleiben. Der gewerbliche Bau und die öffentlichen Nichtwohnbauinvestitionen dürften sich aber zunächst schwächer entwickeln. Die Umsetzung staatlicher Bauinvestitionen aus dem Konjunkturpaket dürfte sich im Vergleich zur Planung aufgrund verschiedener institutioneller Hemmnisse verzögern (Grimm et al., 2021b). Die Unsicherheit über die zukünftige Bedeutung von Homeoffice-Lösungen dürfte zu einer anhaltend schwachen Dynamik bei den privaten Nichtwohnbauinvestitionen führen.
64. Die **Unternehmensinsolvenzen** sind von Januar bis November 2020 mit $-15,9\%$ gegenüber dem Vorjahreszeitraum **deutlich zurückgegangen**. [↘ ABBILDUNG 16 LINKS](#) Dies dürfte vor allem in der Aussetzung der Insolvenz-Antragspflicht und den umfangreichen staatlichen Unternehmenshilfen begründet sein. Bis zum 30. April 2021 ist die Antragspflicht grundsätzlich für diejenigen Unternehmen weiterhin ausgesetzt, die im Zeitraum vom 1. November 2020 bis zu 28. Februar 2021 staatliche Unternehmenshilfen beantragt haben (Bundesregierung, 2021). Ähnlich den Unternehmensinsolvenzen sind die vollständigen Gewerbeaufgaben der Hauptniederlassung trotz eines seit längerem abnehmenden Trends im Jahr 2020 mit $-14,1\%$ im Vergleich zum Vorjahr auffällig stark gesunken. [↘ ABBILDUNG 16 RECHTS](#) Bei den Gewerbebeanmeldungen entwickelten sich die Wirtschaftszweige recht heterogen. Während Neugründungen mit Hauptniederlassung im Gastgewerbe im Dezember $36,9\%$ unter dem Vorjahreswert lagen, wurden im Handel in der zweiten Jahreshälfte 2020 mehr Unternehmen neu gegründet als im Vorjahreszeitraum.

▸ **ABBILDUNG 16**

Entwicklung der Marktein- und -austritte



1 – Januar bis November. 2 – Eröffnete Unternehmensinsolvenzen. 3 – Voraussichtliche Forderungen der Gläubiger aus beantragten Unternehmensinsolvenzen. 4 – Vollständige Betriebsaufgabe der Hauptniederlassung nach Gewerbeanzeigenstatistik. 5 – Neue Betriebsgründung einer Hauptniederlassung nach Gewerbeanzeigenstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-160

Der starke Anstieg der durchschnittlichen Forderungen der Gläubiger deutet darauf hin, dass im Jahr 2020 vermehrt kleinere Insolvenzen ausgeblieben sind. [▸ ABBILDUNG 16 LINKS](#) Diese Beobachtung wird durch den stärkeren Rückgang der Insolvenzen von Einzelunternehmen gegenüber Kapital- und Personengesellschaften gestützt (–29,0 % gegenüber –8,6 % bis einschließlich November). Infolgedessen könnte es nach dem Auslaufen staatlicher Unternehmenshilfen und der vollständigen Wiedereinsetzung der Insolvenzantragspflicht zu Nachholeffekten bei diesen Unternehmen kommen, insbesondere da ihre Eigenkapitalbasis trotz der Überbrückungshilfen gesunken sein dürfte. Aufgrund der zu erwartenden geringen durchschnittlichen Unternehmensgröße und der vergleichsweise geringen Bruttowertschöpfung in den besonders von den Einschränkungen betroffenen Wirtschaftsbereichen dürfte das **Risiko für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Finanzstabilität im Prognosehorizont begrenzt** sein (Deutsche Bundesbank, 2020c). [▸ ZIFFER 36](#)

3. Kurzarbeit stützt weiterhin den Arbeitsmarkt

65. Nachdem die Erwerbstätigkeit im ersten Halbjahr 2020 durch die Corona-Pandemie deutlich eingebrochen war, konnte bereits im zweiten Halbjahr ein schwacher, aber aufwärtsgerichteter Trend beobachtet werden. Trotz des starken wirtschaftlichen Einbruchs reduzierte sich die **Erwerbstätigkeit** im Jahr 2020 insgesamt nur um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Die saisonbereinigte **Arbeitslosigkeit** stieg zu Beginn des zweiten Quartals 2020 stark an. In der zweiten Jahreshälfte 2020 sank sie dann stetig. Die Geschäfts- und Ladenschließungen, die im November 2020 beschlossen und im Dezember ausgeweitet wurden, haben den

positiven Trend in der Beschäftigung zunächst anscheinend nicht beendet. Allerdings stieg die Anzahl der Arbeitslosen im Februar 2021 saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat erstmals seit Juni 2020 wieder leicht an.

Die **Möglichkeit der Kurzarbeit** dürfte maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahr 2020 zum Vorjahr fast unverändert blieb (+0,2 %). Demgegenüber sind deutliche Beschäftigungsverluste bei der geringfügigen Beschäftigung (-4,7 %) und bei Selbständigen (-3,7 %) zu verzeichnen, die keinen Anspruch auf die Leistungen der Kurzarbeit haben. [TABELLE 4](#)

66. Insgesamt dürfte vor allem die Kurzarbeit dazu geführt haben, dass die **Erwerbstätigenstunden** im Jahr 2020 deutlich stärker gesunken sind als die Erwerbstätigkeit. Im April 2020 bezogen 17,9 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Leistungen der Kurzarbeit. Zwar sank der Anteil seitdem, im Dezember 2020 waren gemäß aktueller Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) aber nach wie vor 7,1 % aller berechtigten Beschäftigten in Kurzarbeit. Für Januar und Februar 2021 zeichnet sich eine erneute Zunahme der Kurzarbeit ab (Link und Sauer, 2021). Insgesamt sank das Arbeitsvolumen durch den Rückgang der Erwerbstätigkeit, die Kurzarbeit und andere Maßnahmen zur Stundenreduktion (wie zum Beispiel Sonderurlaub oder negative Arbeitszeitsalden) im Jahr

[TABELLE 4](#)

Arbeitsmarkt in Deutschland

Tausend Personen

	2019	2020	Prognose ¹					
			2021		2022	2021		2022
			Aktualisierung	Diff. zu JG 2020/21		Aktualisierung	Diff. zu JG 2020/21	
Jahresdurchschnitte						Veränderung zum Vorjahr in % (Differenz in Prozentpunkten)		
Erwerbspersonen ²	46 497	46 522	46 387	(- 215)	46 549	- 0,3	(- 0,4)	0,3
Erwerbslose ³	1 374	1 846	1 772	(- 94)	1 506	- 4,0	(- 8,0)	- 15,0
Pendlersaldo ⁴	146	106	129	(- 12)	136	22,1	(- 17,9)	5,2
Erwerbstätige ⁵	45 269	44 782	44 744	(- 134)	45 179	- 0,1	(- 0,2)	1,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 518	33 578	33 767	(- 37)	34 245	0,6	(- 0,1)	1,4
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ⁶	4 579	4 288	4 098	(- 26)	4 068	- 4,4	(- 1,5)	- 0,7
Registriert Arbeitslose	2 267	2 695	2 682	(- 62)	2 429	- 0,5	(- 1,9)	- 9,5
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) ⁷	3 200	3 519	3 516	(- 252)	3 185	- 0,1	(- 1,4)	- 9,4
Kurzarbeiter (Beschäftigungsäquivalent)	48	1 218	547	(273)	46	- 55,1	(19,1)	- 91,5
Arbeitslosenquote ^{8,9}	5,0	5,9	5,9	(- 0,1)	5,3	- 0,0	(- 0,1)	- 0,6
ILO-Erwerbslosenquote ^{9,10}	3,2	4,2	4,0	(- 0,2)	3,4	- 0,1	(- 0,3)	- 0,6

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Personen im erwerbsfähigen Alter mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept); in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. 3 – ILO-Konzept. 4 – Erwerbstätige Einpendler aus dem Ausland/Auspendler in das Ausland. 5 – Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Deutschland unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept). 6 – Beschäftigte mit einem Arbeitsentgelt bis zu 450 Euro. 7 – Gemäß Unterbeschäftigungskonzept der Bundesagentur für Arbeit. 8 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 9 – Jahresdurchschnitte in %; Differenz und Veränderung zum Vorjahr in Prozentpunkten. 10 – Erwerbslose in Relation zu den Erwerbspersonen, jeweils Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Quellen: BA, Eurostat, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-120

2020 um 4,7 % zum Vorjahr und damit in einem ähnlichen Ausmaß wie die Wirtschaftsleistung.

67. In den nächsten Monaten dürfte die Arbeitskräftenachfrage in Deutschland nur schwach zunehmen. Sobald die Infektionsschutzmaßnahmen weiter gelockert werden und Betriebe des Handels, der Gastronomie sowie des Bereichs Kunst, Unterhaltung und Erholung ihre **Tätigkeit ausweiten** können, dürfte sich die konjunkturelle Kurzarbeit in diesem Bereich zügig reduzieren. Die zuvor verlorengegangene geringfügige Beschäftigung könnte dann teilweise wieder aufgebaut werden. Im Gastgewerbe sank die Anzahl dieser Beschäftigungsverhältnisse zwischen Dezember 2020 und dem Vorjahresmonat um rund 435 000 oder 50,1 %. Im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung verringerte sich die Anzahl um rund 86 000 Personen oder 38,8 % (Minijob-Zentrale, 2021). Im Verarbeitenden Gewerbe, das ebenfalls noch eine relativ hohe Kurzarbeiterquote von 7,4 % im Februar 2021 aufwies (Link und Sauer, 2021), dürfte die Kurzarbeit in den nächsten Monaten stetig zurückgehen. Angesichts der weiter bestehenden Unsicherheit über den Pandemieverlauf dürften Unternehmen aber insgesamt zurückhaltend bei Neueinstellungen bleiben. Dies legen zumindest die Beschäftigungsindikatoren der BA, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie des ifo Instituts nahe.
68. Im **Jahr 2021** dürfte die **Reduktion der Kurzarbeit** die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt maßgeblich bestimmen. Während sich das Niveau der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt kaum verändern dürfte (–0,1 %), dürften die Erwerbstätigenstunden um rund 2,0 % zum Vorjahr zunehmen. Die negativen statistischen Überhänge des Vorjahres verdecken jedoch teilweise die aufwärtsgerichtete Dynamik, die zum Jahresende 2021 eintreten sollte. Im Jahr 2022 dürfte die Erwerbstätigkeit wieder stärker zunehmen und im Vergleich zum Jahr 2021 um 1,0 % steigen. Die Arbeitslosigkeit stieg in den ersten beiden Monaten 2021 weniger stark an als im Jahresgutachten im Herbst erwartet wurde. Daher korrigiert der Sachverständigenrat seine Prognose für das Jahr 2021 leicht nach unten.

↘ TABELLE 4

Eine große Unsicherheit für diese Prognose ergibt sich aus **Betriebsschließungen**, die sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage häufen könnten. ↘ ZIFFER 64 Kommt es zu einer starken Zunahme von Insolvenzanträgen oder Betriebsstilllegungen, dürften nicht zuletzt Personen in Kurzarbeit ihre Beschäftigung verlieren. Ebenso könnten dann viele der verlorengegangenen geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vorerst nicht wieder aufgebaut werden.

69. Aufgrund der starken Reduktion des Arbeitsvolumens sind die Effektivlöhne im vergangenen Jahr mit 3,4 % zum Vorjahr relativ stark angestiegen. Dieses Jahr wird es aus zwei Gründen zu einer Gegenbewegung kommen. Zum einen dürfte sich das Arbeitsvolumen seinem Vorkrisenniveau wieder annähern. Zum anderen dürfte die konjunkturelle Lage das Lohnwachstum etwas bremsen. Insgesamt dürften die Effektivlöhne deshalb im Jahr 2021 lediglich um 1,3 % ansteigen. ↘ TABELLE 8 ANHANG

4. Öffentliche Finanzen

70. Das **gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit** im Jahr **2020** fiel mit 139,6 Mrd Euro (4,2 % in Relation zum BIP) **merklich geringer** aus als im Jahresgutachten 2020 erwartet. [↘ TABELLE 5](#) Hierfür ist zum einen der geringere Anstieg der öffentlichen Ausgaben verantwortlich. Insbesondere sind hier die Subventionen zu nennen, in denen unter anderem die Unternehmenshilfen im Rahmen der Corona-Pandemie subsummiert sind und die niedriger ausgefallen sind als erwartet. Zum anderen entwickelten sich die öffentlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen besser als im Jahresgutachten 2020 unterstellt.
71. Für das Jahr **2021** rechnet der Sachverständigenrat mit einem **gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit** von 143,4 Mrd Euro (4,1 % des BIP). [↘ TABELLE 5](#) Mit der erwarteten konjunkturellen Aufhellung im Jahr 2022 sowie dem Wegfallen einiger fiskalpolitischer Maßnahmen, die im Konjunkturpaket sowie im Rahmen weiterer Maßnahmen mit Bezug zur Corona-Pandemie ergriffen wurden, dürfte das Defizit über den Prognosehorizont zurückgehen. Der Sachverständigenrat rechnet für das Jahr **2022** mit einem **gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit** in Höhe von 54,6 Mrd Euro (1,5 % des BIP). Die **Schuldenstandsquote** dürfte nach einem geringfügigen Anstieg im Jahr 2021 auf 68,2 % des BIP zum Ende des Jahres **2022 zurückgehen**. [↘ TABELLE 5](#)
72. Für das Jahr **2021** geht der Sachverständigenrat insgesamt von einem **kontraktiven Fiskalimpuls** in Höhe von 0,5 % des BIP aus. Während unabhängig von der Corona-Pandemie diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen – wie beispielsweise die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags, die Senkung der EEG-Umlage sowie die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung – in Summe einen expansiven Impuls liefern, wirken wegfallende konjunkturpolitische Maßnahmen im Kontext der Corona-Pandemie kontraktiv. Letzteres wurde jedoch durch die Ausweitung der Instrumente der Überbrückungshilfen sowie jüngste Beschlüsse des Koalitionsausschusses, welcher unter anderem einen erneuten Kinderbonus vorsieht, im Umfang gemildert.

Im Jahr **2022** geht der Sachverständigenrat von einem kontraktiven Fiskalimpuls in Höhe von 0,4 % des BIP aus. Während dies wieder insbesondere auf auslaufende konjunkturpolitische Maßnahmen zurückgeht, leisten **diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen** unabhängig von der Corona-Pandemie einen schwach expansiven Teilbeitrag. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise Erleichterungen im Rahmen des zweiten Familienentlastungsgesetzes, Ausgaben im Rahmen des Energie- und Klimafonds sowie weitere investive Maßnahmen.

TABELLE 5

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹ sowie finanzpolitische Kennziffern

	2020	Prognose ²			Prognose ²		
		2021		2022	2021		2022
		Aktuali- sierung	Differenz zu JG 2020 /21		Aktuali- sierung	Differenz zu JG 2020 /21	
		Mrd Euro			% ³	Prozent- punkte	% ³
Einnahmen	1 563,0	1 623,7	(7,4)	1 708,1	3,9	(- 1,1)	5,2
Steuern	773,4	807,2	(- 1,8)	857,3	4,4	(- 3,0)	6,2
Sozialbeiträge	607,9	633,5	(18,6)	662,0	4,2	(1,7)	4,5
Sonstige Einnahmen ⁴	181,7	183,0	(- 9,4)	188,7	0,7	(- 2,5)	3,2
Ausgaben	1 702,6	1 767,1	(27,4)	1 762,7	3,8	(2,9)	- 0,3
Vorleistungen	202,6	206,1	(0,7)	206,6	1,7	(3,4)	0,2
Arbeitnehmerentgelte	283,4	291,1	(0,1)	297,0	2,7	(- 0,5)	2,0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,8	18,7	(- 2,0)	16,5	- 14,2	(- 1,4)	- 11,9
Subventionen	69,8	74,5	(15,4)	42,7	6,7	(38,9)	- 42,7
Monetäre Sozialleistungen	593,1	606,9	(9,7)	611,7	2,3	(1,3)	0,8
Soziale Sachleistungen	311,8	330,8	(4,8)	341,5	6,1	(- 0,3)	3,2
Bruttoinvestitionen	92,5	94,5	(- 2,8)	99,4	2,2	(- 3,8)	5,2
Sonstige Ausgaben ⁵	127,6	144,4	(1,6)	147,4	13,2	(5,7)	2,1
Finanzierungssaldo	- 139,6	- 143,4	(- 19,9)	- 54,6	x	x	x
Finanzpolitische Kennziffern (%)⁶							
Staatsquote ⁷	51,1	50,4	(0,8)	47,4	x	x	x
Steuerquote ⁸	23,6	23,4	(- 0,1)	23,5	x	x	x
Abgabenquote ⁹	40,6	40,3	(0,5)	40,1	x	x	x
Finanzierungssaldo	- 4,2	- 4,1	(- 0,6)	- 1,5	x	x	x
Schuldenstandsquote ¹⁰	70,6	70,8	(- 0,3)	68,2	x	x	x

1 – In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nominale Angaben). 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Veränderung zum Vorjahr. 4 – Verkäufe, empfangene sonstige Subventionen, empfangene Vermögenseinkommen, sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers. 5 – Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, geleistete sonstige Produktionsabgaben sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. 6 – Jeweils in Relation zum BIP. 7 – Gesamtstaatliche Ausgaben. 8 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer und Steuern an die EU. 9 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer, Steuern an die EU und tatsächliche Sozialbeiträge. 10 – Prognosen des Sachverständigenrates für die Bruttoschulden des Staates in der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-121

LITERATURVERZEICHNIS

Ademmer, M. et al. (2019), Schätzung von Produktionspotenzial und -lücke: Eine Analyse des EU-Verfahrens und mögliche Verbesserungen, Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik Nr. 19, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Anderson, J., F. Papadia und N. Véron (2020), Government-guaranteed bank lending in Europe: Beyond the headline numbers, <https://www.piie.com/blogs/realtime-economic-issues-watch/government-guaranteed-bank-lending-europe-beyond-headline>, abgerufen am 21.7.2020.

Bilbiie, F., G. Eggertsson und G. Primiceri (2021), US 'excess savings' are not excessive, <https://voxeu.org/article/us-excess-savings-are-not-excessive>, abgerufen am 1.3.2021.

BMWi (2021), Entwicklung der Produktion im Produzierenden Gewerbe im Berichtsmonat Januar 2021, Pressemitteilung, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, 8. März.

Bordo, M.D. und M.D. Levy (2020), Do enlarged fiscal deficits cause inflation? The historical record, NBER Working Paper 28195, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

Bruegel (2020), The fiscal response to the economic fallout from the coronavirus, <https://www.bruegel.org/publications/datasets/covid-national-dataset/>, abgerufen am 12.3.2021.

Bundeskanzlerin und Ministerpräsidentenkonferenz (2021), Videoschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 3. März 2021, Beschluss, Berlin.

Bundesregierung (2021), Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wird verlängert, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/insolvenzaussetzungsgesetz-1781394>, abgerufen am 22.2.2021.

Camp, K.M., D. Mead, S.B. Reed, C. Sitter und D. Wasilewski (2020), From the barrel to the pump: The impact of the COVID-19 pandemic on prices for petroleum products, Monthly Labour Review 10.2020, U.S. Bureau of Labor Statistics, Washington, DC.

CBO (2021a), Estimated budgetary effects of H.R. 1319, American Rescue Plan Act of 2021, Cost Estimate, Congressional Budget Office, Washington, DC.

CBO (2021b), H.R. 133, Estimate for Division N – Additional Coronavirus Response and Relief Consolidated Appropriations Act, 2021 Public Law 116-260, Cost Estimate, Congressional Budget Office, Washington, DC.

CBO (2021c), The budget and economic outlook: 2021 to 2031, February 2021, Congressional Budget Office, Washington, DC.

CBO (2020), Division M of H.R. 133, the Consolidated Appropriations Act, 2021, Cost Estimate, Congressional Budget Office, Washington, DC.

Christoffel, K., G. Coenen und A. Warne (2008), The new area-wide model of the euro area: A micro-founded open-economy model for forecasting and policy analysis, ECB Working Paper 944, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.

Coenen, G., P. McAdam und R. Straub (2008), Tax reform and labour-market performance in the euro area: A simulation-based analysis using the New Area-Wide Model, Journal of Economic Dynamics and Control 32 (8), 2543–2583.

Cogan, J.F., J.B. Taylor, V. Wieland und M.H. Wolters (2013), Fiscal consolidation strategy, Journal of Economic Dynamics and Control 37 (2), 404–421.

Crossley, T.F., H.W. Low und C. Sleeman (2014), Using a temporary indirect tax cut as a fiscal stimulus: Evidence from the UK, IFS Working Paper W14/16, Institute for Fiscal Studies, London.

Dagan, N. et al. (2021), BNT162b2 mRNA Covid-19 vaccine in a nationwide mass vaccination setting, New England Journal of Medicine, <https://doi.org/10.1056/NEJMoa2101765>.

Davies, N.G. et al. (2021), Estimated transmissibility and impact of SARS-CoV-2 lineage B.1.1.7 in England, Science, <https://doi.org/10.1126/science.abg3055>.

Deutsche Bundesbank (2021), Monatsbericht Februar 2021, Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (2020a), Monatsbericht August 2020, Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (2020b), Monatsbericht November 2020, Frankfurt am Main.

- [Deutsche Bundesbank \(2020c\)](#), Finanzstabilitätsbericht 2020, Frankfurt am Main.
- [Deutsche Bundesbank \(2008\)](#), Preis- und Mengenwirkungen der Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar 2007, Monatsbericht April 2008, Frankfurt am Main, 31–49.
- [Deutsches Ärzteblatt \(2021\)](#), Corona: Mutanten werden genau beobachtet, <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/120305/Corona-Mutanten-werden-genau-beobachtet>, abgerufen am 19.1.2021.
- [Dolls, M., C. Fuest, J. Kock, A. Peichl, N. Wehrhöfer und C. Wittneben \(2014\)](#), Automatic stabilizers in the Eurozone: Analysis of their effectiveness at the member state and euro area level and in international comparison, ZEW Gutachten, Abschlussbericht zu Forschungsvorhaben fe 5/14, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim.
- [Dolls, M., C. Fuest und A. Peichl \(2012\)](#), Automatic stabilizers and economic crisis: US vs. Europe, *Journal of Public Economics* 96 (3–4), 279–294.
- [Dullien, S., S. Tober und S. Watzka \(2021\)](#), Bidens „American Rescue Plan“: Positive Impulse auch für die deutsche Wirtschaft, IMK Kommentar 1, März 2021, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- [Edelberg, W. und L. Sheiner \(2021\)](#), The macroeconomic implications of Biden’s \$1.9 trillion fiscal package, <https://www.brookings.edu/blog/up-front/2021/01/28/the-macroeconomic-implications-of-bidens-1-9-trillion-fiscal-package/>, abgerufen am 28.1.2021.
- [Eichenbaum, M.S., S. Rebelo und M. Trabandt \(2020a\)](#), Epidemics in the neoclassical and new Keynesian models, NBER Working Paper 27430, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.
- [Eichenbaum, M.S., S. Rebelo und M. Trabandt \(2020b\)](#), The macroeconomics of epidemics, NBER Working Paper 26882, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.
- [Eraslan, S. und T. Götz \(2020\)](#), An unconventional weekly economic activity index for Germany, Technical Paper 02/2020, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Daten abrufbar unter www.bundesbank.de/wai.
- [EUROCONTROL \(2020\)](#), EUROCONTROL Five-year forecast 2020-2024, <https://www.eurocontrol.int/publication/eurocontrol-five-year-forecast-2020-2024>, abgerufen am 9.3.2021.
- [Europäische Kommission \(2021a\)](#), Winter 2021 Economic Forecast, Pressemitteilung IP/21/504, Brüssel, 11. Februar.
- [Europäische Kommission \(2021b\)](#), European Commission raises further €9 billion under SURE via second issuance in 2021, Pressemitteilung IP/21/1063, Europäische Kommission, Brüssel, 10. März.
- [Europäische Kommission \(2021c\)](#), SURE – The European instrument for temporary Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency, https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/financial-assistance-eu/funding-mechanisms-and-facilities/sure_en, abgerufen am 12.3.2021.
- [Europäische Kommission \(2021d\)](#), Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council and the Council – A united front to beat COVID-19, COM(2021) 35 final, Brüssel, 19. Januar.
- [Europäische Kommission \(2020a\)](#), European Economic Forecast – Autumn 2020, Institutional Paper 136, Brüssel.
- [Europäische Kommission \(2020b\)](#), Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die Europäische Investitionsbank – EU-Strategie für COVID-19-Impfstoffe, COM(2020) 245 final, Brüssel, 17. Juni.
- [EZB \(2021a\)](#), The euro area bank lending survey – Fourth quarter of 2020, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.
- [EZB \(2021b\)](#), ECB staff macroeconomic projections for the euro area, March 2021, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.
- [EZB \(2021c\)](#), Monetary policy decisions, Pressemitteilung, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main, 11. März.
- [EZB \(2021d\)](#), Monetary developments in the euro area: January 2021, Pressemitteilung, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main, 25. Februar.
- [EZB \(2020\)](#), Geldpolitische Beschlüsse, Pressemitteilung, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main, 10. Dezember.
- [Fed \(2021\)](#), The January 2021 senior loan officer opinion survey on bank lending practices, Board of Governors of the Federal Reserve System, Washington, DC.

- Fed** (2020), Federal Reserve FOMC statement – December 2020, Pressemitteilung, Board of Governors of the Federal Reserve System, Washington, DC, 16. Dezember.
- Fries**, J.L., N. Garnadt, V. Grimm und L. Nöh (2020), Europa in der Corona-Krise: Europäische Lieferketten müssen europäisch wiederbelebt werden, *Wirtschaftsdienst* 100 (6), 410–415.
- Gemeinschaftsdiagnose** (2020), Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2020: Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie, Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Kiel.
- Gopinath**, G. (2021), Transcript of the World Economic Outlook Update press briefing, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC, 28. Januar.
- Grauwe**, P.D. und S. Diessner (2020), What price to pay for monetary financing of budget deficits in the euro area, <https://voxeu.org/article/what-price-pay-monetary-financing-budget-deficits-euro-area>, abgerufen am 10.3.2021.
- Grimm**, V., F. Mengel und M. Schmidt (2021a), Extensions of the SEIR model for the analysis of tailored social distancing and tracing approaches to cope with COVID-19, *Scientific Reports* 11 (1), 4214.
- Grimm**, V., L. Nöh und M. Schwarz (2021b), Investitionen für nachhaltiges Wachstum in Deutschland: Status quo und Perspektiven, *Wirtschaftsdienst* 101 (3), 162–167.
- Hale**, T. et al. (2020), Oxford COVID-19 Government Response Tracker, Blavatnik School of Government, University of Oxford.
- IATA** (2021), COVID-19 – Weak year-end for air travel and outlook is deteriorating, Präsentation, International Air Transport Association, Montreal, 3. Februar.
- IEA** (2021), Oil market report – February 2021, Internationale Energieagentur, Paris.
- IWF** (2021a), Fiscal monitor database of country fiscal measures in response to the COVID-19 pandemic, January 2021, Internationaler Währungsfonds, Fiscal Affairs Department, Washington, DC.
- IWF** (2021b), Fiscal monitor update, January 2021, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.
- IWF** (2020), World Economic Outlook, October 2020: A long and difficult ascent, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.
- Kissler**, S.M., C. Tedijanto, E. Goldstein, Y.H. Grad und M. Lipsitch (2020), Projecting the transmission dynamics of SARS-CoV-2 through the postpandemic period, *Science* 368 (6493), 860–868.
- Kupferschmidt**, K. (2021), New mutations raise specter of ‘immune escape’, *Science* 371 (6527), 329–330.
- Levine-Tiefenbrun**, M. et al. (2021), Decreased SARS-CoV-2 viral load following vaccination, medRxiv, <https://doi.org/10.1101/2021.02.06.21251283>.
- Lieberknecht**, P. und V. Wieland (2019), On the macroeconomic and fiscal effects of the Tax Cuts and Jobs Act, Arbeitspapier 10/2018, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.
- Link**, S. und S. Sauer (2021), Anhaltender Shutdown führt zu leichtem Anstieg der Kurzarbeit in Deutschland, ifo Schnelldienst digital 7/2021, ifo Institut, München.
- Middelburg**, R.A. und F.R. Rosendaal (2020), COVID-19: How to make between-country comparisons, *International Journal of Infectious Diseases* 96, 477–481.
- Minijob-Zentrale** (2021), Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Minijobs, 4. Quartalsbericht 2020, Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Essen.
- Ministerium für Energie**, Infrastruktur und Digitalisierung M-V (2021), Luca-App für M-V trägt zu Lockerungen im öffentlichen Leben bei, Regierungsportal Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/em/Service/Luca-App/>, abgerufen am 12.3.2021.
- Muik**, A. et al. (2021), Neutralization of SARS-CoV-2 lineage B.1.1.7 pseudovirus by BNT162b2 vaccine-elicited human sera, *Science* 371 (6534), 1152–1153.
- Nöh**, L., F. Rutkowski und M. Schwarz (2020), Auswirkungen einer CO₂-Bepreisung auf die Verbraucherpreis-inflation, Arbeitspapier 03/2020, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.
- Obst**, T. und T. Puls (2021), Wiederholen sich die Fehler aus dem Frühjahr 2020?, IW-Kurzbericht 13/2021, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.

- OECD** (2021), OECD Economic Outlook, Interim Report March 2021: Strengthening the recovery: The need for speed, OECD Publishing, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.
- OECD** (2020), OECD Economic Outlook, December 2020: Turning hope into reality, 2020 (2), 108, OECD Publishing, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.
- Our World in Data** (2021), What share of the population has received at least one dose of the COVID-19 vaccine?, <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations>, abgerufen am 9.3.2021.
- Owen, D.** (2020), Global supply chains face heavy disruption amid freight slowdown and port gridlock, PMI Research & Analysis 11 December 2020, IHS Markit, London.
- Pike, R., M. Lewis und D. Turner** (2009), Impact of VAT reduction on the consumer price indices, Economic & Labour Market Review 3 (8), 17–21.
- Rat der Europäischen Union** (2021), EU-Aufbaupaket: Rat nimmt Aufbau- und Resilienzfähigkeit an, Pressemitteilung 88/21, Brüssel, 11. Februar.
- RKI** (2021a), Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), Aktualisierter Stand für Deutschland 12.03.2021, Robert Koch-Institut, Berlin.
- RKI** (2021b), Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), Aktualisierter Stand für Deutschland 09.03.2021, Robert Koch-Institut, Berlin.
- RKI** (2021c), Fragen zur COVID-19-Impfempfehlung (Stand 12.3.2021), Robert Koch-Institut, Berlin, <https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/gesamt.html>, abgerufen am 12.3.2021.
- RKI** (2021d), Aktualisierter Bericht zu Virusvarianten von SARS-CoV-2 in Deutschland, insbesondere zur Variant of Concern (VOC) B.1.1.7 (Stand 10.3.2021), Robert Koch-Institut, Berlin.
- Statistisches Bundesamt** (2021a), Mehrwertsteuersenkung: Bis zu einem Viertel der Haushalte mit zusätzlichen oder vorgezogenen Anschaffungen, Pressemitteilung 114, Wiesbaden, 11. März.
- Statistisches Bundesamt** (2021b), Einzelhandelsumsatz im Januar 2021 um 4,5 % niedriger als im Vormonat, Pressemitteilung 093, Wiesbaden, 2. März.
- Statistisches Bundesamt** (2021c), KORREKTUR: Bruttoinlandsprodukt: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 4. Quartal 2020, Pressemitteilung 081, Wiesbaden, 24. Februar.
- Statistisches Bundesamt** (2021d), Zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Preiserhebung für den Verbraucherpreisindex / Harmonisierten Verbraucherpreisindex, Stand: 01.03.2021, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2021e), Exporte im Januar 2021: +1,4 % zum Dezember 2020, Pressemitteilung 107, Wiesbaden, 9. März.
- Statistisches Bundesamt** (2020), Auswirkungen der Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise, Pressemitteilung 215, Wiesbaden, 15. Juni.
- Tada, T. et al.** (2021), Neutralization of viruses with European, South African, and United States SARS-CoV-2 variant spike proteins by convalescent sera and BNT162b2 mRNA vaccine-elicited antibodies, bioRxiv, <https://doi.org/10.1101/2021.02.05.430003>.
- Teles, P., H. Uhlig und J. Valle e Azevedo** (2016), Is quantity theory still alive?, Economic Journal 126 (591), 442–464.
- UNWTO** (2021), 2020: Worst year in tourism history with 1 billion fewer international arrivals, Pressemitteilung, World Tourism Organization, Madrid, 28. Januar.
- VDA** (2021), Keine Erholung auf dem deutschen Pkw-Markt, Pressemitteilung, Verband der Automobilindustrie, Berlin, 3. März.
- Volz, E. et al.** (2021), Transmission of SARS-CoV-2 Lineage B.1.1.7 in England: Insights from linking epidemiological and genetic data, medRxiv, <https://doi.org/10.1101/2020.12.30.20249034>.
- Wang, Z. et al.** (2021), mRNA vaccine-elicited antibodies to SARS-CoV-2 and circulating variants, Nature, <https://doi.org/10.1038/s41586-021-03324-6>.
- WHO** (2021a), WHO Coronavirus Disease (COVID-19) Dashboard, Weltgesundheitsorganisation, <https://covid19.who.int>, abgerufen am 12.3.2021.
- WHO** (2021b), Debate on the report “COVID-19 vaccines: ethical, legal and practical considerations”, Rede, Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE), Straßburg, 27. Januar.
- Wollmershäuser, T.** (2021), Konjunkturelle Auswirkungen der zweiten Coronawelle auf ausgewählte Wirtschaftsbereiche, ifo Schnelldienst digital 5/2021, ifo Institut, München.

Xie, X. et al. (2021), Neutralization of SARS-CoV-2 spike 69/70 deletion, E484K and N501Y variants by BNT162b2 vaccine-elicited sera, Nature Medicine, <https://doi.org/10.1038/s41591-021-01270-4>.

ANHANG

↘ TABELLE 6

Komponenten der Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts¹ (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021 ²	2022 ²
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ³	0,7	0,5	1,2	0,2	0,0	1,7	2,6
Jahresverlaufsrate ⁴	1,9	3,6	0,3	0,4	- 3,6	3,9	2,2
Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts, kalenderbereinigt	2,1	2,9	1,3	0,6	- 5,3	3,1	4,1
Kalendereffekt (in % des Bruttoinlandsprodukts)	0,1	- 0,3	0,0	0,0	0,4	0,0	- 0,1
Jahresdurchschnittliche Rate des Bruttoinlandsprodukts ⁵	2,2	2,6	1,3	0,6	- 4,9	3,1	4,0

1 – Preisbereinigt. 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Prozentuale Differenz zwischen dem absoluten Niveau des BIP im letzten Quartal des Jahres und dem durchschnittlichen Niveau der Quartale desselben Jahres (siehe JG 2005 Kasten 5). 4 – Veränderung des vierten Quartals zum vierten Quartal des Vorjahres. 5 – Abweichungen in den Summen rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-124

↘ TABELLE 7

Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt nach Verwendungskomponenten¹

Prozentpunkte

	2016	2017	2018	2019	2020	Prognose ²		
						2021		2022
						Aktualisierung	Differenz zu JG 2020/21	
Inländische Verwendung	2,8	2,5	1,7	1,2	- 4,0	1,1	- 2,0	5,9
Konsumausgaben	2,1	1,1	1,0	1,4	- 2,5	0,2	- 2,0	5,0
Private Konsumausgaben ³	1,3	0,8	0,8	0,8	- 3,2	- 0,2	- 2,0	4,8
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,3	0,2	0,5	0,7	0,4	0,0	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	0,5	0,7	0,5	- 0,7	0,8	- 0,1	0,9
Ausrüstungsinvestitionen ⁴	0,2	0,3	0,3	0,0	- 0,8	0,5	- 0,1	0,4
Bauinvestitionen	0,4	0,1	0,3	0,4	0,2	0,2	0,0	0,3
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,2	0,1	0,0	0,2	0,1	0,2
Vorratsveränderungen	0,0	0,8	- 0,1	- 0,7	- 0,8	0,0	0,0	0,0
Außenbeitrag	- 0,6	0,1	- 0,4	- 0,6	- 0,9	2,0	1,3	- 1,9
Exporte	1,2	2,2	1,1	0,5	- 4,4	4,7	1,4	1,9
Importe	- 1,8	- 2,1	- 1,5	- 1,1	3,5	- 2,6	0,0	- 3,7
Bruttoinlandsprodukt (%)	2,2	2,6	1,3	0,6	- 4,9	3,1	- 0,6	4,0

1 – Wachstumsbeiträge zum preisbereinigten BIP. Abweichungen in den Summen rundungsbedingt. 2 – Prognose des Sachverständigenrates.

3 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 4 – Einschließlich militärischer Waffensysteme.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-118

TABELLE 8

Entwicklung der Löhne in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Tariflöhne (Stunden- konzept)	Effektivlöhne ¹	Lohndrift ²	Arbeitnehmer- entgelt je Arbeitnehmer- stunde	Arbeits- produktivität ³	Lohnstück- kosten (nominal) ⁴	Lohnstück- kosten (real) ⁵
2017	2,5	2,8	0,3	2,8	1,7	1,1	- 0,2
2018	2,9	3,1	0,2	2,8	0,0	2,8	1,1
2019	3,2	3,1	- 0,1	3,1	0,0	3,2	1,0
2020	2,1	3,4	1,3	4,0	- 0,2	4,2	2,5
2021 ⁶	1,8	1,3	- 0,6	1,4	1,2	0,2	- 1,7
2022 ⁶	2,3	2,3	0,0	2,3	1,7	0,6	- 1,4

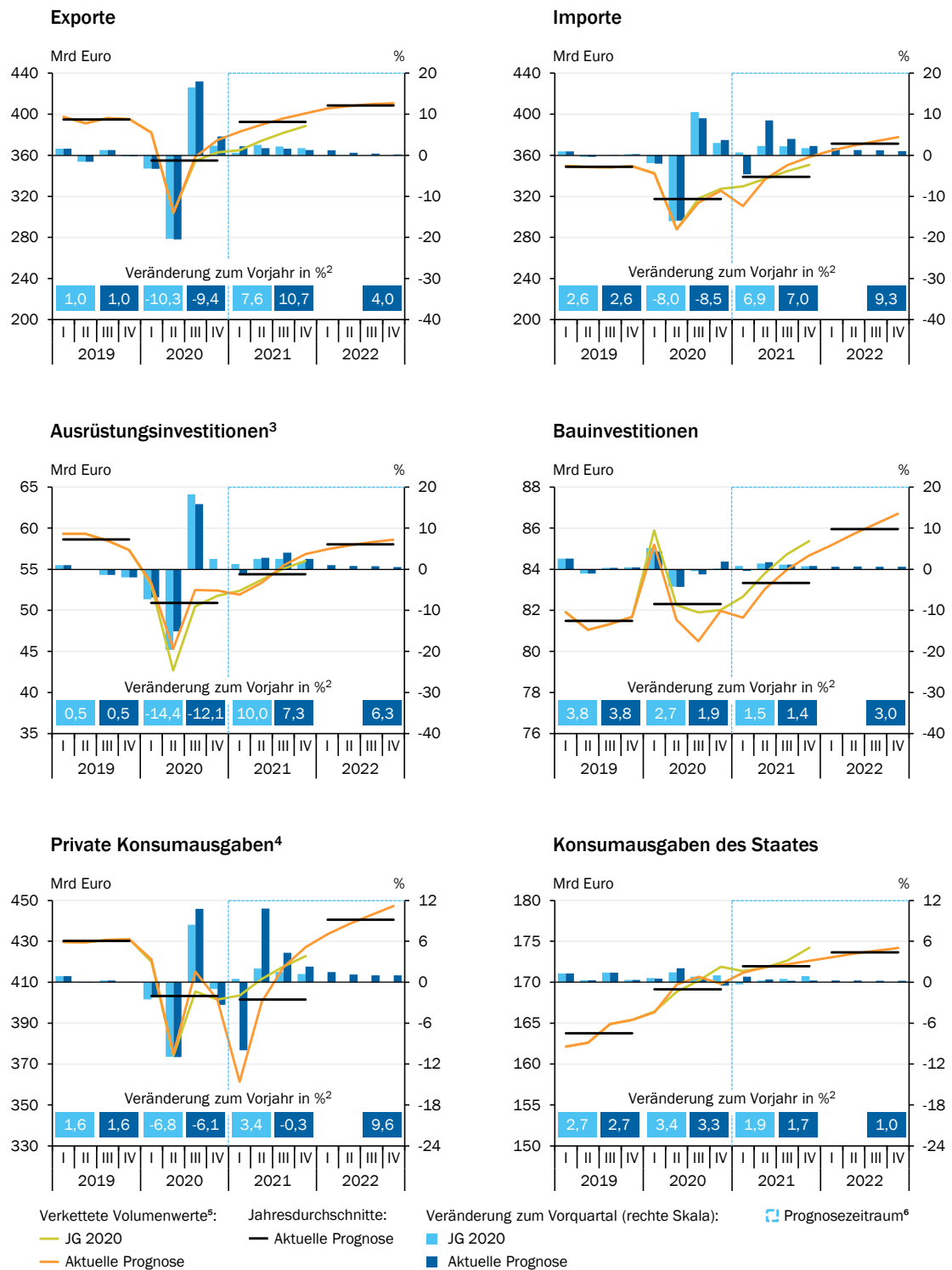
1 – Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept) je Arbeitnehmerstunde. 2 – Differenz zwischen dem Anstieg der Effektivlöhne und demjenigen der Tariflöhne in Prozentpunkten. 3 – Reales BIP je Erwerbstätigenstunde. 4 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum realen BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 5 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 6 – Prognose des Sachverständigenrates.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-122

ABBILDUNG 17

Komponenten des Bruttoinlandsprodukts¹



1 – Alle angegebenen Komponenten des BIP preisbereinigt. 2 – Ursprungswerte. 3 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 5 – Referenzjahr 2015; saison- und kalenderbereinigt. 6 – Prognosen des Sachverständigenrates.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

TABELLE 9

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Absolute Werte

	Einheit	2020	2021 ¹	2022 ¹	2021 ¹		2022 ¹	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts								
In jeweiligen Preisen								
Konsumausgaben	Mrd Euro	2 460,1	2 531,2	2 752,2	1 191,3	1 340,0	1 338,8	1 413,4
Private Konsumausgaben ²	Mrd Euro	1 709,3	1 746,9	1 951,6	808,9	938,1	947,9	1 003,7
Konsumausgaben des Staates	Mrd Euro	750,8	784,3	800,6	382,4	401,9	390,9	409,7
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd Euro	735,5	783,8	835,8	368,1	415,6	400,4	435,4
Ausrüstungsinvestitionen ³	Mrd Euro	213,9	232,2	248,9	106,5	125,7	118,3	130,7
Bauinvestitionen	Mrd Euro	387,0	407,4	434,4	193,6	213,8	209,8	224,5
Sonstige Anlagen	Mrd Euro	134,6	144,2	152,5	68,1	76,1	72,3	80,2
Inländische Verwendung	Mrd Euro	3 138,3	3 259,6	3 532,3	1 536,1	1 723,4	1 716,1	1 816,2
Exporte	Mrd Euro	1 460,1	1 640,6	1 721,5	800,1	840,5	856,9	864,5
Importe	Mrd Euro	1 266,1	1 394,6	1 532,9	650,0	744,5	751,2	781,7
Bruttoinlandsprodukt	Mrd Euro	3 332,2	3 505,6	3 720,9	1 686,2	1 819,4	1 821,8	1 899,0
Verkettete Volumenangaben								
Konsumausgaben	Mrd Euro	2 292,1	2 299,0	2 458,7	1 093,2	1 205,9	1 205,8	1 253,0
Private Konsumausgaben ²	Mrd Euro	1 614,7	1 609,6	1 764,6	751,0	858,6	861,5	903,0
Konsumausgaben des Staates	Mrd Euro	676,5	687,9	694,6	340,8	347,1	344,3	350,3
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd Euro	662,7	687,4	715,5	325,0	362,4	344,1	371,4
Ausrüstungsinvestitionen ³	Mrd Euro	204,9	219,8	233,6	100,9	118,9	111,0	122,6
Bauinvestitionen	Mrd Euro	330,7	335,3	345,3	161,0	174,3	167,8	177,4
Sonstige Anlagen	Mrd Euro	124,9	130,9	135,8	62,2	68,7	64,7	71,1
Inländische Verwendung	Mrd Euro	2 919,9	2 953,5	3 140,7	1 406,0	1 547,6	1 537,6	1 603,2
Exporte	Mrd Euro	1 426,3	1 578,9	1 641,8	774,5	804,5	818,6	823,3
Importe	Mrd Euro	1 274,3	1 363,1	1 490,4	640,9	722,2	728,7	761,8
Bruttoinlandsprodukt	Mrd Euro	3 074,0	3 170,0	3 298,2	1 537,8	1 632,1	1 629,4	1 668,6
Preisentwicklung (Deflatoren)								
Konsumausgaben	2015=100	107,3	110,1	111,9	109,0	111,1	111,0	112,8
Private Konsumausgaben ²	2015=100	105,9	108,5	110,6	107,7	109,3	110,0	111,2
Konsumausgaben des Staates	2015=100	111,0	114,0	115,3	112,2	115,8	113,5	117,0
Bruttoanlageinvestitionen	2015=100	111,0	114,0	116,8	113,3	114,7	116,4	117,3
Ausrüstungsinvestitionen ³	2015=100	104,4	105,6	106,6	105,5	105,7	106,6	106,6
Bauinvestitionen	2015=100	117,0	121,5	125,8	120,3	122,6	125,0	126,5
Sonstige Anlagen	2015=100	107,8	110,1	112,3	109,4	110,8	111,7	112,8
Inländische Verwendung	2015=100	107,5	110,4	112,5	109,3	111,4	111,6	113,3
Terms of Trade	2015=100	103,0	101,6	101,9	101,9	101,3	101,5	102,3
Exporte	2015=100	102,4	103,9	104,8	103,3	104,5	104,7	105,0
Importe	2015=100	99,4	102,3	102,9	101,4	103,1	103,1	102,6
Bruttoinlandsprodukt	2015=100	108,4	110,6	112,8	109,7	111,5	111,8	113,8
Entstehung des Inlandsprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	Tausend	44 782	44 744	45 179	44 504	44 985	44 908	45 451
Arbeitsvolumen	Mio Std.	59 636	60 766	62 176	29 233	31 533	30 464	31 712
Produktivität (Stundenbasis)	2015=100	102,9	104,2	105,9	105,0	103,3	106,8	105,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Volkseinkommen	Mrd Euro	2 492,7	2 621,4	2 742,6	1 250,4	1 371,0	1 333,7	1 409,0
Arbeitnehmerentgelte	Mrd Euro	1 841,4	1 907,4	2 000,3	912,7	994,7	954,2	1 046,1
Bruttolöhne und -gehälter	Mrd Euro	1 509,4	1 561,4	1 638,5	744,2	817,2	778,3	860,2
darunter: Nettolöhne und -gehälter ⁴	Mrd Euro	1 017,2	1 048,6	1 096,3	490,3	558,3	512,1	584,2
Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Mrd Euro	651,3	714,0	742,3	337,7	376,3	379,5	362,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²	Mrd Euro	1 983,0	2 036,2	2 099,9	1 002,6	1 033,6	1 040,4	1 059,5
Sparquote der privaten Haushalte ^{2,5}	%	16,2	16,6	9,6	21,5	11,8	11,3	7,9
nachrichtlich:								
nominale Lohnstückkosten ⁶	2015=100	113,0	113,3	114,0	112,2	114,4	110,3	117,6
reale Lohnstückkosten ⁷	2015=100	104,2	102,4	101,0	102,3	102,6	98,7	103,3
Verbraucherpreise	2015=100	105,8	108,1	110,2	107,4	108,7	109,7	110,6

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 – Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer. 5 – Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen. 6 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum realen BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 7 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

Quellen: BA, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

NOCH TABELLE 9

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %

2020	2021 ¹	2022 ¹	2021 ¹		2022 ¹		
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
Verwendung des Inlandsprodukts							
In jeweiligen Preisen							
- 2,0	2,9	8,7	- 0,5	6,1	12,4	5,5	Konsumausgaben
- 5,4	2,2	11,7	- 3,0	7,2	17,2	7,0	Private Konsumausgaben ²
6,6	4,5	2,1	5,2	3,8	2,2	1,9	Konsumausgaben des Staates
- 1,7	6,6	6,6	4,2	8,7	8,8	4,8	Bruttoanlageinvestitionen
- 10,9	8,6	7,2	8,7	8,5	11,1	3,9	Ausrüstungsinvestitionen ³
3,6	5,3	6,6	1,1	9,4	8,4	5,0	Bauinvestitionen
0,4	7,1	5,8	7,0	7,1	6,2	5,4	Sonstige Anlagen
- 3,4	3,9	8,4	0,0	7,6	11,7	5,4	Inländische Verwendung
- 9,7	12,4	4,9	13,8	11,1	7,1	2,9	Exporte
- 10,7	10,1	9,9	5,0	15,1	15,6	5,0	Importe
- 3,4	5,2	6,1	4,1	6,3	8,0	4,4	Bruttoinlandsprodukt
Verkettete Volumenangaben							
- 3,5	0,3	6,9	- 2,4	2,9	10,3	3,9	Konsumausgaben
- 6,1	- 0,3	9,6	- 4,4	3,6	14,7	5,2	Private Konsumausgaben ²
3,3	1,7	1,0	2,1	1,3	1,0	0,9	Konsumausgaben des Staates
- 3,1	3,7	4,1	2,4	5,0	5,9	2,5	Bruttoanlageinvestitionen
- 12,1	7,3	6,3	7,3	7,2	10,0	3,1	Ausrüstungsinvestitionen ³
1,9	1,4	3,0	- 1,0	3,7	4,3	1,8	Bauinvestitionen
- 1,1	4,8	3,8	4,9	4,7	4,0	3,6	Sonstige Anlagen
- 4,2	1,1	6,3	- 1,9	4,1	9,4	3,6	Inländische Verwendung
- 9,4	10,7	4,0	12,8	8,7	5,7	2,3	Exporte
- 8,5	7,0	9,3	2,8	10,9	13,7	5,5	Importe
- 4,9	3,1	4,0	2,7	3,5	6,0	2,2	Bruttoinlandsprodukt
Preisentwicklung (Deflatoren)							
1,5	2,6	1,7	1,9	3,1	1,9	1,5	Konsumausgaben
0,7	2,5	1,9	1,4	3,4	2,2	1,7	Private Konsumausgaben ²
3,2	2,7	1,1	3,0	2,5	1,2	1,0	Konsumausgaben des Staates
1,5	2,7	2,5	1,8	3,6	2,7	2,2	Bruttoanlageinvestitionen
1,3	1,2	0,9	1,2	1,2	1,0	0,8	Ausrüstungsinvestitionen ³
1,7	3,8	3,5	2,0	5,5	4,0	3,2	Bauinvestitionen
1,4	2,2	2,0	2,0	2,4	2,1	1,8	Sonstige Anlagen
0,9	2,7	1,9	1,9	3,4	2,2	1,7	Inländische Verwendung
2,1	- 1,4	0,4	- 1,1	- 1,6	- 0,3	1,0	Terms of Trade
- 0,4	1,5	0,9	0,8	2,2	1,3	0,5	Exporte
- 2,4	3,0	0,5	2,1	3,8	1,7	- 0,5	Importe
1,6	2,0	2,0	1,3	2,6	2,0	2,1	Bruttoinlandsprodukt
Entstehung des Inlandsprodukts							
- 1,1	- 0,1	1,0	- 0,8	0,6	0,9	1,0	Erwerbstätige (Inland)
- 4,7	1,9	2,3	0,3	3,4	4,2	0,6	Arbeitsvolumen
- 0,2	1,2	1,7	2,2	0,1	1,7	1,7	Produktivität (Stundenbasis)
Verteilung des Volkseinkommens							
- 2,8	5,2	4,6	4,5	5,8	6,7	2,8	Volkseinkommen
- 0,2	3,6	4,9	3,5	3,7	4,5	5,2	Arbeitnehmerentgelte
- 0,8	3,4	4,9	3,3	3,6	4,6	5,3	Bruttolöhne und -gehälter
- 0,3	3,1	4,6	2,1	3,9	4,5	4,6	darunter: Nettolöhne und -gehälter ⁴
- 9,3	9,6	4,0	7,3	11,8	12,4	- 3,6	Unternehmens- und Vermögens-einkommen
0,7	2,7	3,1	1,3	4,0	3,8	2,5	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²
.	Sparquote der privaten Haushalte ^{2,5}
nachrichtlich:							
4,2	0,3	0,6	0,5	- 0,1	- 1,7	2,8	nominale Lohnstückkosten ⁶
2,5	- 1,7	- 1,4	- 0,8	- 2,7	- 3,6	0,7	reale Lohnstückkosten ⁷
0,5	2,1	1,9	1,5	2,8	2,1	1,8	Verbraucherpreise

1 - Prognose des Sachverständigenrates. 2 - Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 - Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 - Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer. 5 - Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen. 6 - Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum realen BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 7 - Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde.